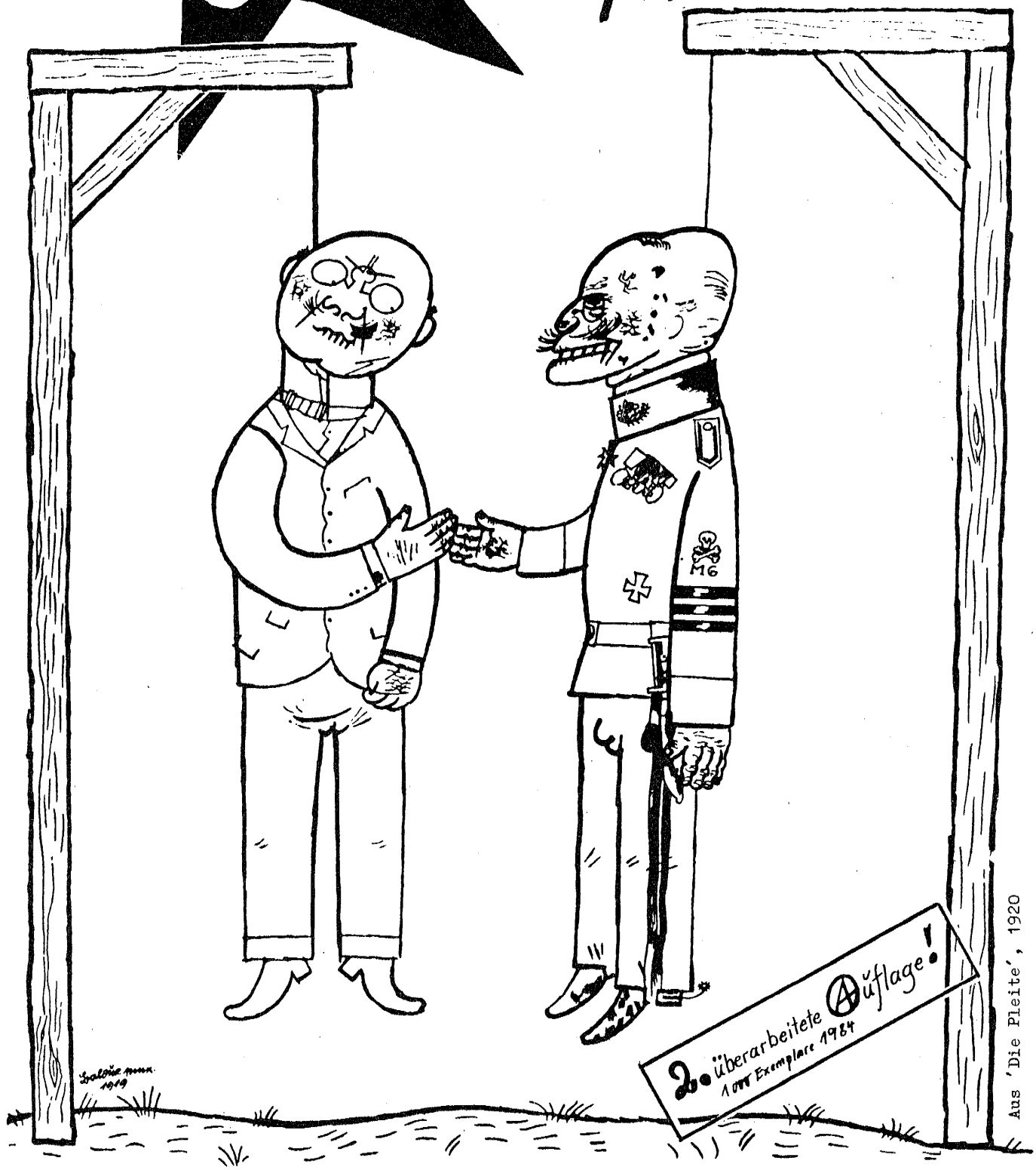
nr. 90/1983

agit 883

2,5o dm, Westgermanien 3,- dm

Silvio Gesell – der Marx der Anarchisten?



Kapital und Militär reichen sich die Hände – und wir reiben sie uns...

Privatisiert die Luft!

Was würde wohl ein grundeigentümer sagen, wenn wir die luft privatisieren wollten (was glücklicherweise nicht möglich ist)? Wenn wir ihm die atemluft wegnehmen und ihm sagen würden: "Dieser und jener kubikmeter luft gehört uns, und wenn du ihn benutzen willst, dann muß du eine gebühr an uns bezahlen, einen l u f t - z i n s !"

Vielleicht würde er antworten: "Das ist unverschämt! Wer gibt euch das recht, euch die luft anzueignen und sie mir vorzuenthalten?"

Wir würden antworten: "Das eigentumsrecht! Wir haben die luft ehrlich erworben. Sie gehört uns, und wenn du sie benutzen willst, dann zahle dafür!"

"Wofür soll ich bezahlen?", würde unser grundeigentümer vielleicht fragen. "Was gibst du mir als gegenleistung für den luftzins?"

"Dasselbe, was du uns gibst, eine 'dienstleistung': wir s t e l l e n dir etwas z u r v e r f ü g u n g ! So, wie du uns den boden, so stellen wir die die luft zur verfügung!"

"Aber das tut die luft doch ganz von alleine!"

"Der boden etwa nicht?", werden wir fragen. "Wir stellen dir noch etwas viel wertvolleres zur verfügung: die atemluft! Ist sie dir nicht so viel wert, daß du das für sie bezahlst, was wir für einen quadratmeter boden bezahlen müssen, sagen wir 50 dm für den kubikmeter?"

"50 dm für einen kubikmeter? Das ist wucher!"

"Aber, aber! Ist dir dein kostbares bodenrentner-leben nicht zwei bis drei tausender im monat wert?"

"Das schon. Aber ich kann sie nicht bezahlen, und wer gibt euch überhaupt das recht, euch ein naturprodukt anzueignen, in das wir alle hineingeboren sind, wie die fische ins wasser?"

"Dasselbe recht, das dich, lieber grundbesitzer, berechtigt, dir die oberfläche dieses planeten anzueignen, auf die wir menschen ebenso von natur aus geboren sind, wie alle tiere und wie andere wesen auf ihre planeten. Und wir können auch oft nicht den bodenzins für unsere mutter erde bezahlen, trotzdem forderst du unerbittlich den zins."

"Aber es ist doch m e i n boden! Und für meine erlaubnis, daß ihr darauf arbeiten und leben dürft, müßt ihr eben zahlen."

"Du bist doch wähler einer christlichen partei, lieber grundbesitzer. Da solltest du doch wissen, was in der bibel steht über das recht an gottes eigenem erdboden."

"Mich interessiert nicht die bibel. Mich interessiert, welche interessen die christdemokratische partei vertritt. Aber was sagt denn die bibel?"

"Sie sagt etwa so: 'Ich habe euch den boden zur lehn gegeben, und nicht, damit ihr damit wucher treibt.'"

"Ich treibe ja auch keinen wucher mit dem boden. Ich nehme am Kudamm lediglich 100 dm mietzins pro quadratmeter im monat, und dafür überlasse ich den mietern ein außerordentlich wertvolles stück land zur benutzung."

"Dann müßten wir aber 200 dm pro qubikmeter nehmen für die vermietung unserer noch viel wertvolleren luft."

"Wieso das?"

"Weil du sofort ersticken würdest, wenn wir dir den lufthahn zudrehen würden! So wertvoll ist die luft."

"Aber ihr habt die luft doch nicht so wertvoll gemacht!"

"Hast du den boden am Kudamm so wertvoll gemacht, daß du 100 dm im monat für den quadratmeter nehmen dürftest?"

Verlegenes schweigen unseres grundeigentümers.

"Es sind doch die menschen, die auf dem Kudamm einkaufen oder ihren kaffe trinken, die die kunden bedienen, die waren heranschaffen, den verkauf organisieren usw. Und es sind die mütter, die mit dem kinderkriegen und der kinderaufzucht dafür sorgen, daß auf dem Kudamm, dem Tauenzin, der Schloßstraße und in der Wilmersdorfer so viele menschen arbeiten und konsumieren können. Und was tust du, lieber grundbesitzer? Nichts! Seid ihr es nicht, die immer leistungen von anderen menschen fordern, die das leistungsprinzip zur ideologie dieser gesellschaft erhoben haben? Und was leistet ihr? Ihr 'stellt zur verfügung', den boden, den ihr nicht geschaffen habt und auf dem ihr nicht arbeitet. Aber ihr erlaubt uns gnädigst, auf gottes boden zu arbeiten und zu leben! Vorausgesetzt allerdings, daß wir euch einen tribut bezahlen, ein arbeitsfreies einkommen verschaffen: die bodenrente! Steht nicht auch geschrieben: 'Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen'? Doch du ißt sehr gut, wie an deinem dicken bauch zu sehen ist."

"Aber die luft darf kein privateigentum sein!", versucht unser grundeigentümer von diesem peinlichen thema abzulenken.

"Und warum, lieber grundeigentümer?"

"Sie ist von gott allen menschen zur freien benutzung gegeben worden!"

"Der boden nicht?", fragen wir erstaunt.

"Damit ist es etwas anderes!"

"Und was ist daran anders?"

"Den habe ich teils geerbt, teils von meinem ersparten gekauft."

"Das ist uns mit der luft ebenso gegangen: wir haben die ererbte luft immer wieder verpachtet und konnten uns von dem erlös immer neue luft dazukaufen. Alles ehrlich und legal erworben. Da gibt es keinen unterschied zum boden."

"Aber das ist ungerecht!", ruft unser grundeigentümer erregt. "Ich wiederhole: Wer gibt euch das recht, euch alle luft dieses planeten anzueignen und alle anderen menschen zu zwingen, einen luftzins zu zahlen für ein von gott und nicht von menschenhand geschaffenes produkt?"

"Das gleiche recht, das es dir erlaubt, von uns einen bodenzins für das naturprodukt boden, oder - um deine worte zu gebrauchen -: für den von gott und nicht von menschenhand für alle menschen geschaffenen boden einen bodenzins zu erpressen."

"Und dieses recht wäre?"

"Das recht des stärkeren: die nackte gewalt!"

"Aber ich wende doch garkeine gewalt an!"

"Wirklich nicht? Treiben euresgleichen nicht mit polizeigewalt ihre pächter mit weib und kind von den äckern und..."

"Das machen die großgrundbesitzer in Lateinamerika und in Asien! Ich bin aber kein großgrundbesitzer."

"Nicht der eigentümer von viel, wohl aber von sehr wertvollem boden! Und erzwingst du nicht den mietzins für den laden am Kudamm ebenso wie den mietzins in Kreuzberg oder Wedding mit gewalt? Bemühst du nicht die (von diesen mietern finanzierte) polizei und justiz, wenn die mieter mit dem mietzins im rückstand sind? Wählst du nicht jene partei, die auf menschen einprügeln und sie einsperren läßt, wenn sie sich ihr naturgegebenes recht zu nehmen versuchen, indem sie sich das wieder aneignen, was ihnen nach diesem recht gehört und was du in bezug auf die luft ja auch anerkennst?"

"Selbst wenn ich das für den boden anerkennen würde, auf keinen fall gilt das für die auf diesem boden stehenden häuser!"

"Und warum nicht?"

"Weil die häuser weder von natur noch von gott, sondern von menschen geschaffen worden sind!" ruft der grundeigentümer triumphierend.

"In der tat", werden wir antworten, "sie wurden weder von göttern noch von heinzelmännchen, sondern von maurern, zimmerleuten, dachdeckern, klempnern, elektrikern und architekten geschaffen. Aber ihnen gehört meist kein einziger stein von diesen vielen mietshäusern in unserer stadt, die sie gebaut haben und in denen sie wohnen."

"Sie gehören ihnen nicht, weil ich als hausbesitzer diese häuser finanziert habe!"

"Tatsächlich?"

"Aber ja! Teils von meinem ererbten, teils von meinem ersparten. Den größten teil für die finanzierung habe ich jedoch von einer bank leihen müssen, und dafür habe ich hohe zinsen zahlen müssen!"

"Tatsächlich? Du hast die zinsen bezahlt?", fragen wir erstaunt. "Es sind nicht die mieter, die die zinsen bezahlen? Du schlägst nicht die zinsen als kosten auf die miete drauf? Du läßt auch nicht den mieter den bankkredit zurückzahlen, indem du ihn über die miete die tilgungsrate bezahlen läßt? Sie ist nicht in die miete eingerechnet? Du läßt dir so nicht 'deine' häuser von den mietern bezahlen, oder? Du forderst nicht weiterhin die tilgungsrate und den bankzins, wenn der kredit längst zurückgezahlt worden ist! Aber nein! Du kassierst diese zinsen jetzt nicht in die eigene tasche als arbeitsfreies einkommen und forderst selbstverständlich nicht - welche infamie! - weiterhin eine tilgungsrate für einen längst nicht mehr vorhandenen bankkredit! Nein, du gehst - entsprechend den gesunkenen kreditkosten - sogar bis auf 20 prozent der ursprünglichen mietpreise zurück, wenn die bankschulden getilgt sind; und für dein eigenkapital nimmst du sowieso keine zinsen. Du läßt die mieter jetzt für die reinen instandhaltungs und verwaltungskosten wohnen! Du läßt sie nicht durch unendliche zinsforderungen ihre wohnungen wieder und wieder an dich bezahlen, drei oder vier mal in ihrem kurzen leben - damit du dir auf kosten deiner modernen sklaven, mieter genannt, immer wieder durch ihre arbeitsleistung häuser bezahlen lassen kannst. Du lehnst dieses sich ständig wiederholende spiel in diesen mietshäusern selbstverständlich ab: die arbeitsfreie bereicherung des grund- und hauseigentümers durch zins und zinseszins. Das macht sowieso kein hausbesitzer (allenfalls die Neue heimat)."

"Was ich tu', ist legal", antwortet der grundeigentümer verärgert.

"Eben!", antworten wir ihm. "Und deshalb pfeifen wir auf die legalität - auf eure, von euren vertretern in parlamenten und regierungen geschaffene legalität!"

"Sollen die mieter sich doch selber wohnungen anschaffen!"

"Das tun sie ja, nur sie gehören ihnen nicht! Haben wir ja eben aufgezeigt."

"Dann sollen sie doch selbst einen bankkredit aufnehmen und ein haus oder eine wohnung finanzieren."

"Daran hinderst du sie!"

"Wie den das?"

"Erstens, indem du durch deine zinsforderungen ihnen einen großen teil ihres arbeitseinkommens abknüpfst und sie daher kaum die ersparnisse anhäufen können, die als eigenkapikapitalanteil notwendig sind, um einen kredit zur finanzierung einer eigentumswohnung zu erhalten. Zweitens, weil die partei, die du wählst, mit allen mitteln - auch mit den mitteln brutaler polizeilicher und 'notfalls' militärischer gewalt - die interessen derer durchzusetzen versuchen würde, die bereits etwas haben, insbesondere die interessen der kapitalrentner, deine interessen also. Außerdem: warum sollen die mieter die hohen zinsen für einen 'eigenen' kredit bezahlen, während sie bereits für den kredit des hausbesitzers schuften? Sie brauchen sich nur die wohnungen anzueignen, für die sie bereits bezahlen oder bezahlt haben!"

"Sie können ja eine partei wählen, die ihnen per gesetz die wohnungen zueignet, die sie durch ihre mietleistungen bezahlt haben!"

"Keine schlechte idee, grundbesitzer! Doch jede partei wird über kurz oder lang vom system der kapitalrentner korumpiert. Dafür liefern die Sozialdemokraten in Deutschland ebenso ein beispiel, wie die 'Kommunisten' in Polen. Dort haben sie die arbeiterklasse dem westlichen finanzkapital ausgeliefert und pressen mit polizeiterror und militärdiktatur aus dem volke die zinsen für die banken und aktionäre des westlichen kapitalismus heraus!"

"Dann gibt es für euch ja keine lösung."

"Doch, eine gibt es: wir machen uns außerhalb der parteien so stark, daß wir euren 'verlängerten arm' - polizei, militär, justiz usw. - 'abhacken' und euch davonjagen oder zum produktiven arbeiten schicken können!"

"Ihr wollt uns liquidieren! Das ist unmenschlich!"

"Ach! Es ist wohl nicht unmenschlich, andere für sich arbeiten zu lassen, um sich ohne eigene arbeit zu bereichern! Und es ist wohl auch nicht unmenschlich, menschen niederzuknüppeln, einzusperren und abzuknallen, die sich gegen ihre ausbeutung wehren!"

"Aber mit friedlichen mitteln!"

"Haben sich die menschen nicht zunächst immer mit friedlichen mitteln zur wehr gesetzt? Als die kronstadter matrosen und arbeiter 1921 gegen die Bolschewiken rebellierten, waren sie stolz darauf, keinen einzigen gefangenen getötet zu haben, während Trotzki es ablehnte, auch nur mit ihnen zu diskutieren. Statt dessen machte es seine drohung wahr, sie "wie fasanen" abzuknallen, wenn sie sich nicht unterwerfen würden. Auch die bauern in der Großen bauernrevolution versuchten lange durch verhandlungen mit dem adel und den pfaffen ihre legitimen - und legalen! - rechte zurückzuerhalten. Sie wurden so lange hingehalten, bis die fürsten stark genug waren, die bauern zu massakrieren. Oder die Münchener räterepublik 1919, die gewaltlos begründet und in einem blutbad ertränkt wurde, inszeniert von der sozialdemokratischen regierung in Berlin. Und kämpfen nicht die polnischen arbeiter, bauern und intellektuellen seit jahren mit friedlichen mitteln gegen eine arrogante und machtbesessene parteibürokratie? Oder die landarbeiter und bauern in Sir Lanka, El Salvador, Guatemala und Brasilien? Waren es die jüdischen kinder, die gewalt gegen ihre SS-henker angewendet haben? War der aufstand ihrer eltern vor 40 jahren im Warschauer getto ein akt von gewalttätern? Sind es die indianerkinder, die die militärs, politiker und großgrundbesitzer abschlachten? Sind es die progressiven persischen frauen, die moslemische fanatiker steinigen? Sind die leerstehenden häuser in Amsterdam, Frankfurt, Zürich und Berlin mit gewalt gegen menschen besetzt worden? Wer hat denn zuerst gewalt gegen menschen angewendet? Wer hat geknüppelt, verhaftet und gefangene terrorisiert? Wer knallt ungestraft harmlose kinder und jugendliche (z.b. Jürgen Bergbauer, 14) und friedliche demonstranten (z.b. Benno Ohnesorg) ab? Wer foltert und mordet? Etwa wir?"

"Aber die hausbesetzer haben sich illegal das eigentum anderer angeeignet!"

"Ein zweifelhaftes eigentum, wie wir gesehen haben. Und ist es denn kein verstoß gegen die legalität, wohnungen leer stehen zu lassen? Ist die justiz und die staatsgewalt dagegen eingeschritten? Haben die 'volksvertreter' in den parlamenten in den vielen jahren des leerstands auch nur einmal das maul aufgerissen? Oder die 'demokratische' presse? Oder die Bild, die über jeden toten hund berichtet? Alles instrumente 'demokratischer kontrolle'! Verstößt die einschränkung der meinungs- und pressefreiheit durch das abreißen von transparenten durch die staatsgewalt oder die behinderung der ausübung des demonstrationsrecht durch das inrechnungstellen von polizeieinsätzen nicht sogar gegen die verfassung? Und schließlich: ist ausbeutung keine gewalt?"

"Ihr wollt also gewalt anwenden!"

"Ist sie nur euch erlaubt? Ist es nicht erlaubt, gewalt mit gewalt zu beantworten, wenn andere mittel nicht mehr helfen? Steht das nicht so ähnlich sogar im Grundgesetz? Und werdet ihr eure positionen freiwillig räumen, wenn die mehrheit des volkes eines tages für die abschaffung der ausbeutung durch den zins stimmen würde?"

"Natürlich nicht! Dann müßten wir ja arbeiten gehen! Welche zumutung! An einer verölten maschine stehen, 1000 meter unter tage in einem drekkigen bergwerk kohle schaufeln, in glühender sonne oder wind und regen hinter einem pflug herlaufen - welch eine vorstellung! Dazu bin ich nicht geboren! Unmöglich! Davor werden uns unsere politiker, unsere polizei und notfalls das militär bewahren, wie in Polen, wie in El Salvador oder in der Türkei! Wozu haben wir die denn!"

"Eben! Ihr werdet uns zwingen, mit euch das zu machen, was ihr und euresgleichen heute und vor jahrhunderten mit uns und unseresgleichen gemacht habt: ihr fordert mit eurer gewalt unsere gegengewalt heraus! Nun gut, es liegt an euch, wie ihr liquidiert werden wollt: als klasse oder physisch als einzelne individuen. Die friedfertigkeit von hammeln verlangt ihr von uns, weil es euch so von nutzen ist; ihr selbst jedoch erlaubt euch jede art von gewalttätigkeit und verbrechen gegen uns! Nur dummköpfe oder masochisten fallen auf euren 'pazifismus' herein - wir nicht! Silvio Gesell, volksbeauftragter für finanzen in der anarchistischen Münchener räterepublik, soll einmal gesagt haben: "Die letzten hundert meter wird geschossen." - In der tat: die herrschenden haben immer geschossen, wenn sie auf andere art ihre privilegien nicht retten konnten. Doch hin und wieder ist auch ihr blut geflossen - merk dir das, grundbesitzer!"

Landauer: "Silvio Gesell ist einer der ganz wenigen, die von Proudhon gelernt haben, seine größe

Brechung der Zinsknechtschaft mit Silvio Gesell?

Warum Gesell?

Auf Silvio Gesell sind wir gestoßen im zusammenhang mit den hausbesetzungen und den hohen zinsbelastungen in den mietpreisen (siehe agit 883 nr. 89: "'Freier' oder zins-freier wohnungsmarkt?") und weil wir uns gefragt haben, ob es eine alternative gibt zu der ökonomischen scheiße sowohl im privatkapitalismus, wie auch im "real existierenden sozialismus", in dem alles real ist, nur nicht der sozialismus, wie Rudi Dutschke einmal sagte. Was lag näher, als diese alternative bei den anarchisten zu suchen?

Als wir in Berliner bibliotheken in alten, verstaubten anarcho-schriften herumstöberten, waren wir überrascht, was wir da bei unserer schürfarbeit alles zutageförderten. Wir waren angetörnt, als seien wir auf eine goldader gestoßen. Ob das, was da so vielversprechend glänzt, wirklich "gold" ist, muß allerdings gründlicher überprüft werden, als das in dieser nummer der 883 möglich ist. Immerhin: jeder und jedem, der und dem wir von dieser entdeckung erzählten, zeigte großes interesse an unserem glanzstück Gesell. Er ist deshalbt interessant, weil er ein wirtschaftliches konzept anbietet, das aus dem dilemmer herauszuführen verspricht, das in einem klassischen widerspruch besteht. Das ist der widerspruch, daß zwar der kapitalismus ausbeutung und krisen produziert, es aber ohne markt (wie der erfolgreiche rückgriff der ungarischen kommunisten auf marktwirtschaftliche mechanismen zeigt) nicht zu gehen scheint. Dieser widerspruch ergibt sich aus der falschen vorstellung, daß markt und kapitalismus identisch seien. Gesell verspricht eine nicht kapitalistische marktwirtschaft!

Angesichts des heraufziehens einer zweiten großen weltwirtschaftskrise und einer wirtschaftlich bedingten umweltkatastrophe, und da auch die sonne nicht mehr im Osten aufgeht, entschlossen wir uns, eine ökonomie-nummer über Gesell zu machen. Das ist unser beitrag zum spektakel der erinnerung an Hitlers "machtergreifung" vor 50 jahren, der vor allem deshalb an die macht kam, weil die "demokraten" damals - ähnlich wie heute - mit der monetär (geld- und finanzpolitisch) bedingten wirtschaftskrise nicht fertig werden konnten. Heute können wir nicht mehr daran zweifeln, daß Gesells geldreform, damals verwirklicht, aus der krise herausgeführt und uns Hitler erspart hätte.

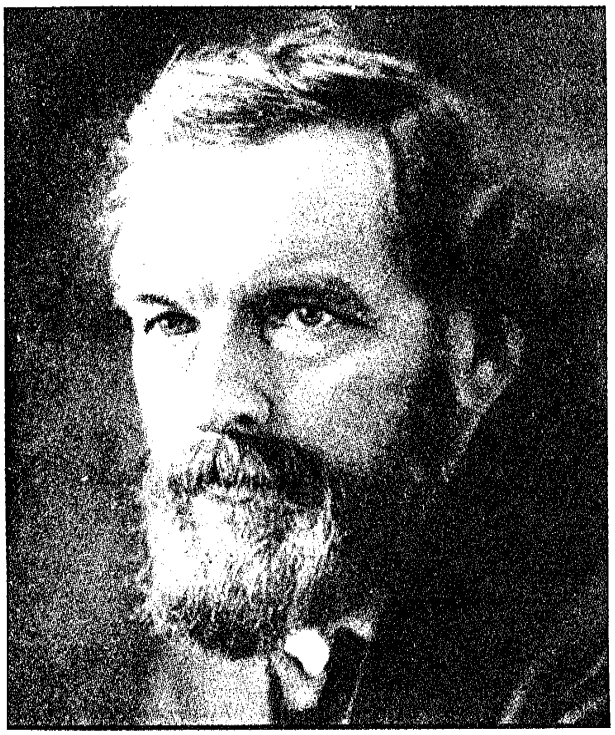
Es sieht so aus, als seien wir mit diesem eigenwilligen geld- und bodenreformer Silvio Gesell pfündig geworden!

Mit Gesell stellen wir hier einen außenseiter der nationalökonomie vor, von dem seine anhänger behaupten, er hätte mit seiner freiland-freigeld-theorie den schlüssel gefunden zur lösung einiger wichtiger probleme: ausbeutung, krisen, rüstung und umweltzerstörung. Außerdem versprechen sie sich von Gesells bodenreform eine befreiung der mütter von der materiellen abhängigkeit von den männern. (Siehe "Das elend der zinswirtschaft und Gesells alternative")

Eine sozialistische Marktwirschaft?

Mit seiner lehre biete Gesell einen "Dritten weg" jenseits von privat- und staatskapitalismus an: eine marktwirtschaft mit wirklichem wettbewerb, aber ohne konkurrenz bis aufs messer, bedingt durch wirtschaftsmonopole, periodisch wiederkehrende krisen, absatzstokkungen und arbeitslosigkeit, aber auch ohne erzwungene tägliche, 8-stündige schufterei in fabrikzuchthäusern, büros und konsumtempeln; eine marktwirtschaft mit sinnvollen, an den wirklichen bedürfnissen der verbraucher orientierten leistungen, aber ohne verselbständigung des leistungsprinzips; eine marktwirtschaft mit leistungsgerechtigkeit, die die ausbeutung jener, die produktive leistungen erbringen, durch eine handvoll parasitärer kapitalrentner ausschließt; eine marktwirtschaft ohne steuerprivilegien für wohlhabende und reiche, ohne quantitatives wachstum und umweltzerstörung, ohne rüstung aus profitgründen, ohne bevormundung durch geld-, boden- und kapitaleigner oder eine bornierte staats- und parteibürokratie.

Gesell und seine anhänger erwarten eine derartige, wirklich freie und soziale marktwirtschaft von der brechung der zinsknechtschaft.



1862-1930

Ein Wegbahner

In der Frühe des 11. März ist im Alter von fast 68 Jahren der Begründer der FTF- (Freiland, Freigeld, Freiwirtschaft) Bewegung, Silvio Gesell, einer Lungenentzündung erlegen. Die Nachricht war nicht den Tageszeitungen zu entnehmen, die der am öffentlichen Leben teilnehmende Mensch allmorgendlich nach den wichtigsten Neuigkeiten befragt, sie stand erst nach der Beisetzung in der von dem Toten selbst beeinflußten, seine Gedanken verbreitenden „Letzten Politik" zu lesen. Das ist kennzeichnend für das stumpfsinnige Getriebe, das die Werte der Welt in dieser unserer Gegenwart für den Hausgebrauch der Spießer zurechthackt. Es wird eine Zukunft kommen, die den geistigen Stand der Deutschen von heute danach bemessen wird, daß das Ableben Silvio Gesells unbemerkt, kaum irgendwo registriert geschehen konnte und ins Leben der Zeitgenossen scheinbar gar keine Lücke riß. Gesells theoretische Leistung ist aber mit dieser blamabeln Stille um seinen Fortgang nicht abgetan, und wie bedeutungsvoll die Leistung war, wird dann erkannt werden, wenn sie in der Praxis erprobt werden wird. Gustav Landauer wußte, was er tat, als er vor elf Jahren empfahl, die Revolutionierung des Geldwesens der Räterepublik Bayern dem an Proudhon geschulten, dabei ganz selbständigen Denker Gesell anzuvertrauen. Wäre die bayerische Revolution militärisch siegreich geblieben und hätte sie dem modernen Physiokraten die Verwirklichung seiner Pläne gestattet, so hätte es in Bayern keine Inflation gegeben, und die Enteignung der Kapitalisten wäre vor sich gegangen bei gleichzeitiger Verhinderung der ihnen in Rußland geglückten Schliche, mit Hilfe des wertgesicherten Geldes die Warenzirkulation neuerdings zur Quelle verzinslicher Besitzhäufung zu machen. Gesells Freiland-Lehre ist stark anfechtbar, seine Geldtheorie dagegen scheint berufen, nicht, wie er annahm, das Wirtschaftsregulativ der freiheitlichen Gesellschaft zu werden, wohl aber das Uebergangsverfahren vom kapitalistischen Währungssystem zum geldlosen Kommunismus zu ermöglichen. Silvio Gesell war entschiedener Staatsverneiner. Um aber auch die Beziehungen des positiven Gehaltes seiner Lehre zum Anarchismus im FANAL zur Darstellung zu bringen, ist einer der kenntnisreichsten Schüler des Verstorbenen um einen Artikel gebeten worden und wird bald hier zu Wort kommen. Silvio Gesell war ein sozialer Wegbahner von größtem geistigen Wuchs; der Spott der Börsenpraktiker und das Gelächter der Marxisten können seine Bedeutung als Vorkämpfer gerechter und freiheitlicher Gesellschaftsgestaltung nicht mindern. Die Zeit revolutionärer Verwirklichung wird dem Toten vieles abzubitten haben, was die Zeit dogmatischer Unbelehrbarkeit an dem Lebenden und damit zugleich an sich selbst gesündigt hat. Der Weg der Menschheit zur anständigen Gemeinschaft wird mit mancher Fuhre Erde aus dem Garten Silvio Gesells gestampft sein.

Fanal nr.7/april 1930 ERICH MÜHSAM

Ein alter Hut?

Mit der scharfen parole aus der ecke der gebrüder Strasser: "brechung der zinsknechtschaft", gewann die NSDAP große teile der unter den zinslasten leidenden kleinbürger und bauern für sich, die Hitler dann an die "plutokratie", an das finanzkapital und die großindustrie verraten hat. Die jüdischen arbeiter und kleinen gewerbetreibenden wurden zu sündenböcke des "jüdischen finanzkapitals" gemacht (als ob es kein "arisches" gäbe), das uralte zinsproblem .. blieb bestehen, und es ist heute aktueller denn je. Helmut Creuz rechnete aus, daß die zinsbelastung aller waren- und dienstleistungspreise bei einem durchschnittlichen zinssatz von 10% rund 44% ausmacht, im mietpreis sogar 60 bis 70%! Das ist im wesentlichen ein arbeitsfreies einkommen für die geldgeber und die eigentümer von kapital und boden, das die verbraucher aus ihrem arbeitseinkommen bezahlen müssen.

Diese ausbeutung ist jedoch nicht alles, was der zins bewirkt. Können z.b. die kreditnehmer aus allgemeinen wirtschaftlichen gründen keine hohen zinsen mehr bezahlen, dann zieht sich ein teil des geldes aus dem wirtschaftskreislauf zurück; es kommt zu absatzstokkungen und einer wirtschaftakrise mit arbeitslosigkeit und konkursen. Gesell fordert daher ein geld unter umlaufzwang, wie es u.a. während der großen weltwirtschaftskrise 1932/33 mit erfolg in Wörgl (Tirol) praktiziert worden ist (siehe "Das 'Wunder von Wörgl'). Ein derartiges geld würde nach meinung der Gesellianer nicht nur für einen krisenfreien wirtschaftsablauf sorgen, sondern auch den geldzins und damit auch bald die kapitalrente auf null drücken; Das wäre das ende des kapitalismus!

Eine Gesellschaft autonomer Kommunen?

Uns interessiert allerdings nicht nur, wie ausbeutung, wirtschaftskrisen, wachstumszwänge und ökonomisch bedingte kriegsgefahren beseitigt werden können. Uns interessiert ebensosehr, welche bedeutung eine marktwirtschaft im sinne Gesells für die entfaltung neuer lebensformen und alternativer zwischenmenschlicher beziehungen hat.

Ist es denkbar, daß eine krisen- und ausbeutungsfreie wettbewerbswirtschaft die basis sein kann für die entfaltung solidarischer arbeits- und lebensgemeinschaften?

In gesellschaften mit ausbeutung und krisen, klassen und hierarchien, gewalt und unterdrückung, gleichgültig ob unter der flagge der "demokratie" oder dem roten banner des "sozialismus" und "kommunismus", ist kein platz für autonome produktions- und lebensgemeinschaften mit liebevollen und herrschaftsfreien umgangformen, also wirklichen kommunistischen gemeinschaften. Das zeigen die gewaltmaßnahmen des Berliner senats gegen hausbesetzer ebenso, wie die unterdrückungsmaßnahmen der Kreml-handlanger in Warschau gegen die freie polnische gewerkschaft Solidarność.

Voraussetzung für die existenz autonomer gemeinschaften ist jedoch nicht nur die politische und soziale befreiung von herrschaft und die individuelle befreiung unserer sozialen natur von gesellschaftlich vermittelten destruktiven triebstrukturen und falschen bedürfnissen, sondern auch ein gewisser materieller reichtum. Im privatkapitalismus besteht er zu einem großen teil aus unbefriedigendem konsumplunder; im staatskapitalismus ist oft noch nicht einmal das lebensnotwendige vorhanden. 4 oder 5 milliarden menschen auf diesem planeten können aber auch nicht (wie manche idealisten glauben) in den "paradiesischen" zuständen der steinzeitmenschen, auf der grundlage der extensiven produktionsweise von sammlern und jägern und nach dem prinzip von lust und laune, überleben.

Aber könnten nicht die freundlichen und solidarischen zwischenmenschlichen beziehungen in diesen mehr oder weniger matristischen kulturen in kleinen, autonomen gemeinschaften wieder aufleben, deren existentielle grundlage eine effektive und leistungsgerechte marktwirtschaft sein könnte - gewissermaßen als ersatz für die freie wildbahn der prähistorischen und heutigen naturvölker? Anarchie und ur-kommunismus auf der grundlage einer ökonomie und technik, die von den bedürfnissen der individuen in diesen gemeinschaften bestimmt wird und nicht von der profitgier ei-

trat Gesell... als Marx des Anarchismus auf." - Keynes: "Ich glaube, daß die zukunft mehr vom geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird

anerkennen und im anschluß an ihn zu selbständigem weiterdenken gekommen sind." - Mühsam: "Der weg der menschheit zur anständigen gemeinschaft wird mit

mancher fuhre erde aus dem garten Silvio Gesells gestampft sein." - G. Bartsch: "Mit seiner zinstheorie

niger weniger kapitaleigner und der ideologie und dem machthunger einiger weniger parteibürokraten und -bonzen? Ist es das, was Gustav Landauer meint, wenn er in seinem "Aufruf zum sozialismus" eine "gesellschaft von gesellschaften; ein(en) bund von bünden von bünden; ein gemeinwesen von gemeinschaften von gemeinden; eine republik von republiken von republiken" auf der grundlage der Gesellschen "freiwirtschaft" fordert? (Siehe "Silvio Gesell und die republik der autonomen gemeinschaften")

Nach Engels jedenfalls ist eine gesellschaft von kommunen auf der basis des zins erpressenden kapitalistischen geldes nicht möglich, sondern allenfalls auf der grundlage eines neuen, qualitativ andersgearteten tauschmittels, vielleicht der Owenschen "arbeitsmarken". Mit dieser these vertritt Engels genau die position, die den kern der Gesellschen kritik des kapitalistischen geldes ausmacht und Gesell veranlaßt hatte, ein tauschmittel zu "erfinden", das keinen zins mehr erpressen kann! (Siehe "Geld und kommunen bei Fr. Engels")

Für Erich Mühsam ist Gesells "freigeld" allerdings nur ein "Übergangsverfahren vom kapitalistischen währungssystem zum geldlosen kommunismus" (siehe "Ein wegbahner"). Eine fragwürdige these, aber immerhin: wenn uns das freigeld nur 50 jahre nützen könnte, sollte es uns schon recht sein!

Eine anarchistische Wirtschaftstheorie?

Von vielen fachgelehrten und politikern wurde und wird Gesell, der "rostende banknoten" einführen wollte, als "monetärer kautz" abgetan. Dazu gehören auch jene politiker und ökonomen, die mit ihrer unfähigkeit, die große inflations- und deflationskrise in den 20er und 30er jahren zu bewältigen und durch dieses währungspolitische versagen Hitler mit an die macht gebracht haben (siehe graphik zum stimmenanteil der NSDAP im verhältnis zur arbeitslozahl).

Es gibt jedoch leute, die ähnliche vorstellungen über geld und währung entwickelt haben, wie Gesell. Dazu gehört der anarchist Mackay ebenso, wie der anthroposoph Rudolf Steiner (siehe "Rudolf Steiner über das geld"). Und es gibt eine reihe namhafter persönlichkeiten, die sich zu Gesells freiland- und freigeldlehre bekannt haben, wie die nationalökonomen Gustav Cassel und Irving Fischer, der physiker und unbefangene denker Albert Einstein und der berühmte reformer der bürgerlichen volkswirtschaftslehre John Maynard Keynes. Keynes glaubte, daß einmal "die zukunft mehr vom geiste Gesells als von jenem von Marx lernen" würde ("Allgemeine theorie", s. 300). Sytya Ray, ehemaliger mitarbeiter Mahathma Ghandis, nannte Gesell den "Kant der volkswirtschaftslehre", dessen theorie vom freigeld und freiland der "goldene schlüssel zu den nationalen wirtschaftsproblemen" sei. Andere nannten Gesell den "meister" den "Columbus" oder den "Newton der volkswirtschaftslehre". Was für uns jedoch von besonderem interesse ist ist Günter Bartschs einschätzung, Gesell sei der "Marx des anarchismus" ("Anarchismus in Deutschland", s. 19).

Vielleicht ist das alles ein wenig zu hoch gegriffen. Doch vieles deutet darauf hin, daß Gesells lehre immerhin den ansatz einer alternative sowohl zu den beiden kapitalistischen positionen der angebots- und der nachfragepolitik (Milton kontra Keynes), wie auch zur marxistischen wirtschaftstheorie bieten könnte!

Könnte das heißen, daß sich die Gesellsche zinstheorie und freiland- und freigeldlehre zu einer eigenständigen, anarchistischen wirtschaftstheorie entwickeln ließe?

In einer einzigen nummer der 883 läßt sich diese frage selbstverständlich nicht beantworten. Wir könnten uns jedoch vorstellen, daß wir Euch mit diesem heft einige anregungen dazu gegeben haben, Euch mal aus anderer sicht, als lediglich aus der kapitalistischen und/oder marxistischen perspektive, mit ökonomischen alternativen zu beschäftigen. (Das wäre dann unser beitrag zum 100. todestag des anarchistenfressers Kalle Marx gewesen - womit wir allerdings nicht sagen wollen, daß damit der alte nun ein für alle mal gestorben wäre!)

Theorie gleich Onanie?

Noch ein wort an jene, die sich mit theorie nicht sonderlich befreunden mögen. Theorie ist werkzeug und anweisung für praktisches handeln, nicht mehr und nicht weniger. Zu recht werdet Ihr Euch allerdings fragen, wozu eine theorie (auch wenn wir einmal davon ausgehen, sie wäre richtig) gut sein soll, wenn sie sich nicht umgehend in praktisches handeln umsetzen läßt, weil die bestehenden verhältnisse das nicht zulassen. Denn auf friedlichem wege werden sich die plutokraten ihre privilegien nicht nehmen lassen und die machtfrage können wir nicht stellen. Auf den Sankt nimmerleinstag der "revolution" wollen wir uns auch nicht vertrösten lassen und die "bibelstunden" ("Kapital"-arbeitskreise) der "Marx-pfaffen" an den hochschulen anfang der 70er jahre haben es auch nicht gebracht.

Außerdem dürfte Marxens unvollendetes hauptwerk "Das kapital" mit dazu beigetragen haben, daß die sozialistische bewegung - und das heißt die alternative zum kapitalismus wie zum patriarchat - in die sackgasse des staatskapitalismus und der altmännerherrschaft geriet. Diejenigen, die sich resignierend von dem giganten Karl Marx abgewendet haben, finden sich heute mit dem kapitalismus ab und begnügen sich mit interventionspolitik, mit eingriffe in den kapitalismus, mit sozialstaatlichen maßnahmen, mit subventionspolitik usw. Bestenfalls fordern sie eine keynsianische konjungkturpolitik, eine wirtschaftspolitik, die nur in der wachstumsära des nachkriegskapitalismus funktionieren konnte. Das rentabilitätsprinzip bleibt dabei unangetastet. Denn Keynes hinweis auf den "sanften tod des kapitalrentners" durch eine geld- und währungspolitik und ein bodenrecht im sinne Gesells wird beharrlich ignoriert oder lächerlich gemacht. Besonders bornierte Keyneianer wundern sich über ihren meister, daß er sich überhaupt mit diesem "skurilen experten der 20er jahre" (bankier Jürgen Pronto, 1977 von der RAF erschossen) einlassen konnte.

Das alles sind tendenzen, die wir auch bei den Grünen und Alternativen finden. Ein ergebnis der ratlosigkeit und arroganz ehemaliger marxistischer k-gruppen-ideologen in diesen verbänden, die sich - nach dem scheitern praktischer marxistischer wirtschaftspolitik im Osten - heute in einer ähnlichen lage wiederfinden, wie lange vor ihnen ihre ex-marxistischen artgenossen von der SPD?

Zur resignation gibts keinen grund. Nicht nur hausbesetzungen und ähnliche aktionen, auch die zahlreichen experimente mit dem Gesellschen "schwundgeld" in aller welt zeigen, daß hier und jetzt - wenn oft auch nur vorübergehend - praxis betrieben werden kann, die das kapital am lebensnerv trifft, auch und gerade ohne dialektische verrenkungen in marxistischer theorie und praxis. Und gute theoretische einsichten in die zinsproblematik haben z.b. Klaus Novy befähigt, ein modell zu entwickeln, das die möglichkeit aufzeigt, bei ausreichender politischer macht und innerhalb des kapitalistischen wirtschaftssystems den wohnungsmarkt aus dem kapitalverwertungsprozeß herauszunehmen. Vielleicht ist das einer von vielen möglichen anfängen zur überwindung des kapitalismus, der sofort früchte tragen würde, wenn er in die praxis umgesetzt werden würde. (Siehe "Selbstverwaltetes wohnen ohne zinsknechtschaft")

Um probleme lösen zu können, ist es also unerläßlich, die wirklichkeit auf den begriff zu bringen und alternativmodelle für heute mit perspektiven für morgen zu entwickeln. So werden sich auch die Alternativen und Grünen fragen müssen, nach welchen grundsätzen - auch in ökonomischer hinsicht - sie langfristig politik machen wollen, wenn sie vielleicht einmal in einer koalition mitmischen dürfen. Mit so läppischen forderungen, wie die nach abschaffung des privaten maklerwesens und der einführung einer staatsbürokratischen wohnungsvermittlung (siehe "Das bundesprogramm" zum 6. märz, s. 14) ist die misere auf dem wohnungsmarkt nicht zu lösen. Dazu ist die herausnahme der wohnungswirtschaft aus dem kapitalverwertungsprozeß und die entprivatisierung des bodenmonopols notwendig.

Ein richtiger ansatz in diese richtung ist die forderung nach öffentlicher finanzierung des wohnungsbaus, wie sie von der bundesdeligiertenkonferenz der Grünen im januar in Sindelfingen beschlossen wurde ("Sinnvoll arbeiten", s. 16), vorausgesetzt, sie erfolgt zinsfrei! Wenn dann genügend billiger wohnraum vorhanden ist, löst sich das maklerproblem ganz von alleine und die wohnungsvermittlung wird durch private makler zuverlässiger und billiger funktionieren, als durch die verwaltung lahmarschiger und phantasieloser bürokraten. Sie kommen dem steuerzahler teurer zu stehen, als viele miteinander konkurrierende makler auf einem gesättigten wohnungsmarkt. Alternative wirtschafts- und sozialpolitik darf sich nicht darauf beschränken, lediglich an den symptomen herumzudoktern und es dadurch stabilisieren helfen.

In sofern kritisiert Klaus Hartung in der taz (vom 14.3.) zu recht das Sindolfinger sofortprogramm als politik des "totalen sozialstaates" "auf der basis kleiner gemütlicher arbeitseinheiten"; es

> **„Verschafft der Volkswirtschaft einen geschlossenen Kreislauf, d. h. einen vollkommenen und regelmäßigen Güteraustausch, erhebt Ware und Arbeit auf die Rangstufe des baren Geldes, und die menschliche Gemeinschaft ist gesichert, die Arbeit vernunftgemäß geordnet."** *Proudhon.*

würde an Marxens kritik am Gothaer programm der alten SPD erinnern. Doch Hartung fällt auch nichts besseres ein, als auf Marxens "revolutionstheorie" zurückzugreifen. Er sollte endlich begreifen, daß mit Karl Heinrich kein staat mehr zu machen ist.

Auch in der Berliner AL scheint dieses alte gespenst noch umzugehen, das so gehässig Proudhon und dessen zinstheorie bekämpft hatte. Das zeigt z.b. der text eines AL-plakats, das im dezember 1982 an Berliner litfaßsäulen hing. Dort wurde die bereitschaft bekundet, für selbstverwaltete erbpachthäuser den kapital- und bodenzins in höhe des grundstückswertes an die eigentümer zu zahlen. Das ist selbstverwaltete ausbeutung! Die genossen marxisten können das bei Engels' "Anti-Dühring", s. 284 nachlesen. Besser ist da schon die im wahlprogramm zum 10. mai 1981, s. 32 aufgestellte forderung, daß "Die finanzierung des wohnungsbaus (..) von den banken abgekoppelt werden (muß), um die kostenmiete von deren zinsschwankungen und hochzinspolitik unabhängig zu machen". Sie will die finanzierung des wohnungsbaus aus steuermitteln, die dann ohne den realzins (das arbeitsfreie einkommen für den finanzkapitalisten) zur verfügung gestellt werden könnten.

Warum nicht gleich die enteignung der besetzten häuser und Gesells zinsfreie währung fordern? Weil wir nicht immer alles zugleich und sofort haben können? Immerhin sollten wir wissen, was wir mit den schweinen aushandeln. Wir müssen wissen, ob wir lediglich "bessere" sozialdemokratische politik machen und machen wollen, oder ob wir radikale - d.h. an die wurzeln des schweinesystems gehende - reformen durchzusetzen versuchen wollen, reformen, die vielleicht einmal systemsprengend wirken könnten. Hier haperts bei den Grünen und Alternativen.

Interessant ist, daß den westgermanischen Grünen ausgerechnet zu den problemen noch nichts eingefallen ist, die den Gesellianern so wichtig sind. Im bundesprogramm wurde der 5. programmpunkt "steuern, währung und finanzen" ausgespart, weil er "noch überarbeitet" werden müsse. Hoffentlich fällt ihnen dazu was ein! Wie wäre es mit der besteuerung des geldes und des grundeigentums? Wie wäre es mit der einführung einer festwährung mit einem geld unter umlaufzwang durch eine geldsteuer? Wie wäre es mit einer finanzierung der versorgung und ausbildung der kinder und jugendlichen aus einer geld- und bodensteuer? Das würde vor allem die parasitären kapitalrentner dieser gesellschaft treffen! - Läßt sich alles ableiten aus der zinstheorie von Proudhon und Gesell!

Wir, die eine radikale umwälzung der bestehenden verhältnisse wollen, müssen uns klar darüber sein, daß zu einer umgestaltung der gesellschaft eine analyse dieser verhältnisse und theoriebildung gehören und ein konzept, wie eine neue gesellschaft in ihren grundzügen aussehen soll, auch wenn nicht alles bis ins kleinste vorherbestimmt werden kann und darf. Ohne ein realistisches grundkonzept einer zukünftigen wirtschafts- und gesellschaftsordnung wird jedoch jede revolution eine verratene revolution und werden alle opfer wiedereinmal umsonst gewesen sein.

Die frage nach einem "Dritten weg" jenseits von kapitalismus und "real existierendem sozialismus" steht auf der tagesordnung; es wäre unklug, dieser frage auszuweichen. Die frage, ob der Anarchismus diesen Dritten weg weisen könnte, ist - nach dem scheitern der Marxisten und bürgerlichen reformer - wieder aktuell geworden. Und die sympathien für die Anarchie können wir an den hauswänden, in den u-bahnschächten und an den klotüren ablesen. Was läge näher, als bei den Anarchos auch nach wegen für die lösung ökonomischer fragen zu suchen? Vielleicht lassen sich mit hilfe von Proudhons zinstheorie und Gesells freiland-freigeldlehre einige dieser fragen beantworten. Wir sollten sehen!

Wir hoffen, daß Euch die hier zusammengestellten berichte und dokumente von nutzen sein und auch vergnügen bereiten werden. Vielleicht teilt Ihr uns Eure meinung zu Gesell und zu dieser nummer der 883 mit (post an agit 883 bei Rhizom, Eisenacher str. 57, 1 Berlin 62)!

Dank an alle Gesellianer, die uns mit rat und tat unterstützt haben!

Vor 50 Jahren:

Das 'Wunder von Wörgl'

Über die praktische Abschaffung des kapitalistischen Geldes!

Vor 50 jahren wurde in der damals etwa 4200 einwohner zählenden marktgemeinde Wörgl in Tirol - zwei jahre nach dem ersten experiment in Schwanenkirchen im Bayrischen wald (fritz Schwarz: 'Vorwärts...) - der zweite erfolgreiche versuch mit Gesells neuartigem tauschmittel, dem 'Schwund-'oder 'Freigeld', durchgeführt. Diese aktion wurde einstimmig vom gemeinderat, bestehend aus arbeitern, bauern, kleinen gewerbetreibenden und beamten, beschlossen. Sie lief vom august 1932 bis september 1933. Die 'Arbeitsbestätigungen' wurden nicht nur von allen wörgler bürgern, sondern insgesamt von schätzungsweise 6000 personen angenommen. Das wirtschaftsleben kam wieder ingang, die arbeitslosigkeit ging in diesem zeitraum um 25 prozent zurück und die gemeinde konnte alle ihre schulden begleichen - das alles mitten in der großen weltwirtschaftskrise! Der nationalökonom Irving Fisher damals: "Freigeld, richtig angewendet, würde die Vereinigten staaten in drei wochen aus der krise herausbringen." (F. Schwarz: 'Das experiment von Wörgl'; Alex von Muralt in 'Ständisches leben' 1933/6; Alfred Hornung: 'Das ergebnis des wörgler schwundgeldversuchs' 1934.)

Der folgende, von uns übersetzte artikel erschien am 9. september 1933 in der pariser 'L'Illistration', seahs tage vor dem verbot dieses experiments. - Aber andere folgten, in aller welt!

Im Inntal in Österreich, auf der strecke von Innsbruck nach Kufstein, befindet sich ein kleines städtchen (eher ein großes dorf), das gestern nur einigen touristen ein begriff war und heute auf dem besten wege ist, in beiden hemisphären des Erdballs berühmt zu werden.

Ich behaupte nicht, daß der name Wörgls in einem salon in London, Berlin oder New York, oder selbst in einem cafe einer dieser städte bei den zuhörern auch nur die geringste aufmerksamkeit erregt. Aber wenn Sie irgendwo in Europa oder Amerika eine jener personen treffen, die allgemein als 'herrvorragende wirtschaftswissenschaftler' bezeichnet werden, und wenn der zufall es will, daß er auch noch anhänger der 'Natürlichen wirtschaftsordnung' ist, dann erwähnen Sie in seiner gegenwart nicht die goldwährung - er würde Sie auf der stelle zerreißen -, sondern lassen Sie dieses einfache wort fallen: 'Wörgl'. Dann werden Sie sehen, wie dieses sicherlich ernste und vielleicht strenge gesicht sich entspannt, wie die lippen zittern und wie in den augen ein fanatisches glitzern aufleuchtet: das auge eines muselmanen, dem man von Mekka erzählt. Was sage ich! vielleicht dogar - horresco referens - wird er sich sogar im Ihre arme werfen, weil er glaubt, in Ihnen einen apostel, einen bruder, einen glühenden anhänger von Silvio Gesell gefunden zu haben.

"Aber", wird der leser sagen, "wer ist Silvio Gesell, und was hat er in Wörgl getan?"

Silvio Gesell, stolzer name einer 'straße', der auf einem an einer supermodernen laterne hängendem schild steht, Silvio Gesell wurde 1862 bei Aachen geboren. Mit zweiundzwanzig jahren ließ er sich in Argentinien nieder, wo er rasch sein glück machte mit dem verkauf zahnärztlicher instrumente. Bis dahin, nichts besonderes. Aber 1900, im besten alter, zog sich Gesell plötzlich vom geschäftsleben zurück, stieg aus dem aktiven geschäftsleben aus und ließ sich in der Schweiz nieder. Dort entwickelte er die theorie, die er in seinem buch 'Die natürliche wirtschaftsordnung' zusammengefaßt hat. Er starb 1930. Seine theorien bildeten die grundlage, auf der sich die schule der sogenannten 'Freiwirtschaft' stützt. Nahezu unbekannt in Frankreich, zählt die freiwirtschaft in der Schweiz und in den ländern Mitteleuropas viele anhänger. In Amerika nimmt sie mit jedem tag an umfang zu. Der professor Irving Fisher ist dort ihr bekanntester vertreter. Es scheint, daß die neue wirtschaftspolitik des

Basis Verlag
Postfach 645 1 Berlin 15

präsidenten Rosevelt viel von den prinzipien der Freiwirtschaft übernommen hat. Der erste dieser grundsätze läßt sich wie folgt zusammenfassen: die durch die golddeckung begrenzte menge des geldes folgt nicht der steigerungsrate der produktion und des reichtums, und dieses mißverhältnis ist die hauptursache für die wirtschaftlichen katastrophen, die als 'deflationskrisen' bezeichnet werden.

Ein zweites prinzip bezieht sich auf die geldzirkulation: "Das geld als tauschmittel wird durch hortung zweckentfremdet, was zu einer verlangsamung des austausches, einer verringerung der quantität des zirkulierenden geldes und folglich - da die quantität der waren gleich bleibt - zum preissturz führt: wiederum eine deflationskrise."

Da sind wir ja ziemlich weit weg von Wörgl, denkt der leser. Nicht ganz so weit.

Im dezember 1931 wurde ein ehemaliger eisenbahnangestellter, Michael Unterguggenberger, zum bürgermeister von Wörgl gewählt. Die finanzielle lage der stadt war beklagenswert. Die steuern wurden nicht bezahlt, es gab sogar große zahlungsrückstände. Die zahl der arbeitslosen nahm täglich zu, die gemeinde konnte nicht einmal mehr für ihre landessteuern aufkommen. Der zustand der straßen war das gestött der umgebung - an einem haus in Wörgl kann man noch die aufschrift lesen: "Sch limm über alle maßen, ist in Wörgl der zustand der straßen." Nun war Michael Unterguggenberger, dieser trockene und vierschrötige bauer, als sozialdemokrat bürgermeister geworden. Dennoch verviel er nicht auch die idee, Wörgl zur filiale Wiens (wo die Sozialdemokraten regierten; 883-red.) zu machen, oder arbeit und geld dadurch zu beschaffen, daß er eine schon bedrängte bevölkerung noch weiter belastete. Michael Unterguggenberger bezeichnete sich als Sozialdemokraten, aber nicht als Marxisten.(...).

Am 5. juli 1932 beschließt der bürgermeister angesichts des drohenden bankrotts eine 'roßkur' zu versuchen. Es handelt sich schlicht und einfach darum, die in Wörgl zirkulierende österreichische währung durch eine umlaufsichere währung vom gesellschen typ zu ersetzen. Aus diesem grund gibt man als ARBEITSBESTÄTIGUNGEN bezeichnete gutscheine im wert von 1, 5 und 10 schillingen aus, um dem ausgabeprivileg der Nationalbank zu 'entwischen'. Diese gutscheine haben die für den benutzer unangenehme eigenschaft, daß ihr wert pro monat um 1% abnimmt. 10 francs würden in diesem system in einem jahr 1,2o francs verlieren. Um den wert der scheine konstant zu halten, kann man am ende des monats im ratheus eine klebemarke für den schein kaufen, die ihm seinen ursprünglichen wert zurückgibt. Da der benutzer so wenig wie möglich durch dieses schwundgeld verlieren möchte, erwartet der bürgermeister, daß die neue währung von einem für handel und industrie der gemeinde höchst heilsamen zirkulationstaumel ergriffen werden wird. Diesem teufelskerl gelingt es nicht nur, die wichtigsten geschäftsleute des ortes für sein revolutionäres projekt zu gewinnen, sondern auch noch, ein komitee zu gründen, das sich aus dem pfarrer, dem kommandanten der heimwehr - einem überzeugten reaktionär nach art alter militärs - und ihm selbst zusammensetzt - alles in allem eine regelrechte 'Nationale union'. Dieses komitee soll die durchführung der maßnahmen überwachen.

Im august wurden die ersten arbeitsbestätigungen ausgegeben. Die gemeinde hatte ihre letzten reserven zusammengekratzt, um diese neue währung zu 100% mit regulärem österreichischem geld, das bei der örtlichen sparkasse hinterlegt wurde, zu decken.

Zur ersten verwendung der arbeitsstätigungen wurde ein plan für öffentliche arbeiten aufgestellt. Die löhne der arbeiter und die lieferungen an die stadt wurden ausschließlich in arbeitsbestätigungen bezahlt. Auf dieseweise wurden sie in umlauf gebracht. Man stellte fest, daß die neue währung ihre aufgabe voll erfüllte, denn ihre umlaufgeschwindigkeit erlaubte es, mit einer anzahl von scheinen im gesamtwert von 12.000 schillingen innerhalb von drei monatenten zahlungen von 100.000 schillingen zu tätigen. Ich bin im august 1933 nach Wörgl gekommen. Das experiment hatte also vor genau einem jahr begonnen. Man muß ohne voreingenommenheit anerkennen, daß die wirkung ans wunderbare grenzt. Die auf traurige weise berühmten straßen gleichen heute autobahnen. Das renovierte rathaus ist fröhlich und wirkt eher wie ein musikvavillon, in dem man geranien ausgestellt hat. Eine neue brücke aus zement trägt stolz die inschrift: "1933 mit Freigeld erbaut". Überall sieht man kugelförmige straßenlaternen wie in der 'Silvio Gesell-straße'. Selbst der kleine dorfheilige ist vom sozialdemikratischen bürgermeister geehrt worden: man hat ihm eine kleine nische nach art von Corbusier errichtet.

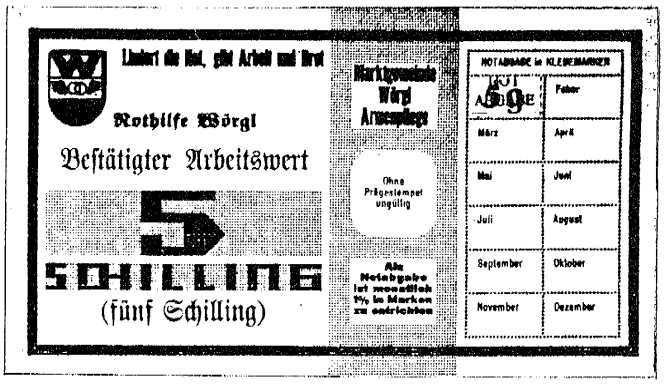
Die arbeiter, die man auf den zahlreichen baustellen antrifft, sind glühende anhänger des 'Schwundgeldes'. Ich bin in die geschäfte gegangen: überall war das 'notgeld' gleichberechtigt neben der offiziellen währung akzeptiert, Die preise sind nicht gestiegen.

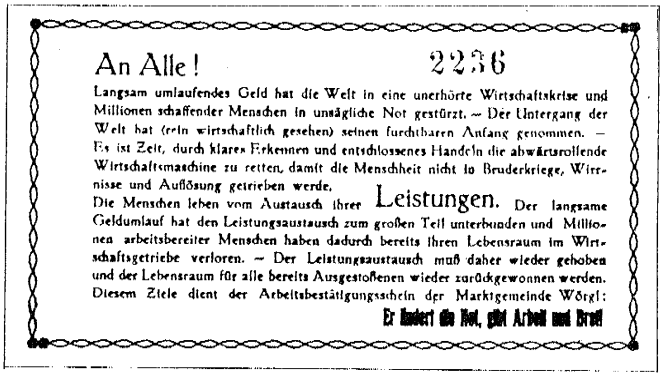
"Was ist das alles für ein kauderwelsch?", sagte in etwa Michael Unterguggonberger. "Ach, diese Journalisten!"

Ich machte mich ganz klein und versuchte, von der ganzen zunft den schaden abzuwenden, der ihr durch ein einzelnes mitglied zugefügt wurde... Aber es ist sicher, daß diese art von publizität die Nationalbank, die darauf bedacht ist, ihr ausgabemonopol zu bewahren, nur weiter arlamiert wird. Denn die epidemie breitet sich aus. Schon sprechen mehr nachbargemeinden von SCHWUNDGELD - das ist der gebräuchliche name für die neue währung. Eine von ihnen, Kirchbichl, hat bereits arbeitsbestätigungen ausgegeben und läßt den umlauf der gutscheine aus Wörgl zu. Der abt des klosters von Westendorf hält eine flammende rede, in der er von der "wunderbaren wirtschaftlichen kraft" des FREIGELDES und von dem "kleinen funken aus Tirol, der den brand entfachen wird, in dem die internationale finanzwelt auf die kniee gezwungen werden wird" spricht. Weiter entfernt, in Ober- und Niederösterreich, in der Steiermark, sind mehrere gemeinden dabei, 'Schwundgeld' einzuführen.

Was ist das also für ein phänomen, das diese währung so begehrt macht, und das es tatsächlich möglich macht, eine gemeinde vor dem bankrott zu bewahren und dann im weniger als einem jahr, mitten in der krise, zu relativem wohlstand zu führen?

Es gibt zunächst eime ziemlich banale erklärung: die abgabe von 1% im monat ist eine art geldsteuer von 12% im jahr - etwas, das von den klassischen ökonomisch zutiefst verabscheut wird.





Arbeitswertbestätigungen der Gemeinde Wörgl (Vorder- und Rückseite)

Ich habe den berühmten bürgermeister besucht. Er empfängt mich in einem hellen zimmer, vor einem funkelnagelneuen schreibtisch aus polierten eichenholz. Zu anfang war da noch das ursprüngliche mißtrauen des tiroler bauern vor dem 'fremden', aber das ging schnell vorbei. Ich brachte ihm die sonderausgabe einer wiener zeitschrift mit, die vom "vorbild Wörgl" sprach und die einführung des "notgeldes" in Wien forderte. Die erste seite war ein loblied zu ehren des "mutigen bürgermeisters von Wörgl".

Der bürgermeister antwortet darauf, daß diese steuererhebung erträglich gemacht wird durch die vorteile, die die verbraucher durch die einführung des neuen geldes erhalten.

Ferner liegt die gelddeckung für die ausgegebene währung, das heißt die regulären österreichischen schillinge, mit denen die gemeinde normalerweise ihre kosten hätte bestreiten müssen, immer noch auf der sparkasse und bringen der gemeinde jedes jahr einen bestimmten betrag ein.

Schließlich, jedesmal, wenn ein einwohner von Wörgl 'Schwundgeld' in offizielle schillinge eintauschen will, um äußeren verpflichtungen nachzukommen, kann er dieses bei der sparkasse tun, muß aber eine umtauschgebühr von 2% entrichten - eine weitere einkommensquelle für die gemeinde.

Andererseits, wenn ein einwohner von Wörgl gegen ende des monats nicht weiß, was er mit einer währung anfangen soll, die plötzlich 1% ihres wertes verliert, dann bleibt ihm immer noch die möglichkeit, seine steuern zu bezahlen. Diese letzte besonderheit hat der gemeinde nicht nur die vollständige begleichung seit jahren offenstehender zahlungsverpflichtungen beschert, sondern sogar - etwas ungeheuerliches - steuerzahlungen im voraus!

Man hat nun versucht, dem experiment von Wörgl jede vermögensbildung abzusprechen und hat in ihm nur ein verschleiertes unternehmen zur ausbeutung des steuerzahlers sehen wollen. Es scheint, daß hier ein kleiner irrtum vorliegt. Seit menschengedenken hat man nie gesehen, daß das 'Zahlschwein' nicht mit letzter karaft dagegen protestiert, wenn man ihm seine taler entreißt. Hier aber protestiert der steuerzahler überhaupt nicht. Mehr noch: er ist begeistert vom experiment und beklagt sich bitter darüber, daß die Nationalbank neue ausgaben zu verhindern sucht. Das liegt daran, daß es in Wörgl eine verbesserung der allgemeinen lage gibt, die man nicht einer neuen art von steuern zuschreiben kann. Es sieht so aus, als müsse man mit dem bürgermeister zugeben, daß die neue währung ihre aufgabe besser als die alte erfüllt.

Ich überlasse es den ökonomen zu entscheiden, ob es trotz der 100-prozentigen gelddeckung eine art von inflation gibt. Auf jeden fall sind preiserhöhungen, sonst hauptauswirkung einer inflationistischen politik, nicht festzustellen. Vielleicht wäre das anders, wenn das verfahren auf ein ganzes land angewandt würde. (Mit dem Freigeld will Gesell gerade eine festwährung im ganzen land und in der ganzen Welt möglich machen; 883-red.)

Was den einfluß auf das sparen angeht, so kann man sagen, das die neue währung das sparen im eigentlichen sinne auf kosten des hamstern begünstigt. Es ist jetzt außerordentlich ungünstig, sein geld bei sich aufzubewahren, aber man kann jede geldentwertung vermeiden, indem man es auf die sparkasse bringt. Das resultat hat dann auch nicht lange auf sich warten lassen: im juli 1932 betrug der überschuß der auszahlungen gegenüber den guthaben an der Sparkasse von Wörgl 10.000 schillinge. Im august, nach einführung der Arbeitsbestätigungen, fiel er auf 5.000 schillinge. Heute ist die bilanz ausgeglichen, was seit beginn der krise nicht mehr zu beobachten war.

Wörgl ist heute eine art pilgerstätte für die 'Freiwirte' der ganzen Welt geworden. Häufig sieht man diese pilger von akademischen aussehen in den neugebauten straßen herumspazieren, oder wie sie vor der terrasse eines gasthauses anhalten, um über ein finanzproblem zu diskutieren. Die bevölkerung von Wörgl, stolz über ihren frischen ruhm, empfängt sie mit wohlwollen. In den Vereinigten staaten haben zweiundzwanzig gemeinden, mehr oder weniger nach dem vorbild von Wörgl, 'Schwundgeld' eingeführt. Am 17. februar dieses jahres (1933; 883-red.) empfahl der professor Fischer in einer von mehreren amerikanischen sendern ausgestrahlten sendung Wörgl als das "beste beispiel für dieses zeitgebundene geld, dessen einführung er gerne überall sähe".

Ich habe gedacht, daß es interessant wäre, dieses merkwürdige experiment auch hier (in Frankreich; 883-red.) bekannt zu machen.

Claude Bourdet

Am 15. september 1933 wurde dieses experiment aufgrund einer klage der Österreichischen nationalbank gerichtlich verboten. "Fünf jahre später zog Hitler in Wien ein" (Fritz Schwarz: 'Das experiment von Wörgl'). "Hätte man seinerzeit das experiment in Wörgl nicht verboten, sondern es nach und nach für das ganze land eingeführt, so wäre Österreich heute noch unabhängig und frei!" (J.B. Rusch in den schweizer 'Republikanischen blättern' nach Hitlers einmarsch).

Zur Geschichte und zur wirtschaftstheoretischen und politischen Einordnung der Gesellianer

Gesell ein anarchist?

Gesells herkunft aus dem "dunstkreis" der anarchistischen bewegung und seine entwicklung zum radikalen "staatsfeind" wird von seinen heutigen kleinbürgerlichen anhängern meist schamhaft verschwiegen, ist aber unverkennbar. Das zeigt ein blick in die damalige literatur der gesellianer und anarchisten, insbesondere ein artikel in der von Gesell und Blumenthal herausgegebenen zeitung "Der physiokrat". Dort bezeichnete Gesell sich 1913 als 'physiokraten' (was das ist steht bei K. Marx: "Die physiokraten", MEW 26. 1) und bezeichnet diese als "linke flügelmänner" aller parteien - einschließlich der Anarchisten! Die anarchisten nannte er dort "Akraten". 1927, drei jahre vor seinem tod, bezeichnete er seine in "Der abgebaute staat" geschilderte utopie einer staatslosen und mutterrechtlich organisierten gesellschaft auf der grundlage einer freiland-freigeld-wirtschaft selbst als "Akratie". Wie haben wir das zu interpretieren? Als bekenntnis zum "linken flügel" des Anarchismus?

Gleichgültig, ob Gesell nun wirklich anarchist war oder nicht, so steht doch fest, daß er mit anarchisten befreundet war, mit ihnen zusammengearbeitet hat und daß er ein anhänger der (von Kalle Marx so heftig wie unqualifiziert bekämpften) zinstheorie des anarchisten Pierre-Joseph Proudhons war. Gesell hat Proudhons vorschläge zur lösung des zinsproblems gewissermaßen "vom kopf auf die füße gestellt" und ihm sein hauptwerk, "Die natürliche wirtschaftsordnung durch freiland und freigeld" gewidmet (aus dessen neueren auflagen diese widmung seltsamer weise wieder verschwunden ist).

Wirtschaftstheoretische abgrenzung

Der altgesellianer Will Neobe steckt die richtung Proudhon/Gesell - in abgrenzung zu den marxistischen "produktions-sozialisten" und den sozialdemokratischen "interventions-sozialisten" - in die schublade der "tausch-sozialisten" ("Um die güter der Erde").

Diese abgrenzung scheint uns außerordentlich wichtig zu sein für unsere eigene wirtschaftstheoretische und politische positionsfindung! Bisher standen sich im "klassenkrieg" vor allem zwei große gruppierungen gegenüber: die kapitalistische, zu der wir auch die interventionssozialisten zählen müssen, und die marxistische, wozu der bürgerliche philosoph Marx und der fabrikdirektor und aktionär Engels ebenso gehören, wie die alte SPD, die Trotzkisten und vor allem die "Marxisten-leninisten".

Die dritte, historisch (noch) kaum zum zuge gekommene bewegung ist die anarchistische, aus der die fraktion der tauschsozialisten mit ihren theoretikern Proudhon und Gesell hervorgegangen ist.

Die marxistisch orientierten produktionssozialisten versuchen aufgrund ihrer kapitalismusanalyse den markt abzuschaffen und installierten dazu eine zentralgelenkte staatswirtschaft. Das führte regelmäßig zur verbrürokratisierung der wirtschaft und gesellschaft, zu ausgeprägten herrschaftsstrukturen, zu einer produktivitätsrate im "vaterland aller werktätigen", in der Sowjetunion, die nur halb so hoch ist, wie die in den kapitalistischen industrienationen, und zu einem ausverkauf der volkswirtschaften an das westliche finanzkapital. Marxens - und unser! - wichtigstes anliegen: die beseitigung der selbstentfremdung und der entfremdung der menschen von ihren mitmenschen und von ihrem arbeitsakt und arbeitsprodukt, ist in den von "Marxisten" und "Kommunisten" beherrschten ländern noch weniger realisiert worden, als in den kapitalistischen industrienationen.

Die interventionssozialisten - oft sozialisten, die sich resignierend vom marxismus abgewendet haben - akzeptieren den kapitalismus als notwendiges übel und fordern nur noch staatliche eingriffe in den wirtschaftsablauf, um die "auswüchse" des kapitalismus zu mildern. Zu diesen maßnahmen gehören z.b. wohngeldzuschüsse für untere einkommensschichten, um ihnen die zahlung der durch hohe zinsen belasteten mietpreise zu ermöglichen. Das läuft darauf hinaus, daß die grund- und hauseigentümer ihre teuren wohnungen weiterhin vermieten und ihre zinsen und kapital- und bodenrenten weiterhin kassieren können - letztendlich also eine subventionierung der zinsparasiten. Als konjunkturmaßnahme fordern sie vor allem wirtschaftswachstum, das sowohl vollbeschäftigung verspricht, wie auch hohe zinsen, dividenden, renten etc. garantiert.

Die tauschsozialisten leiten ihre wirtschaftstheorie aus der analyse und kritik der kreislaufsphäre der kapitalistischen wirtschaft ab. Sie erwarten von einer vom geld- und bodenmonopol befreiten marktwirtschaft eine umverteilung der bodenrente und den "sanften tod" (Keynes) des geld- und kapitalrentners und von einer aktiven währungspolitik mit festwährung die beseitigung von konjunkturschwankungen und erzwungener arbeitslosigkeit. Außerdem erwarten die heutigen Gesellianer mit der wirtschaftlichen entmachtung des kapitals auch ein verschwinden des akkumulationsdrucks und damit auch der wachstums- und rüstungszwänge.

Politische abgrenzung

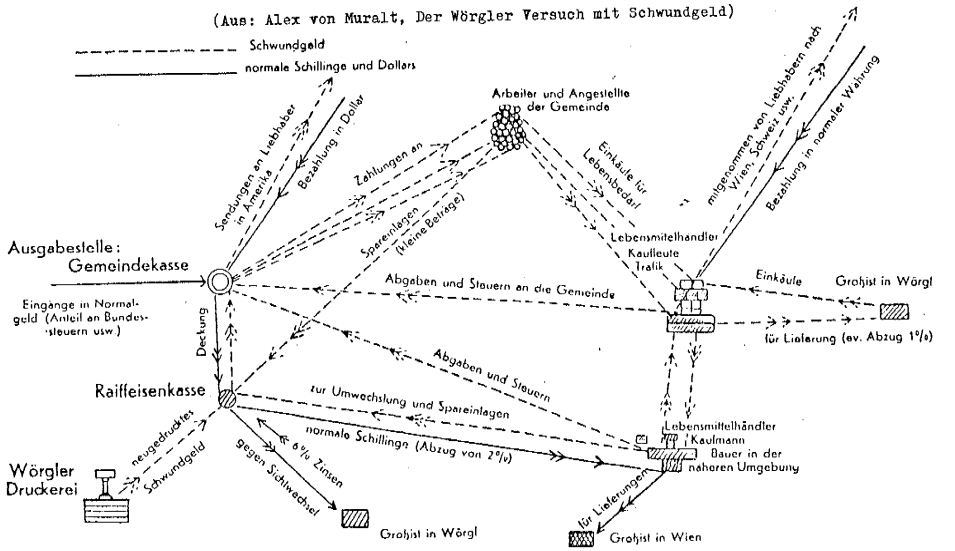
Diese dreiteilung der sozialistischen richtungen ist nicht nur in ökonomischer hinsicht von interesse. Als gegner von hierarchie und herrschaft gehören diese tauschsozialisten (wenn wir sie überhaupt noch 'Sozialisten' nennen wollen, nachdem dieser begriff von Sozialdemokraten und Stalinisten so gründlich diskreditiert und sogar von den NS-faschisten mit ihrer etikettierung als "National-sozialisten" mißbraucht worden ist) ins antiautoritäre lager; also ins lager aller jener, die wir als Anarchos, Spontis, Autonome, Hedonisten, Feministen, Situationisten, Alternativos usw. bezeichnen. Als kriterium für diese notwendige politische und soziale abgrenzung empfahl Michael Vester in den 70er jahren den begriff 'emanzipation' anzuwenden: Der trennungsstrich zu anderen bewegungen - gleichgültig, ob sie sich "reformer" (Sozialdemokraten) oder "revolutionäre" (Marxisten/Leninisten) nennen würden - sei dort zu ziehen, wo es um die tatsächliche politische, wirtschaftliche, soziale und psyhische freistellung von herrschaft und unterdrückung und gleichstellung aller menschen ginge (in "Die hedonistische linke"). Diese forderung nach wirklicher emanzipation würde nach Vester weder von den sozialistischen und sozialdemokratischen reformern, die mit den interventionssozialisten identisch sind, noch von den leninistischen revolutionären, die wir zu den produktionssozialisten zu zählen haben, erfüllt (von den bürgerlichen ganz abgesehen). Vom politischen und emanzipatorischen standort aus gesehen, befinden wir uns mit den tauschsozialisten also in guter gesellschaft.

Arbeiter und kleinbürger bündnisfähig?

Noch in anderer hinsicht ist die politische einordnung der gesellschen tauschsozialisten von interesse. Anders als die produktionssozialisten, unterscheiden die tauschsozialisten entsprechend ihrer zinstheorie nicht einfach zwischen lohnarbeitern einerseits und unternehmern andererseits, sondern zwischen all jenen, die mit fremdkapital für die kapitalrentner arbeiten und den kapitaleigentümern, denen diese renten aus der arbeit der lohnabhängigen und produktiven unternehmer zufließen. Zu dieser produktiven klasse gehören insbesondere auch jene kleinbürger, die als inhaber von handwerksbetrieben und emma-läden mit fremdkapital für kreditgeber und grundeigentümer schuften. Die eigentlichen kapitalisten sind also jene, die ihr geld verleihen, damit die unternehmer produktionsmittel und waren kaufen können, und die ihren boden als wohn- oder produktionsmittel vermieten oder verpachten und daraus ein arbeitsfreies einkommen aus der arbeit der lohnabhängigen und produktiven unternehmer beziehen.

Schema des Kreislaufes des Schwundgeldes

(Aus: Alex von Muralt, Der Wörgler Versuch mit Schwundgeld)



Nach Marx sind auch die unternehmer ohne bzw. ohne nennenswerten eigenes kapital, die aber als eintreiber der zinsen und renten für die kapitalisten bei den lohnabhängigen fungieren, ebenfalls kapitalisten (zu denen diese sich subjektiv meist auch hingezogen fühlen). Da diese unternehmer jedoch (objektiv) ebenfalls vorwiegend unternehmergewinne als unternehmerlohn für geleistete produktive arbeit beziehen, zählt Gesell sie - ebenso wie die lohnempfänger im engeren sinne - zu der ausgebeuteten klasse der produzenten. Er trennt also klar zwischen schmarotzenden kapitalisten und produktiven unternehmern und ordnet alle unternehmer, die ohne eigenkapital arbeiten oder lediglich mit etwas eigenkapital ihre eigene ausbeutung durch fremdkapital ausgleichen, genauso zu den produzenten, wie die arbeiter. (Entsprechendes gilt für arbeiter mit einer volksaktie oder einem eigenheim.)

Während die marxisten aufgrund ihrer klassentheorie, abgeleitet aus der frühkapitalistischen produktionssphäre, vor 50 jahren die kleinbürger in die arme der faschisten und der großbourgeoisie trieben, legt die klasseneinteilung der tauschsozialisten, abgeleitet aus ihrer zinstheorie, ein bündnis zwischen der arbeiterklasse und der kleinbourgeosie nahe. Angesichts des heraufziehens einer zweiten großen weltwirtschaftskrise könnte diese abgrenzung der "schaffenden" arbeiter und kleinbürger von den "raffenden" (groß-)kapitalisten ein wichtiger politischer faktor werden. Voraussetzung ist allerdings, daß wir einsicht gewinnen in die ökonomischen hintergründe dieser objektiven bündnisfähigkeit der arbeiter und kleinbürger und diese these, wenn sie richtig sein sollte, in politisches handeln umsetzen und nicht ein zweites mal den faschisten die revolutionären bedürfnisse der kleinbürger überlassen, zu denen heute nicht nur ein großer teil der subkultur, sondern auch ein teil der arbeiterschaft gehört.

Zur geschichte der bewegung

Entsprechend der ähnlichen ökonomischen lage der arbeiter und kleinbürger im bezug auf die ausbeutung durch den zins und die monetär bedingten wirtschaftskrisen einerseits und ihre unterschiedlichen lage als lohnabhängige oder "selbständige" (klein-)unternehmer andererseits gab es in der Weimarer republik einen proletarischen und einen bürgerlichen flügel der physiokratischen oder, wie sie sich später nannte, "freiwirtschaftlichen" bewegung, aber auch - ganz im un-geiste der zeit - ein völkisch und antisemitisch orientiertes grüppchen. Letztere gaben 1919 eine monatsschrift heraus, die noch im selben jahr von Gesell, Christen u.a. übernommen wurde. Die anzeigen mit den präfaschistischen hakenkreuzen flogen raus und wurden ersetzt z.b. durch werbung für literatur über frauen- und sexuelle befreiung in der jungen Sowjetunion. Dabei tauchte auch ein autor auf, der offensichtlich jude war: Felix Aaron Theilhaber. Der nationalistisch gemeinte titel "Deutsche freiwirtschaft" wurde später in "Die freiwirtschaft" geändert.

Gesell selbst war von seiner herkunft her ein bürgerlicher kosmopolit. Er stammte von einer wallonischen mutter und einem preußischen beamten ab, wuchs im abwechselnd zu Deutschland und Belgien gehörenden landkreis Malmedy auf und lebte viele jahre als erfolgreicher kaufmann in Argentinien und als landwirt in der Schweiz. Er war befreundet mit dem jüdischen anarchisten und literaten Gustav Landauer, der ihn 1919 in die anarchistische Münchener räterepublik holte. Dort war er bis zu seiner entlassung durch die kommunisten volksbeauftragter für finanzen. Für rassisten und chauvinisten hatten Gesell und seine freunder nur hohn, spott und verachtung übrig. Auf einen der beiden flügel der bewegung, den proletarischen oder bürgerlichen, soll Gesell sich jedoch nicht einseitig festgelegt haben. Er schwebte über den fraktionen, wie H.-P. Neumann, ein Berliner anhänger Gesells, einmal meinte.

Der kleinbürgerlich orientierte flügel der freiwirte wurde u.a. durch die zeitschrift "telos" vertreten, die bis in die 70er jahre von Noebe in Berlin herausgegeben wurde. Die von Otto Lautenbach herausgegebene "Schule der freiheit" erschien noch 1937 mit dem briefwechsel zwischen Proudhon und Bastiat über den zins. Sie hat sich bis zu ihrem verbot nicht von den Nazis korrumpieren lassen.

Im lager des proletarischen flügels erschienen unter vielen anderen zeitungen und zeitschriften "Der ring - Monatshefte für jugendbewegung und politik", herausgegeben von Hans Schumann, der ihre ziele 1925 etwas unständlich so formulierte:

"Wir wollen den endkampf um die beseitigung aller unterdrückung und ausbeutung und damit die erfüllung der jugendbewegung vorbereiten, indem wir die jugend aller länder revolutionieren zum klassenkampf um die beseitigung aller klassenherrschaft durch die freiwirtschaft Silvio Gesells."

"Der ring" stellte Gesell gleichrangig neben Marx und Lenin, widmete Karl Liebknecht zu dessen einjährigem todestag einen artikel, in dem er als aufrechter und vorbildlicher revolutionär links der sozialdemokratie gewürdigt wurde, erinnerte an Giardano Bruno und den bauernrevolutionär Florian Geyer. 1925/26 erschienen in einer auseinandersetzung mit einem "Diogenes" (Martin Hoffmann?) zwei kritische artikel von Karl Korsch zur freiwirtschaftslehre im "Ring", in der er in der bekannten marxistischen und nicht sehr überzeugenden weise gegen Gesells lehre argumentierte.

An organisationen, die sich damals auf die lehren Gesells beriefen, gab es u.a. den "Physiokratischen kampfbund", den "Sozialistischen freiheitsbund", den "Freiwirtschaftsbund", den "Freiwirtschaftlichen kampfring FFF" (FFF = freiland, freigeld, freiwirtschaft) und die FPD ("Freiwirtschaftliche partei Deutschland"). In der Schweiz gründete Gesell 1915 den "Freiland-freigels-bund"; dort gibt es heute noch die freiwirtschaftlich orientierte "Liberalsozialistische partei" (LSP) mit einigen sitzen in einigen parlamenten.

Bald nach dem 2. weltkrieg wurden in Westdeutschland die "Radikalsoziale freiheitspatei" und die zeitung "Der freie mensch" gegründet. Die anfänglichen wahlerfolge der RSF wurden durch die einführung der 5-prozent-sperrklausel für den zugang in die parlamente und durch das "wirtschaftswunder" Erhards (der sich an Keynes orientierte) zunichte gemacht. Dagegen half auch nichts die opportunistische änderung des provozierenden namens der partei in "Freisoziale union" (FSU). Damit endete auch bald die gute organisatorische zusammenarbeit der "Freisozialen" mit der Internationale der kriegsdienstgegner (IdK) und den neutralisten der 50er jahre gegen die wiederaufrüstung und für die wiedervereinigung Deutschlands. Am 19.12.1982 kandidierte die FSU zu den Hamburger bürgerschaftswahlen und erhielt ganze 335 stimmen.

In der hansestadt wird die grüne fahne der partei noch unermüdlich von dem altgesellianer Johannes Schumann gegen den wind gehalten, einem manne, der bereits in der Weimarer republik als lehrer aus dem staatsdienst rausflog, weil er mit seinen kindern bei schönem wetter unter einer traueresche unterrichtete, und später aus der SPD, weil er mit genossen gegen die bonzen während der weltwirtschaftskrise eine konjunkturpolitik im sinne der gesellschen geldreform forderte. Ein paar andere unentwegte anhänger Gesells arbeiten heute bei den Grünen mit. Helmut Creutz aus Aachen (Monheimallee 99, tel. 0241/34280) gibt faktenreiche broschüren über wachstumszwänge, einkommensverteilung, rüstung und krise auf der grundlage der gesellschen zinstheorie heraus.

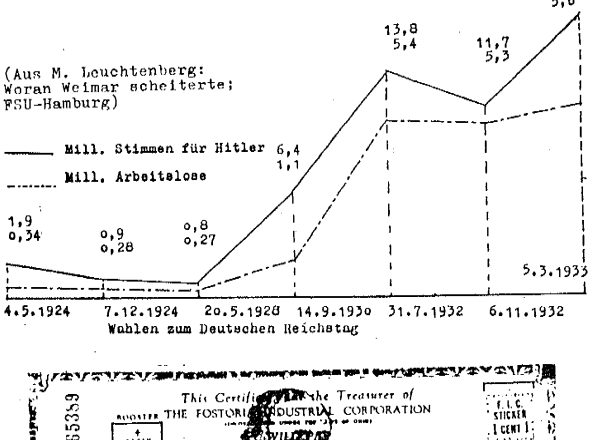
In Hamburg wird eine anspruchsvolle "zeitschrift für sozialökonomie /mtg" von einem illustrem kreis von akademikern herausgegeben. Unter berufung auf autoren wie Wilhelm Reich und Herbert Marcuse liefert Ernst Winkler einen beitrag über die anthropologischen grundlagen einer menschenwürdigen gesellschaft und Werner Onken eine "Standortbestimmung der sozialökonomie", immer orientiert an den lehren Gesells. Ein "Seminar für freiheitliche ordnung" in Koblenz gibt sehr gepflegt aufgemachte hefte zu "Fragen der freiheit", kultur, wirtschaft, ökologie usw. heraus. Von Akratie und Anarchie ist bei den heutigen, brav demokratisch gesonnenen, Gesellianern allerdings kaum noch die rede. Es sieht so aus, als müßten die Anarchos an die front, um den alten meister Silvio vor dem untergang im bürgerlichen lager zu retten...

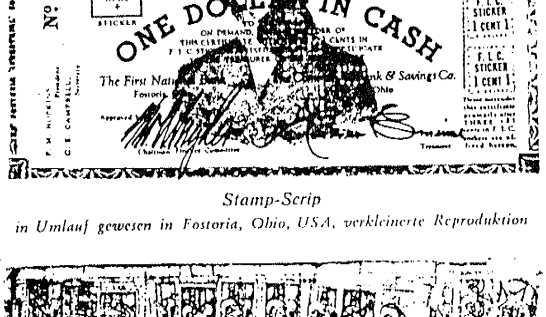
Gesell starb am 11. märz 1930, sodaß er die ersten praktischen erfolge seiner freigeldlehre bei den experimenten ende 1930 in Schwankirchen im Bayrischen wald und 1932/33 in Wörgl in Tirol nicht mehr miterleben konnte. Das letzte uns bekannte "schwundgeld"- experiment hat es 1959/60 in Porto Alegre in Brasilien gegeben.

„Inflation und Deflation zerstören die Demokratie"

In seinem buch 'Inflation und deflation zerstören die demokratie' schildert Gerhard Ziemer das wirtschaftspolitische versagen aller weimarer parteien zur zeit der großen weltwirtschaftskrise von 1929 bis 33. Am ende stand Hitlers "machtergreifung". Parallel zur wachsenden arbeitslosigkeit stieg der stimmenanteil der NSDAP zu den reichstagswahlen (siehe graphik). Ziemer - kein Gesellianer! - berichtet, wie die vorschläge einzelner außenseiter, die die deflationskrise mit monetären (finanz- und währungspolitischen) maßnahmen bewältigt sehen wollten, von den "autoritäten" in wirtschaft und politik ignoriert wurden; in einer fußnote erwähnt er in diesem zusammenhang ausführlich Gesell:

Eine gewisse volkstümliche Ausdehnung hatten die Reformer in den Kreisen der Silvio-Gesell-Anhänger, die sich auch als politische Kleinpartei organisiert hatten. Silvio Gesell ist der Vater vieler moderner Gedankengänge, die sich auf die Geldseite der Wirtschaft und das Verhältnis von Geldumlauf und Krise beziehen. Auch die meisten Reformer kannten sein Buch »Die natürliche Wirtschaftsordnung«, ohne es aber zu nennen. Keynes hat Silvio Gesell lobend erwähnt. Silvio Gesell hatte seine Erfahrungen in den südamerikanischen Geldkrisen gesammelt. Durch seine Lehre vom Schwundgeld ist er unberechtigt in Verruf gekommen. Mit dem Schwundgeld wollte Gesell erreichen, daß im Geldumlauf keine zur Deflationskrise führende Unterbrechung eintritt. Seine Beobachtung war richtig, auf die Technik aber kam es nicht an. Gesell wollte eine Technik entwickeln, die sich in einem total liberalen Staat von selbst verwirklichte und kontrollierte. Durch seine Anhänger, die zum Sektierertum neigten und die das Wort »natürlich« in dem Titel von Gesells Buch zum Losungswort für alle möglichen Programme einer natürlichen Lebensweise machten, ist Silvio Gesell in der Geldwissenschaft in einen falschen Ruf geraten. Hierzu trug auch noch bei, daß Gesell sich nach 1918 in Bayern der Räterepublik als Finanzminister zur Verfügung gestellt hatte und von dort das Schwundgeld einführen wollte. Anhänger von Gesell sind heute noch organisiert. Politisch haben sie auch noch in der Schweiz in den Kantonatswahlen eine gewisse Bedeutung. Der Name von Gesell muß im Zusammenhang mit der Bekämpfung der großen Deflationskrise lobend erwähnt werden, weil es weitgehend die zuerst von Gesell entwickelten Grundansichten waren, die von den Reformern vertreten wurden und in ihrer Weiterwirkung der heutigen modernen Konjunkturbetrachtung zugrunde liegen. Die Gesell-Anhänger, die sich Freiwirte nannten, gaben in den Krisenjahren eine Wochenzeitung »Der Neue Kurs« heraus. Es war nur ein Blättchen, hielt aber Woche für Woche der Regierung Brüning und der Reichsbank vor, was sie falsch machten.





Stamp-Scrip

in Umlauf gewesen in Fostoria, Ohio, USA, verkleinerte Reproduktion

Stamp-Scrip von Mason City, IOWA

Rückseite, verkleinerte Reproduktion, vollständig mit 2-Cent-Marken beklebt

Silvio Gesell und die Republik autonomer Gemeinschaften

GUSTAV LANDAUER

Proudhon hatte, zumal in dem Moment der Erhöhung des geistigen und seelischen Lebens, des Gemeinschaftslebens und der Originalität wie Entschlossenheit der Einzelnen, den jede Revolution bringt, und bei den besonderen Verhältnissen des damaligen Frankreich, das zwar schon ausgeprägt ein Land des Geld- und Börsenkapitalismus, aber nicht ein Land der kapitalistischen Großindustrie und des Großgrundbesitzes war, er hatte durchaus Recht, daß ihm die Zirkulation und die Abschaffung der Bereicherung durch Zins der von den Angelpunkten aller Umgestaltung bedeutete, bei dem am schnellsten, gründlichsten und schmerzlosesten eingesetzt werden konnte.

Unsere Zustände haben in Wahrheit drei Punkte, an denen die unberechtigte Bereicherung, die Ausbeutung, die Arbeit von Menschen nicht für sich, sondern für andere entsteht. Auf diese immerwährende Entstehung auf fortwirkende Ursachen kommt es überall an, in der Bewegung der gesellschaftlichen Prozesse ebenso wohl, wie in den Bewegungen der Mechanik, des Chemismus oder der Himmelskörper. Immer ist es verkehrt und unergiebig, nach einer einmaligen Ursache in irgend welcher Vergangenheit oder einem Urzustand zu fragen: nichts ist einmal entstanden; alles entsteht fortwährend, und es gibt keine Ur-Sachen, sondern Immer-Bewegungen, Immer-Beziehungen.

Die drei Angelpunkte der wirtschaftlichen Sklaverei sind folgende:

Erstens: das Eigentum am Boden. Aus ihm entspringt die bittende, abhängige Haltung des Besitzlosen, der leben will, gegenüber dem, der ihm die Möglichkeit der Arbeit auf dem Boden und an den Bodenprodukten zum Zweck des direkten oder indirekten Verbrauchs vorenthält. Aus dem Bodeneigentum und seinem Korrelat, der Bodenlosigkeit, entsteht die Sklaverei, die Hörigkeit, der Tribut, die Pacht, der Zins, das Proletariat.

Zweitens: die Zirkulation der Güter in der Tauschwirtschaft vermittels eines Tauschmittels, das unverjährbar und unveränderlich jedem Bedürfnis dient. Ein goldenes Schmuckstück, wenn es auch durch Jahrhunderte unverändert bleibt, hat doch nur Wert für den, der seinen Besitz zur Befriedigung eines Schmuck- oder Eitelkeitsbedürfnisses so hoch einschätzt, daß er, um es zu besitzen, Erzeugnisse seiner eigenen Arbeit dafür hingibt. Die meisten Güter verlieren auch materiell an Wert durchs Liegenlassen oder durch Gebrauch und gehen schnell in den Konsum ein. Sie werden zum Zweck des Tausches produziert, um Verbrauchsgegenstände einzutauschen, um welche es ebenso bestellt war. Das Geld hat dadurch seine verhängnisvolle Ausnahmestellung, daß es nur in den Tausch, aber gar nicht in Wahrheit in den Verbrauch eingeht. Aus den entgegenstehenden Behauptungen der Geldtheoretiker spricht das böse Gewissen. Wird darum in der rechten Tauschwirtschaft, wo sich Produkt nur gegen gleichwertiges Produkt tauschen soll, allerdings ein Zirkulationsmittel nötig sein, das unserm Geld entspricht und wohl auch Geld heißen wird, so wird es doch eine entscheidende Eigenschaft unsres Geldes nicht haben können: die Eigenschaft, absoluten Wert zu haben und auch dem zum Schaden anderer dienen zu können, der es nicht durch Arbeit erworben hat. Nicht die Möglichkeit des Diebstahls soll hier ausgeschlossen werden; Diebstahl kann es an jeglichem Gelde wie an allen andern Gütern geben; und überdies ist Diebstahl auch eine Art Arbeit und dazu eine recht aufreibende und im ganzen wenig ergiebige und in guter Gesellschaft unerfreuliche. Es soll hier vielmehr darauf hingewiesen werden, daß die Schädlichkeit des heutigen Geldes nicht bloß in seiner Verzinslichkeit, also seinem Wachstum, sondern schon in seiner Unverbrauchbarkeit, also in seinem Bleiben, seinem Nichtgeringerwerden und seinem nicht im Konsum Verschwinden liegt. Die Idee, das Geld werde dadurch harmlos gemacht, daß es ein bloßer Arbeitszettel werde, also keine Ware mehr sei, ist ganz falsch und könnte nur für eine Staatssklaverei Sinn haben, wo an die Stelle des freien Verkehrs die Abhängigkeit von der Behörde träte, die bestimmte, wie viel jeder zu arbeiten und zu verbrauchen hat. In der freien Tauschwirtschaft muß im Gegenteil das Geld allen andern Waren, von denen es sich heute im Wesen unterscheidet, gleich werden und doch allgemeines Tauschmittel sein: es muß, wie jede Ware, den Doppelcharakter des Tausches und des Verbrauches tragen. Die Möglichkeit, auch in einer Gesellschaft des gerechten Tausches, wenn das Tauschmittel unverbrauchbar ist und mit der Zeit seinen Wert nicht einbüßt, zu schädigendem Besitz großen Umfangs und dadurch zur Erlangung eines Tributrechts irgendwelcher Gestalt zu kommen, ist nicht von der Hand zu weisen, wenn auch in der uns bekannten Geschichte bei der Entstehung des Großgrundeigentums und damit jeder Art Ausbeutung Ersparnisse, Erbschaften und dergleichen im Vergleich mit der Gewalt und dem Gewaltschutz des Staates eine untergeordnete Rolle spielen. Sehr wertvoll sind darum die Vorschläge, die Silvio Gesell gemacht hat, um ein Geld zu finden, das nicht, wie heute, mit den Jahren an Wert gewinnt, sondern umgekehrt von Anfang an progressiv an Wert verliert, so daß der, der durch Hingabe eines Produktes in den Besitz des Tauschmittels gelangt ist, kein angelegentlicheres Interesse haben wird, als es so schnell wie möglich wieder gegen ein Produkt einzutauschen und so immer weiter. Silvio Gesell ist einer der ganz wenigen, die von Proudhon gelernt haben, seine Größe anerkennen und im Anschluß an ihn zu selbständigem Weiterdenken gekommen sind. Seine Beschreibung, wie dieses neue Geld den Fluß der Zirkulation in lebhafte Bewegung bringt, wie jeder kein andres Interesse bei der Produktion und beim Erlangen des Tauschmittels mehr haben kann, als das des Konsums, ist ganz aus Proudhons Geist entsprungen, der uns zuerst gelehrt hat, wie der schnelle Umlauf Heiterkeit und Lebendigkeit ins private und öffentliche Leben bringt, während die Stockung auf dem Markte und die Verstocktheit des beharrenden Geldes auch unsre Säfte ins Stocken bringt und Starrsinn und stockige Fäulnis über unsre Seelen legt. Hier indessen handelt es sich nicht um die Frage der Zukunft, ob es sachliche Mittel gibt, ein Tauschmittel zu finden, das die Gefahr der Plünderung nicht in sich birgt, um eine Frage also, für die es vorerst das Wichtigste ist, daß sie überhaupt aufgeworfen wird, sondern darum, ob die Zirkulation der Punkt ist oder gewesen sein mag, bei dem man einsetzen konnte, um auch die andern beiden Punkte entscheidend zu berühren. Und da ist allerdings zu sagen, daß, wenn in einem bestimmten geschichtlichen Zeitpunkt, wie er 1848 in Frankreich gegeben war, die Gegenseitigkeit in die Tauschwirtschaft eingeführt worden wäre, damit auch dem Großgrundeigentum und dem Mehrwert das Stündlein geschlagen hätte.

Der dritte Angelpunkt also der wirtschaftlichen Sklaverei ist der Mehrwert. Hier ist vor jedem weiteren Wort zu sagen, daß mit dem Wertbegriff nichts als Unfug zu stiften ist, wenn man nicht scharf erklärt, was man damit bezeichnet und sich streng an seine Definition hält. Wert enthält in seinem Sinne eine Forderung; der Sinn erschließt sich, wenn man daran denkt, daß auf die Angabe eines Preises die Antwort des Kauflustigen folgt: Soviel ist das Stück nicht wert. Wert will also zunächst die Willkür ausschließen; wir verengern den Begriff noch weiter, indem wir Wert nur im Sinne von richtigem Wert, wahrem Wert gebrauchen. Wert ist, was der Preis sein sollte, aber nicht ist. Dieses Verhältnis steckt im Preisverhältnis jeder Ware; und in dem Worte Wert ist, wie jeder merkt, der auf den Gebrauch des Wortes achtet, die ideale oder sozialistische Forderung enthalten, daß der Preis dem Wert gleich sein soll, anders ausgedrückt, daß die Gesamtsumme sämtlicher wirklicher Arbeitslöhne gleich der Gesamtsumme der Preise für die endgültigen Stadien der Waren sein soll. Da aber selbstverständlich die Menschen, die als Einzelne und um ihres Geldprofits willen gegen einander stehen, jeden Vorteil ausnutzen, nicht bloß den des Eigentums, auch den der Seltenheit begehrter Produkte, der aus besonderen Gründen gesteigerten Nachfrage, der Unkenntnis der Konsumenten usw., ist in Wahrheit die Summe der genannten Preise viel viel höher als die Summe der Löhne. Zwar nehmen auch die Arbeiter bestimmter Kategorien an diesen Sondervorteilen unter Umständen in Gestalt höherer „Löhne" einigen Teil, die in Vergleich mit den Löhnen ebenso angestrengter Arbeitsbrüder nicht bloß Löhne, sondern auch Profit sind; aber das ändert nichts daran, keine Einzelheit des vielgestaltigen Wirtschaftslebens kann etwas daran ändern, daß die Arbeit mit ihrem Lohn nicht alles kaufen kann, was sie hergestellt hat, sondern daß ein erheblicher Teil für die Kaufkraft des Profits übrig bleibt. Hierbei bleiben, wie oben angedeutet, die Zwischenstadien der Produktion, die ja auch schon als Waren in den Handel eingehen, außer Betracht, denn diese werden, wenn man der Sache auf den Grund geht, nicht mit Lohn und nicht mit Profit von einem Kapitalistproduzenten dem andern abgenommen, sondern mit Kapital, das heißt, wie wir bald näher sehen werden, mit etwas, was an Stelle des Kredits oder der Gegenseitigkeit sich eingenistet hat. Die Zinsen dieses Kapitals bringt natürlich letzten Endes die Arbeit auf; sie stecken in den Preisen und sind oben schon in ihrer andern Gestalt als Profit infolge von Eigentum genannt worden; denn das Kapital ist die Zirkulationsform des flüssig und mobil gemachten Grundeigentums und seiner durch Arbeit erlangten Produkte und ist auch für solche, die dem Anschein nach keine Grundeigentümer sind, das Mittel, Arbeitslöhne für ein erst entstehendes Produkt vorzustrecken oder Arbeitslöhne bei Übergang eines Produkts von einem Stadium der Verarbeitung ins andere zurückzuerstatten oder

(Aus: Die natürliche Wirtschaftsordnung, S. 83/1949)

Gesell: „Völkerrecht ist Krieg – Menschenrecht Frieden!"

Ganz recht, werden hier die Friedensfreunde sagen, das ist ja, was auch wir wollen, — durch Völkerrecht wollen wir die Zankäpfel beseitigen — deshalb erstreben wir ja gerade die Erweiterung und Sicherung des Völkerrechtes. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker soll unbeschränkt sein, ebenso auch die Staatshoheit.

Ich aber sage: die Rechte der Völker, das Massenrecht, sind schon zu groß, viel zu groß. Die Rechte der *Massen* können niemals eng genug begrenzt werden. — Dafür müssen aber die Rechte der *Menschheit* um so mehr erweitert werden. Wenn die Völker schon ihre jetzigen Rechte mißbrauchen, wieviel mehr Mißbrauch werden sie mit den erweiterten Rechten treiben. Nein, hier betreten wir Holzwege — die Rechte der Völker müssen beschränkt und, soweit es sich um die Staatshoheit der Völker über den von ihnen besetzten *Boden* handelt, sogar restlos abgeschafft werden. Völkerrecht ist Krieg — Menschenrecht ist Frieden. Die Entwicklung des Völkerrechtes nennt man Fortschritt. Das ist nicht richtig, es widerspricht der Geschichte. Zuerst war das Gewaltrecht, das Massenrecht, das sogenannte Völkerrecht. Aus ihm entwickelt sich langsam das Menschenrecht, das Recht des einzelnen Menschen. *Der Fortschritt geht also vom Massenrecht zum Recht des Einzelmenschen.*

Die Völker sind im Vergleich zu ihren Bestandteilen immer minderwertig. Der Mensch gewinnt nicht, wo er die Verantwortung für alles Tun und Lassen auf die Masse abwälzt: in der Gemeinschaft handelt der Mensch schäbiger als einzeln. Swift sagte schon: ich habe immer die Staaten und Gemeinden gehaßt — meine Liebe geht auf den Einzelmenschen. Darum müssen wir dem Einzelmenschen mehr Recht zugestehen als den Völkern; er wird diese weniger mißbrauchen, trägt er doch selbst die Verantwortung. Das Völkerrecht, Massenrecht kann man aber nur auf Kosten der Menschheit ausbauen. Das Recht des einen kann man sich nur als das Unrecht des anderen vorstellen — wie ja auch die Freiheit des einen in der Unfreiheit des anderen besteht, — nur Menschheitsrechte machen hier eine Ausnahme. Jedes Sonderrecht muß wie ein Wechsel von irgend jemand bezahlt werden, und im Völkerrecht ist dieser Jemand der Mensch.

dukte im Handel zu erwerben und auf Lager zu halten. Von diesen verschiedenen Formen des Kapitals und von der Unterscheidung des Kapitals in Dingwirklichkeit, echte Wirklichkeit des Geistes und falsches Kapital werden wir bald näheres hören.

Was wir Wert nennen, entsteht also lediglich durch Arbeit zur Verbesserung des Bodens und zur Extraktion und Weiterverarbeitung der Bodenprodukte. Sind die Arbeiter nun genötigt, sich zu verdingen, das heißt die Ergebnisse ihrer Arbeitsleistung gegen eine bestimmte Entschädigung andern zur Verwertung zu überlassen, so ergibt sich ein Mißverhältnis zwischen dem Wert der Produkte, die sie hergestellt haben, und dem Preis der Produkte, die sie mit ihrem Lohn für ihren Gebrauch kaufen können. Es kann hier dahingestellt werden, an welche Stelle man ihre Beraubung einsetzt, ob an die Stelle ihrer Entlohnung — der Lohn ist zu niedrig — oder an die Stelle ihres Einkaufs — die Waren sind zu teuer. Die Hauptsache ist, daß man an keine absoluten Größen denkt, sondern an ein Verhältnis, das in diesem Fall ein Mißverhältnis ist, und daß man im Auge behält, daß durch den Abzug, den sich die Arbeiter, gleichviel an welcher Stelle, von dem Ertrag ihrer Arbeit auf Grund ihrer Notlage gefallen lassen müssen, aller Profit der Kapitalisten entsteht, d. h. daß der Abzug vom Arbeitslohn oder sein Minderwert gleich ist dem Profit der Kapitalisten oder dem Mehrwert. Auch hier wird wieder nicht geprüft, an welcher Stelle der Profit den Kapitalisten zufließt, es wird auch nicht näher untersucht, ob diese Frage nicht falsch gestellt ist, indem sie eben wieder den Versuch macht, an die Stelle der Korrelation Absolutes zu setzen, es wird nur darauf hingewiesen, daß der Profit in wechselnden Raten zwischen Grundbesitzern, Geldkapitalisten, Unternehmern, Händlern und derer aller Gehilfen: Beamten, „geistigen Arbeitern" und sonstwie privilegiert in den Kapitalismus Verflochtenen zur Verteilung kommt. Auch das muß noch betont werden, daß es sich bei dieser Ausdrucksweise, ebenso wie bei dem Wert selbst, um Konstruktionen handelt, die indessen durchaus nötig sind: nicht das ganze Einkommen der Personen, die am Kapitalismus beteiligt sind, ist Profit, sie leisten auch Arbeit. Und nicht alles, was „Arbeiter" verzehren, ist Arbeitslohn, sie sind auch, wenn auch oft in ganz geringfügigen Raten, an der Profitwirtschaft beteiligt. Zu weit würde es führen, die Arbeit nun weiterhin in produktive und unproduktive zu teilen; und — was nicht das nämliche ist — die erzeugten Güter in notwendige und Luxusgüter zu sondern; hier soll nur auch in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß sehr viele innerhalb des Kapitalismus Privilegierte nicht nur einige Arbeit, sondern ohne Frage auch produktive Arbeit leisten, wie anderseits auch die Arbeiter sehr viel völlig oder teilweise unproduktive Arbeit verrichten; und daß zweitens in den Verbrauch der Arbeiter nicht bloß notwendige, sondern auch Luxusgüter eingehen. All diese Details, die für das wirkliche Leben unserer Zeit von großer Bedeutung sind, konnten hier nur erwähnt werden. Hier geht es darum, darauf hinzuweisen, daß die einseitige Betonung der Lohnfrage von seiten der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in Zusammenhang steht mit der falschen Auffassung des Mehrwerts von seitens der Marxisten. Wir haben früher gesehen, wie Lohn und Preis sich gegenseitig bedingen; wir haben jetzt darauf verwiesen, daß die Auffassung ganz verkehrt ist, nach der der sogenannte Mehrwert eine absolute Größe wäre, die beim Unternehmertum entstünde und von da in die andern Kapitalistenkategorien abflösse. Mehrwert ist genau so wie Lohn oder Preis ein Verhältnis und entsteht im ganzen Fluß des Wirtschaftsprozesses, nicht an einer bestimmten Stelle. Aus dem hier erörterten Irrtum entsteht das ganze verhängnisvolle Versteifen des Marxismus auf das Unternehmertum, speziell auf das industrielle Unternehmertum. Da glaubten sie den archimedischen Punkt des Kapitalismus gefunden zu haben. Wahrheit ist lediglich, daß all und jeglicher Profit der Arbeit entzogen wird, anders ausgedrückt: daß es keine Produktivität des Eigentums und keine Produktivität des Kapitals gibt, sondern nur eine Produktivität der Arbeit. Diese Erkenntnis ist allerdings die Grunderkenntnis des Sozialismus, und einzig und allein um dieser Erkenntnis willen, die sie mit allen andern Sozialisten teilen — Proudhon hat ihr von allen den klassischen Ausdruck gegeben, in seiner prächtigen Polemik mit Bastiat und an vielen andern Stellen —, nur darum dürfen sich auch die Marxisten im weitesten Sinn des Wortes Sozialisten nennen. Das wissen auch sie: die Rentabilität des Eigentums und die Rentabilität des Kapitals sind nur eine lügnerische Form für das, was in Wahrheit Raub an der Produktivität der Arbeit ist. Aus dieser Grunderkenntnis haben aber die Marxisten in ihrer Theorie und die Syndikalisten in ihrer Praxis Schlüsse von der verwegensten Falschheit gezogen. Die Marxisten haben geglaubt, weil sie eine Ursache hatten, sie hätten damit eine letzte, eine ursprüngliche, eine absolute Ursache: die Arbeit, die Arbeitsbedingungen, der Produktionsprozeß war für sie nunmehr das letzte Wort, das alles erklärte; daher die groteske Verkehrtheit ihrer sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung, ihrer Entwicklungsgesetze, ihrer Erwartung der stetigen Konzentration und der großen Krise und des großen Zusammenbruchs usw. Sie hätten nur weiter fragen müssen und immer weiter: woher denn aber die Notlage der Arbeiter komme, und sie wären aufs Bodeneigentum und auf die Unverjährbarkeit und Unverbrauchbarkeit des Geldes gestoßen, und dann auf den Staat und auf den Geist und sein Auf und Ab, und sie hätten gefunden, daß die Verhältnisse, den Staat und das Kapital und das Eigentum eingeschlossen, unser Verhalten sind und daß schließlich alles auf das Verhältnis der Individuen und ihrer Kraft zu den Einrichtungen ankommt, die als starre Reste der Kraft und meistens der Kraftlosigkeit der Individuen früherer Generationen auf einer Zeit lasten. Je nach der Betrachtungsart, je nach der Bildsprache kann man wirtschaftliche Zustände, politische Verhältnisse, Religion usw. insgesamt den lastenden Überbau oder aber die Grundlage für das Leben der Individuen einer Zeit nennen; niemals aber kann etwas anderes als Verkehrtheit die Anschauung sein, wonach die wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen „Verhältnisse" die „materielle" Grundlage einer Zeit, der Geist und seine Gestalten dagegen nur deren „ideologischer Überbau" oder verdoppelndes Spiegelbild wären. Von so gewaltiger Bedeutung die Erkenntnis des Mehrwerts, d. h. die Entlarvung des Eigentums und des Geldkapitals als Plünderer der Arbeit war, so verhängnisvoll war der falsche Glaube, man hätte den Ort entdeckt, wo der Mehrwert „entsteht". Der Mehrwert ist in der Zirkulation; er entsteht beim Kauf einer Ware ebenso sehr und ebenso wenig wie bei der Entlohnung eines Arbeiters. Noch anders ausgedrückt — denn da wir nur in Bildern sprechen können, muß die Wahrheit von verschiedenen Standpunkten aus mit Darstellungsversuchen eingekreist werden, und wir müssen um so mehr von diesem Mittel Gebrauch machen, je komplizierter, zersplitterter die Erscheinungen sind, die wir in unsere umfassenden Allgemeinheiten einfangen wollen —: die Ursache des Mehrwerts ist nicht die Arbeit, sondern die Notlage der Arbeit; und die Notlage der arbeitenden Menschen liegt, wie gesagt, außerhalb des Produktionsprozesses, und erst recht draußen liegt die Ursache zu dieser Notlage und so immer weiter erst im Kreise, in der Zirkulation der ganzen Profit- und Bodeneigentumswirtschaft herum und dann aus diesen äußeren Verkrustungen hinein zu ihren Ursachen, der Beschaffenheit der Menschen, die sich in ihnen bewegen und von ihnen bewegen und an den Bewegungen hindern lassen und dann von denen zurück zu den Menschen früherer Generationen. Nicht der kapitalistische Produktionsprozeß ist die letzte Ursache der Entstehung des Mehrwerts; Gelehrte, die eine letzte Ursache für menschliche Verhältnisse brauchen, sollten sich ein für allemal merken, daß die vorletzte Adam ist und die allerletzte und wunderschön absolute der liebe Gott. Und selbst der ist seinem Absolutismus untreu geworden, sechs ganze Tage lang; denn was ein rechter Absolutisterich ist, hält sich für Wirkungen viel zu schade, sitzt auf seinem Thron, d. h. aber auf sich selber und sagt zu sich selber und mit sich selber: Die Welt bin ich!

Der kapitalistische Produktionsprozeß ist nur in negativer Hinsicht ein Angelpunkt für die Emanzipation der Arbeit. Nicht durch seine eigene Weiterentwicklung und seine immanenten Gesetze führt er zum Sozialismus, nicht durch den Kampf der Arbeiter in ihrer Rolle als Produzenten kann er entscheidend zugunsten der Arbeit umgestaltet werden; sondern nur dadurch, daß die Arbeiter aufhören, ihre Rolle als Kapitalistproduzenten zu spielen. Was immer auch die Arbeiter, was irgend ein Mensch im Gefüge des Kapitalismus tut, alles verwickelt ihn nur immer tiefer und fester in die kapitalistische Verstrickung. In dieser Rolle sind die Arbeiter Teilhaber am Kapitalismus, wenn auch ihre Interessen nicht von ihnen, sondern von den Kapitalisten eingeheimst werden, wenn sie auch in allem Wesentlichen nicht die Vorteile, nur die Nachteile des Unrechts, in das sie gestellt sind, ernten. Befreiung gibt es nur für die, die sich innerlich und äußerlich in Stand setzen, aus dem Kapitalismus auszutreten, die aufhören eine Rolle zu spielen, und beginnen Menschen zu sein. Damit beginnt man Mensch zu sein, daß man nicht mehr für das Unechte, den Profit und seinen Markt, sondern für das echte menschliche Bedürfnis arbeitet, daß die untergetauchte echte Beziehung zwischen Bedarf und Arbeit, die Beziehung zwischen dem Hunger und den Händen wiederhergestellt wird. Es gilt, aus der sozialistischen Grunderkenntnis: nur die Arbeit schafft Werte, die rechte Lehre zu ziehen, die da heißt: Weg von dem Rentenmarkt! Der Markt der Arbeit und für ihn zunächst der Geist, das Beziehungsverhältnis zwischen Arbeit und Verbrauch und der Boden der Arbeit muß erst wieder gegründet werden.

Heute ergeht der Aufruf zum Sozialismus an alle, nicht in dem Glauben, daß alle ihn vollbringen könnten weil wollten, sondern in dem Wunsche, Einzelne zum Bewußtsein ihrer Zusammengehörigkeit, zum Bunde der Beginnenden zu fordern.

Die Menschen, die es nicht mehr aushalten können und wollen, das sind die, die hier gerufen werden.

Den Massen, den Völkern der Menschheit, Regierenden und Regierten, Erben und Enterbten, Bevorzugten und Betrogenen wäre zu sagen: Es ist eine riesengroße unauslöschliche Schande der Zeiten, daß um des Profits willen gewirtschaftet wird, statt für die Notdurft der in Gemeinden geeinigten Menschen. All euer Kriegszustand, all euer Staatswesen, all eure Unterdrückung der Freiheit, all euer Klassenhaß kommt von der brutalen Dummheit, die über euch herrscht. Käme heute euch Völkern allesamt der große Moment der Revolution auf einmal, wo wolltet ihr Hand anlegen? Wie wollt ihr es erreichen, daß in der Welt, in jedem Lande, in jeder Provinz, in jeder Gemeinde keiner mehr hungert, keiner mehr friert, kein Mann und keine Frau und kein Kind mehr unternährt ist? Nur vom Gröbsten zu reden! Und gar, wenn die Revolution in einem einzelnen Land ausbräche? Was könnte sie nützen? wohin könnte sie zielen?

So ist es nicht mehr, wie es gewesen ist, daß man den Menschen eines Volkes sagt: Euer Boden trägt, was ihr braucht, an Nahrung und Rohprodukten der Industrie: arbeitet und tauscht! Vereinigt euch, Arme, kreditiert euch gegenseitig: Kredit, Gegenseitigkeit ist Kapital; ihr braucht keine Geldkapitalisten und keine Unternehmerherren; arbeitet in Stadt und Land; arbeitet und tauscht!

So ist es nicht mehr, selbst wenn der Moment zu erwarten stünde, wo große, umfassende Maßnahmen ins Ganze zu schlagen wären.

Ein ungeheures Durcheinander, ein wahrhaft viehisches Chaos, eine kindische Hilflosigkeit entstünde im Augenblick einer Revolution. Nie waren die Menschen unselbständiger und schwächer als jetzt, wo der Kapitalismus zu seiner Blüte gelangt ist: zum Weltmarkt des Profits und zum Proletariat.

Keine Weltstatistik und keine Weltrepublik kann uns helfen. Rettung kann nur bringen die Wiedergeburt der Völker aus dem Geist der Gemeinde!

Die Grundform der sozialistischen Kultur ist der Bund der selbständig wirtschaftenden und untereinander tauschenden Gemeinden.

Unser Menschengedeihen, unsre Existenz hängt jetzt davon ab, daß die Einheit des Einzelnen und die Einheit der Familie, die uns allein noch an natürlichen Verbänden geblieben sind, sich wieder steigert zur Einheit der Gemeinde, der Grundform jeder Gesellschaft.

Wollen wir die Gesellschaft, so gilt es, sie zu erbauen, gilt es, sie zu üben.

Gesellschaft ist eine Gesellschaft von Gesellschaften von Gesellschaften; ein Bund von Bünden von Bünden; ein Gemeinwesen von Gemeinschaften von Gemeinden; eine Republik von Republiken von Republiken. Da nur ist Freiheit und Ordnung, da nur ist Geist; ein Geist, welcher Selbständigkeit und Gemeinschaft, Verbindung und Unabhängigkeit ist.

Der selbständige Einzelne, dem keiner in das hineinspricht, was seine Sache allein ist; die Hausgemeinschaft der Familie, der Heim und Hof ihre Welt sind; die Ortsgemeinde, die autonom ist; das Amt oder der Gemeindeverband und so immer mehr ins Breite mit einer immer kleineren Zahl Aufgaben die umfassenderen Verbände — so sieht eine Gesellschaft aus, das allein ist der Sozialismus, für den zu wirken sich lohnt, der uns aus unsrer Not erretten kann. Vergebens und verfehlt sind die Versuche, in Staaten und Staatenverbänden das Zwangsregiment unsrer Zeiten, das heute ein Surrogat für die fehlende freigeistige Verbindung ist, noch auszubauen und ihren Bereich noch weiter auf das Gebiet der Wirtschaft zu erstrecken, als bisher schon geschehen ist. Dieser Polizeisozialismus, der jede Eigenheit und ursprüngliche Regsamkeit erstickt, wäre nur das Siegel auf den völligen Verfall unsrer Völker, wäre nur ein Zusammenhalten der völlig auseinandergetretenen Atome durch einen mechanisch eisernen Reifen. Ein Zusammenschluß natürlicher Art ergibt sich uns Menschen nur da, wo wir in örtlicher Nähe, in wirklicher Berührung beisammen sind. Der verbindende Geist, der Bund mehrerer zu gemeinsamem Werk, aus gemeinsamem Grunde, hat in der Familie eine zu schmale und dürftige Form für das Miteleben. In der Familie geht es nur um private Interessen. Wir brauchen einen natürlichen Kern des Gemeingeistes für das öffentliche Leben, damit das öffentliche Leben nicht mehr, wie bisher ausschließlich, von Staat und Kälte, sondern von einer Wärme erfüllt und geleitet werde, die der Familienliebe verwandt ist. Dieser Kern alles echten Gemeinschaftslebens ist die Gemeinde, die Wirtschaftsgemeinde, von deren Wesen niemand ein Bild hat, der sie etwa nach dem beurteilen will, was sich heute Gemeinde nennt.

(Aus: G. Laundauer, Aufruf zum Sozialismus; 1923)

Geld und „Judenfrage"

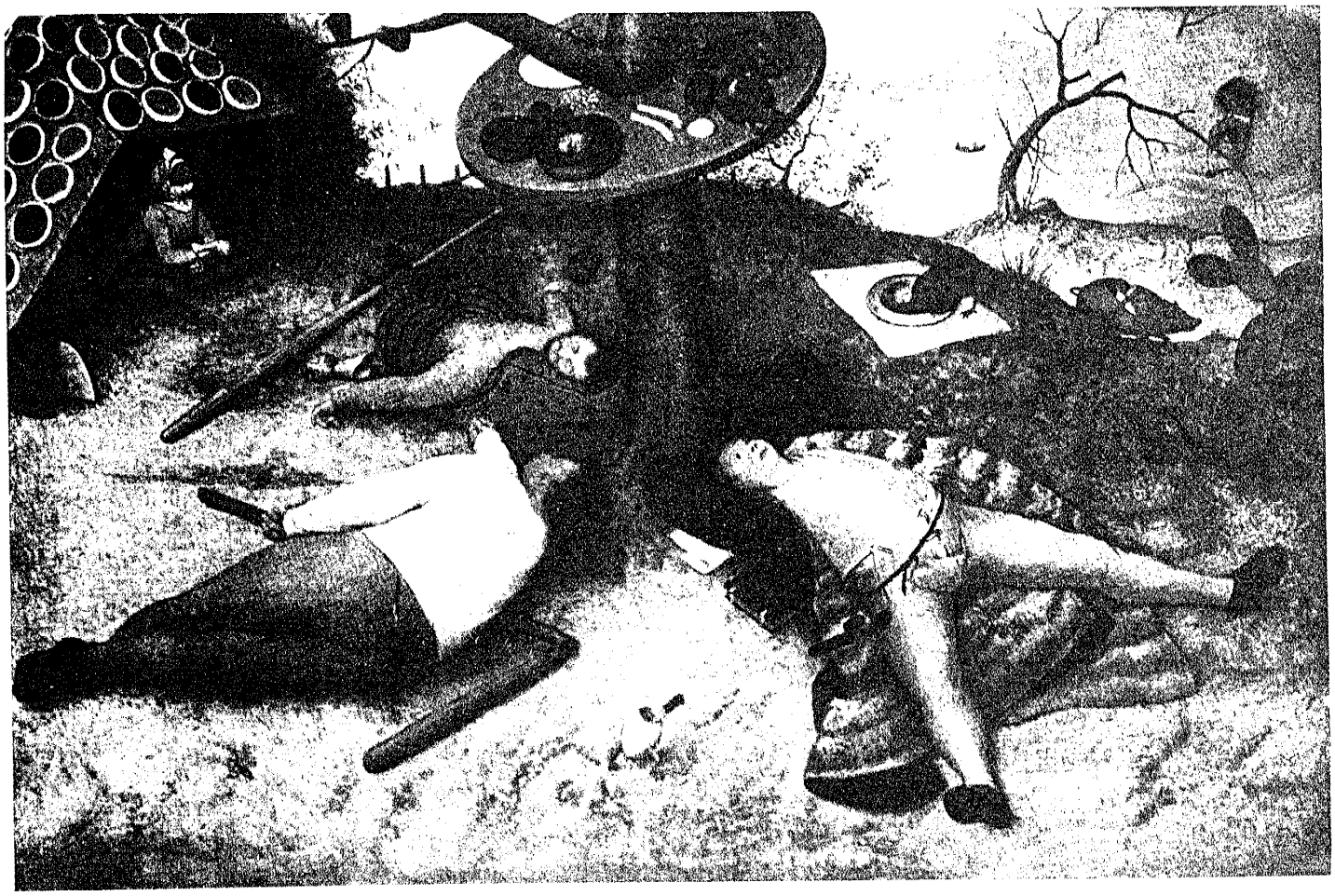
Bei dem heutigen Geldwesen hat der Geldinhaber dem Wareninhaber d. h. den Produzenten gegenüber große Vorrechte und wenn er aus diesen Vorrechten Nutzen zu ziehen sucht, so tut er nicht mehr, als jeder andere an seiner Stelle auch tun würde.

Die Juden beschäftigten sich nun mit Vorliebe mit Geldgeschäften und es ist klar, daß diese Vorrechte des Geldinhabers drum auch vorzugsweise den Juden zu Gute kommen.

Hat aber darum Herr Stöcker (der frühere Hofprediger!!! von S.M. Anm. d. Red.) ein Recht, die Juden zu verfolgen? Ist nicht das Geld eine öffentliche Einrichtung, kann nicht jeder, *wenn er dazu befähigt ist*, den Juden Konkurrenz machen, hat nicht jeder, selbst Herr Stöcker, den geheimen Wunsch gehegt, selber Bankier zu sein?

Die Judenhetzerei ist eine kolossale Ungerechtigkeit und *eine Folge einer ungerechten Einrichtung*, eine Folge des heutigen Münzwesens.

(Aus: Silvio Gesell: Nervus Rerum; Buenos Aires 1891)



Sechs-Stunden-Tag im Mittelalter

von

Fritz Schwarz

Seit der Erfindung des Geldes im heutigen Sinne des Wortes, um 750 vor Christi Geburt, ist dieses Geld in Form der heutigen Münzen bis um 1140 allein und ausschließlich gebraucht worden.

Erst im 12. Jahrhundert nach Christi trat hier für etwa 200 Jahre eine grundsätzliche Aenderung ein: «die Kapitalsbildung, insofern das Kapital aus Münzgeld bestand»,[1]) wurde überall da verunmöglicht, wo das Geld nur noch als Tauschmittel und nicht gleichzeitig auch als Schatzmittel verwendbar war.

Wie ging das zu? — Ein Teil des Geldes der damaligen Zeit war nicht so dick und fest wie das heutige. Man nannte daher diese Münzen «Dünnpfennige», im Gegensatz zu den anderen und den heute allgemein üblichen, die damals bei ihrer Einführung als «Dickpfennige» oder «ewige» Pfennige bezeichnet wurden. Auch der lateinische Name «Brakteaten» deutet auf die geringe Dicke der Münzen: «dünnes Blech». Tatsächlich waren die Brakteaten äußerst leicht und daher brüchig, ja sie wurden sogar gelegentlich so geprägt, daß sie leicht zerbrochen werden konnten: durch einfache Teilung machte man aus einem Pfennig Kleingeld, wenn man solches brauchte.

«Die Brakteaten waren die einzige Geldsorte, die vom 12. bis 15. Jahrhundert bei uns Geltung hatte», schreibt Corragioni,[2]) Demgegenüber schreibt v. Schrötter im «Wörterbuch der Münzkunde» (Berlin 1930, S. 169 ff.) allerdings, daß dieses Brakteatengeld nicht so stark verbreitet gewesen sei und in Frankreich, England und Spanien nicht verwendet wurde.

Das Entscheidende an diesen Münzen war nun, daß sie beim Tode des Landesfürsten durch neue ersetzt wurden, wobei dem Ueberbringer des alten Geldes ein Abzug für die Neuprägung gemacht wurde, Schlagschatz genannt. Dieser Abzug bewegte sich um 20—25 Prozent herum. Da man ja nie wußte, wann der Landesfürst sterben konnte, da auch oft willkürlich eine «Münzverrufung» durchgeführt wurde, so lebte der Inhaber von Brakteaten in der gleichen Ungewißheit über das Schicksal seines Geldes wie der Inhaber der Ware, der auch nie weiß, wann der Wettbewerb, eine gute neue Ernte, Feuer, Wasser, Mode usw. seine Warenbestände entwertet. «Während der zweiunddreißigjährigen Regierungszeit Bernhards aus dem Hause der Askanier wurden gegen hundert verschiedene Ausprägungen von Brakteaten vorgenommen; die Münze wurde also durchschnittlich in jedem Jahre dreimal verändert.».[3])

Im «Sachsenspiegel» und im «Schwabenspiegel», diesen Rechtsbüchern des frühen Mittelalters, war vorgesehen, daß eine Aenderung der Münzen vorgenommen werde, «wenn neue Herren kommen». Aber in Polen ging man so weit, daß man viermal im Jahre die «revocationes», «innovationes» oder «mutationes» durchführte, wie diese Münzauswechslung etwa genannt wurde. Kulischer[4]) berichtet auch von Verordnungen, die «ad tria fora» — zu jeder Messe — neues Geld vorsahen. Johann II. hat in den Jahren 1350 bis 1368 im ganzen 86 mal die Münzen geändert, und in 150 Jahren gab es ebensoviele verschiedene Wienerpfennige.

Das Geldhamstern war damit einer Strafe unterworfen. Wer Geld zurückhielt, wurde mit einer harten Steuer belegt, wenn der Umtauschtag kam, und verlor nach einem Jahr sein Vermögen in Geld, sofern er es nicht rechtzeitig gegen die Entrichtung dieser Steuer umtauschte. Dabei blieben aber geschriebene Beträge die gleichen. Wer einem anderen 100 Pfund borgte, wer eine Rechnung auf eine bestimmte Summe ausgestellt hatte, der erhielt diese vereinbarte Summe im Gelde, wie man es an jenem Tage bewertete, an dem der Betrag bezahlt wurde. Dabei stellte sich aber in der Regel bald eine gewisse Gesetzmäßigkeit heraus: «Durch die jährlich sich wiederholende Verrufung erlitten die neu ausgegebenen Pfennige vom Tage ihrer ersten Ausgabe an schon durch den bloßen Ablauf eine Entwertung, die sich verhältnismäßig über das ganze Jahr verteilte und schließlich jene 25 Prozent erreichte, um welche der Einlösungspreis der alten Pfennige unter dem Nennwert der neuen stand. Wurden z. B. in der Mark Brandenburg seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts zu Jakobi für 16 alte Pfennige 12 neue ausgegeben, so war deren Wert um Michaelis, also nach einem Vierteljahr, auch zu einem Viertel der zu Jakobi künftigen Jahres zu erwartenden Einbuße gesunken, d. h. nun waren erst 13 Pfennige im Handel so viel wert wie ein Schilling zu Beginn des Münzjahres usw., und damit erhöhten sich, sofern die übrigen Verhältnisse gleich blieben, die Preise der Waren.»[5]) Während noch zu Karls des Großen Zeit Rechnungsgeld und Zahlgeld ein- und dasselbe gewesen war, änderte sich dies also nach der Einführung der Brakteaten. Je nachdem die Umwechslungssteuer groß oder klein war, wurden die Münzen bei der Zahlung gering oder höher bewertet. So verteilte sich die Strafe auf das Hamstern auf die verschiedenen Benutzer und zeitweiligen Inhaber des Geldes.

Damit freute sich jeder Geldinhaber, wenn er einen Betrag losgeworden war, sei es durch einen Kauf, sei es als Leihe an einen sicheren Schuldner, denn er war damit der Geldsteuer entronnen, und der andere mochte dafür sorgen, daß er das ihm anvertraute Geld schnell in Geschäfte stecken und da einen Verdienst herausholen konnte.

Die Geschichtsschreiber wissen mit diesem Geldsystem nichts anzufangen. Sie beklagen die Verrufungen des Geldes. Anderseits aber kommen sie doch nicht darum herum, jener Zeit und ihren kulturellen Leistungen das höchste Lob zu spenden. Wenn Europa heute plötzlich aussterben würde und nach Jahrhunderten fremde Forscher hierher kämen, was würde sie mit der größten Ehrfurcht erfüllen. Es wären die Ueberreste der Bauten aus der Brakteatenzeit: Köln, Burgos, Straßburg, Bamberg, Chartres, Paris, Wells, Salisbury usw. usw. Diese Bauten sind Zeugnisse einer Glanzzeit, die sie spielend zustandebrachte. Wenn sich heute einige Menschen zusammenschließen, so ist es, um vom Staate einen Zuschuß zu erhalten: damals haben die Vereinigungen der Gesellen von sich aus bei den Dombauten ganze Türmchen, Fenster oder Altarbilder gestiftet.

Wie kam das? — Um die Leistungen jener Ze

...muß man zweierlei wissen: erstens, ...eld umlaufen muß, wenn man Arbeits... absetzen will, und zweitens, daß nichts ...lauf des Geldes so unglaublich stark hemmt ...essen Aufbewahrbarkeit ohne Schaden. Dabei ... man ein Drittes nicht außer Acht lassen: wenn ...as Geld ohne Unkosten zurückbehalten werden kann, was bei den Waren nie der Fall ist, so wird dadurch die Arbeit doppelt gehemmt: einmal findet sie nicht ungehemmten, störungslosen Absatz, es gibt Absatzstockungen, Wirtschaftskrisen und damit Arbeitslosigkeit. Sodann verarmt damit das arbeitende Volk, die Geldbesitzer können für das Dauergeld Zins verlangen, und die Unternehmer und Handwerker können nichts erstellen, ohne zuerst dem Gelde den Zins zu versprechen.

In den Jahren 1150 bis 1350 hatte man dagegen ein anderes Geldsystem. Hier diente das Geld, es beherrschte die Welt der Unternehmer und Arbeiter nicht; es war so verderblich wie die Waren und so hinfällig wie die Arbeitskraft des Menschen, die ebenfalls ständig vom Tod, der «Verrufung», bedroht wird. Geld und Arbeit wurden damals dem gleichen Gesetz unterworfen; das Geld hatte keine Ausnahmestellung mehr, besaß nicht, wie Friedrich Engels schreibt, «eine Monopolstellung unter den Waren»,[6]) sondern war den andern Waren gleichgestellt worden, zum erstenmal in der Geschichte des Geldes.

Welches waren die Wirkungen dieser neuen Art Geld? Sie sind offensichtlich. Das Geld mußte umlaufen. Jeder gab es so schnell als möglich weiter. Damit wurde jedoch der Sparsinn nicht etwa abgetötet: man konnte das Geld auch ausleihen und erhielt dafür seinen Gutschein. Der Zinsfuß wurde dadurch naturgemäß bald gedrückt. Aber man sparte auch dadurch, daß man baute, seinen Erwerb in Besitz anlegte, an dem jedermann Freude und der Mitmensch Verdienst hatte.

«Die Folge dieser Einrichtung war, daß gar niemand ein Interesse hatte, das Geld zurückzuhalten, das er ja doch nur nach kurzer Zeit wieder mit Verlust auswechseln mußte, da nach der «Renovation» die alten Münzen außer Kurs gesetzt wurden. So suchte jeder beim Auswechslungstermin überhaupt im Besitz von möglichst wenig Geld zu sein, um nicht viel zu verlieren. Er kaufte also vorher noch alles, was er bedurfte, sparte nicht die besten Kleider, die schönsten Möbelstücke, das wertvollste Geschirr. Die Kunst und das Kunsthandwerk erhielten mächtige Impulse und waren immer voll beschäftigt. Alles wurde bar bezahlt, niemand hatte Schulden. Ueberall wurde gebaut. Die Bauern trugen goldene Knöpfe in doppelter Reihe an Weste und Kittel. Silberne Schnallen hatte jeder Schuh. Zwischen Schloß- und Bauernstube war kaum mehr ein Unterschied.» [7])

So entstanden die Schmuckkästchen Dinkelsbühl, Nördlingen, die Städtekultur des frühen Mittelalters überhaupt, ja eine ganze Reihe von Städten sind damals überhaupt entstanden, so Berlin, Bern, Freiburg i. d. Schweiz, Riga, Kulm, Thorn, die Marienburg, «der stolzeste Burgbau Deutschlands».[8]) Die Besiedelung des Ostens, diese vielleicht glänzendste Tat in der deutschen Geschichte ging in jenen Jahren vor sich.

«Die Zeit etwa vom Jahre 1150 bis zum Jahre 1450 ist eine Zeit außerordentlichen Aufschwungs, eine Zeit der Blüte der Volkswirtschaft, wie wir sie uns heute kaum mehr vorzustellen vermögen.»[9]) Der Chronist von Dinkelsbühl schreibt am Ende seiner weitläufigen Forschung: «Ich glaube den Beweis erbracht zu haben, daß in diesem Gemeinwesen, sowie in den 60 andern deutschen Reichsstädten, in den 100 Städterepubliken des Renaissance-Italiens, in den 250 Städten Großgriechenlands einmal wenigstens ein Optimum (= Bestmögliches) der Menschheit erreicht worden war.»[10]) Und an anderer Stelle: «Ein wunderbarer Volksfrühling trieb damals Blüten, die der heutigen Zeit fast unbegreiflich scheinen.»[11])

Und wirklich — wenn man die Lage der damaligen Arbeitenden mit der Lebensart der heutigen vergleicht, so steigt einem die Schamröte ins Gesicht. Damals erhielt ein gewöhnlicher Taglöhner auf dem Lande 6—8 Groschen Wochenlohn, und da in dieser Zeit ein Paar Schuhe 2 und ein Schaf 4 Groschen kostete, so entspricht jener Lohn einem Geldwert unserer Tage von ungefähr 80—100 Franken.

«Vielfach wurde von den Handwerksgesellen mit Erfolg auch noch die Freigabe des Montags, des sogenannten «blauen Montags» verlangt und erreicht. Sie beanspruchten den Tag, um ihre gemeinsamen Angelegenheiten zu beraten oder sich in den Waffen zu üben, oder aber auch, was bezeichnend ist für die Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung, um genügend Zeit zum Baden zu haben. Da die Zahl der streng innegehaltenen Feiertage mindestens 90 betrug, so brauchten die Handwerksgesellen, wenn sie auch noch die Freiheit des Montags erkämpft hatten, in der Woche durchschnittlich nur vier Tage zu arbeiten, und auch an diesen vier Tagen war für geregelte Arbeitszeit gesorgt. Als im Jahre 1465 die Herzöge von Sachsen die Schicht der Bergwerksknappen von Freiburg i. S. von sechs auf acht Stunden erhöhen wollten, beschwerte sich die Knappschaft sehr energisch dagegen.

«Der Lohn der Gesellen war ein außerordentlich hoher. So betrug z. B. der Taglohn der Maurer- und Zimmergesellen in Kloster-Neuburg in Niederösterreich im Sommer 20, im Winter 16 Denare. Das Pfund Ochsenfleisch kostete zu jener Zeit in Niederösterreich 2 Denare. In Meißen mußten jedem Maurergesellen wöchentlich 5 Groschen «Badegeld» verabreicht werden in einer Zeit, in der ein ganzer Scheffel Korn nur 6 Groschen 4 Pfennige kostete.

«Die Landesordnung, welche die Herzöge Ernst und Albert von Sachsen im Jahre 1482 erließen, ist in Bezug auf die Lebenshaltung der damaligen Handwerksgesellen außerordentlich lehrreich. Es wird als Höchstlohn festgesetzt für «einen Handarbeiter mit Kost wöchentlich 9 neue Groschen, ohne Kost 16 Groschen. Den Werkleuten sollten zu ihrem Mittag- und Abendmahle nur vier Essen, an einem Fleischtag eine Suppe, zwei Fleisch und ein Gemüse; auf einen Freitag und einen andern Tag, da man nicht Fleisch isset, eine Suppe, ein Essen, grüne und dürre Fische, zwei Zugemüse; so man fasten müsse, fünf Essen, eine Suppe, zweierlei Fisch und zwei Zugemüse und hierüber 18 Groschen, den gemeinen Werkleuten aber 14 Groschen wöchentlicher Lohn gegeben werden, so aber dieselben Werkleute bei eigener Kost arbeiteten, so solle man dem «Pollierer» über 27 Groschen und dem gemeinen Maurer usw. über 23 Groschen nicht geben.

«Auch die reichen Stiftungen aus den Kreisen der Arbeiter zeugen von der Höhe ihrer Lebenslage. So haben in Danzig ums Jahr 1450 die Sack-, Kohlen- und Kornträger zum Bau der Marienkirche 200 Mark bar gegeben und außerdem ein gemaltes Kirchenfenster gestiftet.» (Damaschke, a. a. O.)

Und wie schildert Gustav Freytag in seinen «Bildern aus der deutschen Vergangenheit» das Leben der Bauern in jener Zeit! Wahrhaftig, man schämt sich immer wieder neu über den seither erfolgten Niedergang der Kultur. Welche Feinheit der Sitten und Gebräuche, welche Schönheit der Reigen und Lieder, welcher Geschmack in den Wohnungen und den Gotteshäusern!

Woher aber, so fragt man, kam dieser Rückschlag, der zur Trennung der Kirche, zum Dreißigjährigen Kriege, zur französischen Revolution, zum Weltkriege und zum Jazz führte?

Wenn man diese Frage beantworten will, so erinnert man sich unwillkürlich an die Geschichte des Turmbaues zu Babel. Als es den Israeliten gut ging, verfielen sie auf den Gedanken, einen Turm zu bauen, «der bis in den Himmel reicht», d. h. in die Ewigkeit hinein. Und als es den Leuten des Mittelalters gut ging, da wollten sie ein Geld haben, das auch «ewig» sein sollte — sie verlangten den «ewigen Pfennig». Aber in beiden Fällen kam es, wie die Bibel sagt: «Der Herr verwirrete ihre Sprache und sie verstanden einander nicht mehr.» Heute versteht tatsächlich der Reiche den Armen und der Arme den Reichen nicht.

«Das ganze Mittelalter hindurch führte die Bevölkerung einen erbitterten Kampf um den sogenannten denarius perpetuus, die «ewige, keiner Veränderung im Lauf des Jahres unterliegende Münze».[12]) Man wollte ein Geld, das man auch als Schatzmittel und nicht «nur» als Tauschmittel verwenden konnte. Nicht wenig mag zu diesem Verlangen beigetragen haben, daß die Einführung eines Geldes mit Umlaufszwang unbewußt geschehen war, nicht als sinn- und zweckvolle Tat. Hinzu kam, daß der «Schlagschatz», der Abzug beim Umtausch, als Steuer bezogen und als Steuer betrachtet und daher oft auch in zu hohem Maße bezogen und daher mit Recht als eine Last empfunden wurde. So setzte sich der Wunsch nach dem «ewigen Pfennig» nach und nach durch. In Augsburg und Freiburg konnten die Münzverrufungen einstweilen auf je vier Jahre hinausgeschoben werden. Dann folgte ein Bezirk nach dem andern. In England ersetzte man die Geldsteuer durch die Herdsteuer, wie man überhaupt jetzt anstelle des Schlagschatzes für andere Staatseinnahmen sorgen mußte. Nun war damit «die Bildung von Geldkapital erleichtert, die früher durch die als Besteuerung alles Bargeldes wirkende Verrufung so gut wie ausgeschlossen war.»[13]) Aber mit der «Bildung von Geldkapital» verschwand das Tauschmittel in den Strümpfen, Matratzen und Kästen der Sparer — und dafür fehlte es auf den Arbeitsplätzen.

Die Geschichtsschreiber unserer Zeit werden nicht müde, über die Verwerflichkeit der Geldverrufungen zu schreiben. Wie schon angedeutet, können sie sich aber das Aufblühen der Wirtschaft und die Verfeinerung der Kultur in jenen beiden Jahrhunderten nicht erklären. Ebenso stehen sie vor einem Rätsel, wenn sie bekanntgeben müssen,[14]) daß sich «alle Städte Oesterreichs» gegen die Ausgabe von «schweren Münzen» wandten und sie als eine Maßregel beklagten, die für Land und Leute «kein gemayner nucz nicht mug gesein, sunder ein ursach verderblicher Schäden mennichgeichs». Die Geschichtsschreiber können diese Stellungnahme nicht verstehen, weil sie ebensowenig wie die Leute des frühen Mittelalters das Tauschmittel vom Schatzmittel zu trennen wissen, und glauben, beides müsse und könne im Gelde vereinigt werden. Aber man kann nicht das Geld hamstern und es gleichzeitig als Tauschmittel weitergeben; man versucht damit dem Gelde gleichzeitig zwei Aufgaben zu überbinden, die es unmöglich beide zusammen bewältigen kann.

Die Kirche hatte immer gegen den Zins gekämpft. Sie hat ihn als einen Vernichter des Volkswohlstandes, als Ausbeutung der Notlage anderer und als eine Schranke vor der Arbeit betrachtet, und mit Recht. Sie hat nicht anerkennen wollen, daß ein Zins bezahlt werden dürfe, weil doch der Geldempfänger mit dem Gelde auch einen Gewinn mache und daher dem Geldgeber einen Teil seines Gewinnes abgeben solle — weil die Kirchenväter einsahen, daß die Dinge ganz anders verlaufen: daß nämlich der Geldnehmer, der Unternehmer, nur deswegen einen Zins zahlen muß, weil das Geld fortwährend streiken kann, sich dem Tausche entzieht und damit zuerst den Mangel schafft, den dann der Unternehmer zur Erlangung eines Zinses ausnützen kann. Kann das Geld nicht mehr streiken, ist es reines Tauschmittel und ebenso verderblich wie die Ware, so kann auch der Unternehmer keinen Zins aus seinen Unternehmungen herauswirtschaften und das Märchen vom «Produktivkredit», den das Mittelalter angeblich nicht gekannt habe, ist ausgeträumt. Die Kirche war drauf und dran, mit ihrer Forderung nach völliger Zinsfreiheit zu siegen. Wer ein anständiger Mensch war, lieh nicht mehr gegen Zinsen, und wer noch Zins erzwingen wollte, konnte das mit den Brakteaten nicht. In Frankreich, wo man diesen Angebotszwang des Geldes nicht kannte, stieg der Zinsfuß dagegen auf unerreichte Höhen: bis gegen 45%.

Mit der Wiedereinführung des Geldes dagegen, das verschatzt werden konnte, stieg auch wieder der Zinsfuß, es stieg damit die Ausbeutung der Arbeitenden aller Stände und Berufe. Der «arme Konrad», der «Bundschuh», die Spaltung der Kirche selbst gehen auf diese wachsenden Lasten zurück. Die Leute verloren das Zutrauen zur Kirche, die das Zinsverbot nicht mehr aufrechterhalten konnte. Sie sahen, wie es ihnen immer schlechter ging — die Niederlage der Bergknappen von Freiberg, die sich eine verlängerte Arbeitszeit gefallen lassen mußten, ist ein Beispiel für die wachsende Bedrängnis der Arbeitenden, und so mag dieses Schwinden des Zutrauens in die Kirche und ihre Macht über die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht wenig zum Zwist innerhalb der christlichen Kirche beigetragen haben. Luther wie Zwingli haben sehr scharfe Worte gegen den Zins gebraucht, «wer Zins nimmt, darf sich nicht für einen Christen ausgeben», sagte Zwingli, und Luther: «Wenn man die Welt itzt ansieht durch alle Städte, so ist es nichts anderes, denn ein großer, weiter Stall voll großer Diebe.» Sein Zeitgenosse, der Nationalökonom Sebastian Frank, meint: «Was für redlich Händel jetzt unter den Christen und christlichen Kaufleuten, Gesellschaften, Wucherern, Zinskäufern, Geldwechslern fürgehen, empfinden wir freilich allzumal wohl, auch das Kind in der Wiegen: das ist eitel Zinskauf, Fürkauf und das ganze Land mit unnützen Händel Gewaaren und Hanthierungen zu jedermanns Nachteil erfüllet. Viel wundert, daß kein Geld im Lande ist, die anderen, so die Sach baß bedenken, haben für ein merklich Wunderzeichen, daß wir uns nähren, wie es doch Deutschland so mög kommen bei soviel unnützen müßigen Geyern.»

So war allenthalben eine böse Stimmung.

Heute haben wir immer noch das Gewichtsgeld, wie es die alten Griechen um 700 v. Chr. einführten, und dazu das Papiergeld der Chinesen, das man künstlich fast unverderblich macht. Wir sind aber im Begriffe, wieder das gute, alte, das Geld der Frühgotik, das reine Tauschmittel anstelle des griechisch-römischen Schatzmittels einzuführen, indem wir uns für dessen neue Form, das Freigeld, einsetzen. Der erste Teil dieser Schrift handelt von diesem Befreiungskampf des 20. Jahrhunderts.

---

[1]) L. v. Ebengreuth, Allg. Münzkunde und Geldgeschichte des Mittelalters, 1926.

[2]) «Münzgeschichte der Schweiz», Genf 1896.

[3]) Kulischer: Allg. Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der neuen Zeit. München 1928.

[4]) Kulischer, a. a. O.

[5]) Ebengreuth, a. a. O.

[6]) Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, 1884.

[7]) J. B. Rusch in den «Republikanischen Blättern» 1931.

[8]) Maier-Schirmeyer: Lehrbuch der Geschichte. Frankfurt 1926.

[9]) Damaschke, Geschichte der Nationalökonomie, Jena 1905.

[10]) Francé, Der Weg der Kultur, Berlin 1920.

[11]) Francé, Chronik von Dinkelsbühl.

[12]) Ebengreuth, a. a. O.

[13]) Ebengreuth, a. a. O. S. 274.

[14]) Ebengreuth, a. a. O. S. 276.

(Aus: F. Schwarz, Vorwärts zur festen kaufkraft des geldes und zur zinsfreien wirtschaft! 1931)

Ⓐ

Silvio Gesell

Robinson und der Zins

(Aus: Die natürliche wirtschaftsordnung)

Als Prüfstein für die Richtigkeit der hier entwickelten Zinstheorie, wie auch, um dem gerade in dieser Frage so sehr in uralten Vorurteilen befangenen Leser das Verständnis zu erleichtern, schicke ich folgende Robinsonade voran.

Robinson baute einen Kanal und mußte sich also auf 3 Jahre, der Dauer der ganzen Arbeit, mit Vorräten versehen. Er schlachtete Schweine, bedeckte das Fleisch mit Salz, füllte ein Loch in der Erde mit Getreide und deckte es sorgfältig zu. Er gerbte Hirschfelle und verarbeitete sie zu Kleidern, die er in einer Kiste verschloß, nachdem er als Mottenscheuche noch eine Stinktierdrüse hineingelegt hatte.

Kurz, er sorgte nach seiner Ansicht gut für die nächsten drei Jahre.

Wie er nun eine letzte Berechnung darüber anstellte, ob sein „Kapital" für das geplante Unternehmen auch ausreichen würde, sah er einen Menschen auf sich zuschreiten.

Hallo, rief der Fremdling, mein Kahn ist hier zerschellt, und so landete ich auf dieser Insel. Kannst du mir mit Vorräten aushelfen, bis ich einen Acker urbar gemacht und die erste Ernte eingeheimst habe?

Wie schnell flogen bei diesen Worten die Gedanken Robinsons von seinen Vorräten zum Zins und zur Herrlichkeit des Rentnerlebens! Er beeilte sich, die Frage zu bejahen.

Vortrefflich! antwortete der Fremdling, aber ich will dir sagen, Zins zahle ich nicht; sonst ernähre ich mich lieber von Jagd und Fischfang. Mein Glaube verbietet mir sowohl Zins zu nehmen, wie auch Zins zu geben.

R.: Da hast du eine prächtige Religion. Aus welchem Grunde aber glaubst du denn, daß ich dir Vorräte aus meinen Beständen herleihen werde, wenn du mir keinen Zins gibst?

Fr.: Aus Eigennutz, Robinson; auf Grund deines wohlverstandenen Vorteiles, weil du dabei gewinnst, und sogar ziemlich viel.

R.: Das, Fremdling, mußt du mir erst vorrechnen. Ich gestehe, daß ich nicht einsehe, welchen Vorteil ich davon haben kann, dir meine Vorräte zinsfrei zu leihen.

Fr.: Nun, ich will dir alles vorrechnen, und wenn du es mir nachrechnen kannst, so wirst du mir das Darlehn zinsfrei geben und dich noch bei mir bedanken. Ich brauche zunächst Kleider, denn du siehst, ich bin nackt. Hast du einen Vorrat an Kleidern?

R.: Die Kiste ist bis oben voll.

Fr.: Aber Robinson, wirklich, ich hätte dich für gescheiter gehalten! Wer wird denn Kleider für drei Jahre in Kisten vernageln, Hirschleder, den Lieblingsfraß der Motten! Außerdem müssen diese Kleider immer gelüftet und mit Fett eingerieben werden, sonst werden sie hart und brüchig.

R.: Du hast recht, aber wie sollte ich es anders machen? Im Kleiderschrank sind sie nicht besser geborgen; im Gegenteil, hier kommen Ratten und Mäuse noch zu den Motten hinzu.

Fr.: Oh! Auch in die Kiste würden die Ratten gedrungen sein, — sieh, da haben sie schon genagt!

R.: Wahrhaftig! Man weiß sich auch wirklich nicht davor zu retten!

Fr.: Du weißt dich nicht vor Mäusen zu schützen, und du sagst, du hättest rechnen gelernt? Ich will dir sagen, wie Leute in deiner Lage sich bei uns gegen Mäuse, Ratten, Motten, Diebe, gegen Brüchigwerden, Staub und Schimmel schützen. *Leihe mir diese Kleider*, und ich verpflichte mich, dir neue Kleider zu machen, sobald du welche brauchst. So bekommst du ebensoviele Kleider zurück, wie du mir geliefert hast, und zwar werden diese Kleider, weil neu, bedeutend besser sein als diejenigen, die du später aus dieser Kiste ziehen würdest. Obendrein werden sie nicht mit Stinktieröl verpestet sein. Willst du das tun?

R.: Ja, Fremdling, ich will dir die Kiste mit den Kleidern abtreten, denn ich sehe ein, *daß es für mich vorteilhaft ist, dir auch ohne Zins die Kleider zu überlassen.*[1]

Fr.: Nun zeige mir mal deinen Weizen. Ich brauche solchen sowohl zur Saat wie für Brot.

R.: Dort am Hügel habe ich ihn vergraben.

Fr.: Du hast den Weizen für drei Jahre in einem Erdloch vergraben? Und der Schimmel, die Käfer?

R.: Das weiß ich, aber was sollte ich machen? Ich habe die Sache nach allen Seiten überlegt und nichts Besseres für die Aufbewahrung gefunden.

Fr.: Nun bück' dich mal! Siehst du die Käferchen an der Oberfläche herumspringen? Siehst du das Gemüll? Und hier diese Schimmelbildung? Es ist die höchste Zeit, daß der Weizen herausgehoben und gelüftet werde.

R.: Es ist zum Verzweifeln mit diesem Kapital! Wenn ich doch nur wüßte, wie ich mich verteidigen soll gegen diese tausendfältigen Zerstörungskräfte der Natur!

Fr.: Ich will dir sagen, Robinson, wie wir das bei uns zu Hause machen. Wir bauen einen luftigen, trockenen Schuppen und schütten auf den gut gedielten Boden den Weizen aus. Und regelmäßig alle drei Wochen wird der Weizen sorgfältig gelüftet, indem wir mit Schaufeln das Ganze umwerfen. Dann halten wir eine Anzahl Katzen, stellen Fallen auf, um die Mäuse zu fangen, versichern das Ganze gegen Feuer und erreichen so, daß der jährliche Verlust an Güte und Gewicht nicht mehr als 10% beträgt.

R.: Aber bedenke doch, diese Arbeit, diese Kosten!

Fr.: Du scheust die Arbeit und willst keine Kosten? Ich will dir sagen, wie du es dann anfangen mußt. Leihe mir deinen Vorrat, und ich werde dir das Gelieferte aus meinen Ernten in frischem Getreide zurückzahlen, und zwar Pfund für Pfund, Sack für Sack. So sparst du die Arbeit, einen Schuppen zu bauen, brauchst das Getreide nicht umzuschaufeln und keine Katzen zu füttern, verlierst nichts am Gewicht und hast statt alten Korns immer saftiges, frisches Brot. Willst du?

R.: Mit tausend Freuden nehme ich den Vorschlag an.

Fr.: Also du lieferst mir das Korn zinsfrei?

R.: Versteht sich, zinsfrei und mit Dank meinerseits.

Fr.: Ich kann aber nur einen Teil gebrauchen, ich will nicht alles haben.

R.: Wenn ich dir nun den ganzen Vorrat anbiete, mit der Maßgabe, daß du mir für je 10 Sack nur 9 zurückzugeben brauchst?

Fr.: Ich danke, denn das hieße ja mit Zins arbeiten — zwar nicht mit aufschlagendem (positivem), sondern mit kürzendem (negativem) Zins —, und statt des Gebers wäre der Nehmer Kapitalist. Aber mein Glaube verbietet den Wucher, er verbietet auch den umgekehrten Zins. Ich mache dir aber den Vorschlag, deinen Weizenvorrat unter meine Aufsicht zu nehmen, den Schuppen zu bauen und alles Nötige zu besorgen. Dafür wirst du mir für je 10 Sack jährlich zwei Sack als Lohn bezahlen. Bist du damit einverstanden?

R.: Mir ist es gleich, ob deine Leistung unter dem Titel Wucher oder aber als Arbeit gebucht wird. Ich gebe dir also 10 Sack, und du lieferst mir 8 Sack zurück. Einverstanden!

Fr.: Ich brauche aber noch andere Sachen: einen Pflug, einen Wagen und Handwerkszeug. Willst du mir das alles auch zinsfrei überlassen? Ich verspreche, dir alles in gleicher Güte zurückzuerstatten: für einen neuen Spaten einen neuen Spaten, für eine neue Kette eine neue, rostfreie Kette!

R.: Gewiß bin ich dazu bereit. Denn jetzt habe ich von all diesen Vorräten nur Arbeit. Neulich war der Bach übergetreten und hatte den Schuppen überschwemmt, alles mit Schlamm bedeckend. Dann riß der Sturm das Dach fort, so daß alles verregnete. Nun haben wir trockenes Wetter, und der Wind treibt Sand und Staub in den Schuppen. Rost, Fäulnis, Bruch, Trockenheit, Licht und Dunkelheit, Holzwürmer, Termiten, alles ist unausgesetzt an der Arbeit. Noch ein Glück, daß wir keine Diebe und Brandstifter haben. Wie freue ich mich, jetzt durch Verleihen die Sachen so schön und ohne Arbeit, Kosten und Verlust für später verfügbar zu behalten.

Fr.: Also du erkennst es jetzt als einen Vorteil, mir die Vorräte *zinsfrei* zu überlassen?[1]

R.: Unumwunden erkenne ich es an. Aber warum, so frage ich mich jetzt, bringen drüben in der Heimat solche Vorräte dem Besitzer Zins ein?

Fr.: Die Erklärung mußt du im *Gelde* suchen, das drüben solche Geschäfte vermittelt.

R.: Was? Im Gelde soll die Ursache des Zinses liegen? Das kann doch nicht sein; — denn höre, was *Marx* vom Geld und Zins sagt: „Die Arbeitskraft ist die Quelle des Zinses (Mehrwert). Der Zins, der das Geld in Kapital verwandelt, kann nicht

vom Geld herrühren. Wenn es wahr ist, daß das Geld Tauschmittel ist, so tut es nichts anderes, als die Preise der Waren bezahlen, die es kauft. Wenn es solchermaßen unveränderlich bleibt, so nimmt es nicht an Wert zu. Daher muß der Mehrwert (Zins), von den gekauften Waren herrühren, die teurer verkauft werden. Diese Veränderung kann weder beim Kauf noch beim Verkauf stattfinden; in diesen beiden Handlungen werden Äquivalente ausgetauscht. Es bleibt darum nur eine Annahme frei, daß die Änderung durch den Gebrauch der Ware nach dem Kauf und vor dem Wiederverkauf vor sich gehe." (Marx: Das Kapital, Kap. VI.)

Fr.: Wie lange bist du schon auf dieser Insel?

R.: Seit dreißig Jahren.

Fr.: Das merkt man. Du berufst dich noch auf die Wertlehre. Ach, lieber Robinson, diese Sache ist erledigt. Die Wertlehre ist ausgestorben. Es ist überhaupt niemand mehr da, der sie vertritt.

R.: Was, du sagst, die *Marxsche* Lehre vom Zins wäre ausgestorben? Das ist nicht wahr! Wenn auch sonst niemand mehr da wäre, — ich vertrete sie!

Fr.: Gut, so vertritt sie, doch nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat. Vertritt sie, wenn du willst, mir gegenüber. Ich trete von dem soeben geschlossenen Handel zurück. Du hast hier in deinen Vorräten das, was nach Wesen und Bestimmung als die reinste Form dessen zu betrachten ist, was man gemeinhin „Kapital" nennt. Ich fordere dich auf, als Kapitalist mir gegenüber aufzutreten. Ich brauche deine Sachen. Kein Arbeiter ist jemals einem Unternehmer so nackt gegenübergetreten, wie ich jetzt vor dir stehe. Niemals ist das wahre Verhältnis vom Kapitalbesitzer zum Kapitalbedürftigen so rein zutage getreten, wie in unserem gegenseitigen Verhältnis. Nun versuche, ob du von mir Zins erlangen kannst! Wollen wir also den Handel wieder von vorne anfangen?[1]

R.: Ich verzichte. Die Ratten, Motten und der Rost haben meine kapitalistische Kraft gebrochen. — Aber sage, wie erklärst du die Sache?

Fr.: Die Erklärung ist einfach. Bestände hier auf der Insel Geldwirtschaft, und ich als Schiffbrüchiger bedürfte eines Darlehns, so müßte ich mich nach Lage der Dinge an einen Geldgeber wenden, um die Dinge, die du mir soeben zinsfrei geliehen hast, zu kaufen. Diesem Geldgeber aber, den Ratten, Motten, Rost, Feuer und Dachschäden nicht bedrücken, kann ich nicht wie dir gegenübertreten. Den Verlust, der mit dem Besitz der Waren verknüpft ist, — sieh, da schleppt der Hund einen von deinen, will sagen, von meinen Hirschfellen fort! — den trägt nur derjenige, der die Waren aufzubewahren hat, nicht der Geldgeber; diesen berühren all diese Sorgen und die herrlichen Beweise nicht, mit denen ich dich so mürbe gemacht habe. Du hast die Kiste mit den Fellkleidern nicht zugeschlagen, als ich dir jede Zinszahlung verweigerte. Die Natur des Kapitals machte dich zu weiteren Verhandlungen geneigt. *Der Geldkapitalist aber schlägt mir die Tür des Geldschrankes vor der Nase zu, wenn ich ihm sage, ich würde keinen Zins zahlen.* Dabei brauche ich das Geld an sich ja nicht, sondern die Fellkleider, die ich mit dem Geld kaufen würde. Die Fellkleider gibst du mir zinsfrei; *das Geld dazu muß ich verzinsen!*

R.: So wäre die Ursache des Zinses doch im Gelde zu suchen, und *Marx* wäre im Unrecht? Auch da, wo er sagt: „Im eigentlichen Handelskapital erscheint die Form ‚G.W.G.' (Geld — Ware — Mehrgeld) = kaufen, um teurer zu verkaufen, am reinsten. Anderseits geht seine ganze Bewegung innerhalb der Zirkulationssphäre vor sich. Da es aber *unmöglich* ist, aus der Zirkulation selbst die Verwandlung von Geld in Kapital zu erklären, erscheint das Handelskapital unmöglich, sobald Äquivalente ausgetauscht werden, daher nur ableitbar aus der doppelten Übervorteilung der kaufenden und verkaufenden Warenproduzenten durch den sich parasitisch zwischen sie schiebenden Kaufmann. Soll die Verwertung des Handelskapitals nicht aus bloßer Prellerei der Warenproduzenten erklärt werden, so gehört dazu eine lange Reihe von Mittelgliedern." (Marx, Kapital, 6. Aufl., Bd. I, S. 127.)

Fr.: Hier sowohl wie da ist er vollkommen im Irrtum. Und da er sich im Gelde irrte, diesem Zentralnerv der ganzen Volkswirtschaft, so muß er überall im Irrtum sein. Er beging — wie alle seine Jünger es taten — den Fehler, das Geldwesen aus dem Kreis seiner Betrachtungen auszuschalten.

R.: Das haben mir unsere Verhandlungen über das Darlehn bewiesen. Das Geld ist für Marx ja auch nur Tauschmittel, aber es tut, wie es scheint, mehr als nur „die Preise der Waren bezahlen, die es kauft". Daß der Bankmann dem Darlehnsnehmer den Geldschrank vor der Nase zuschlägt, wenn dieser keinen Zins zahlen will, und nichts von den Sorgen kennt, die die Besitzer der Waren (Kapital) drücken, das verdankt er nur der Übermacht, die das Geld an und für sich über die Ware hat, — und da liegt der wunde Punkt!

Fr.: Wieviel Beweiskraft doch die Ratten, Motten und der Rost haben!

FZ FREIWIRTSCHAFTLICHE ZEITUNG 7.1.1932

Kapitalismus — Wirtschaftsdemokratie

Von Dipl.-Kfm. Dr. rer. pol.
Max Stahlberg.

„Die kapitalistische Marktwirtschaft ist eine Demokratie, in der jeder Groschen eine Wahlstimme gibt. Der Reichtum erfolgreicher Geschäftsleute ist das Ergebnis eines Plebiszits der Konsumenten. Und nur der kann einmal erworbenen Reichtum bewahren, der ihn immer wieder aufs neue durch Befriedigung der Wünsche des Konsumenten erwirbt. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist mithin im strengsten Sinne des Wortes Wirtschaftsdemokratie."

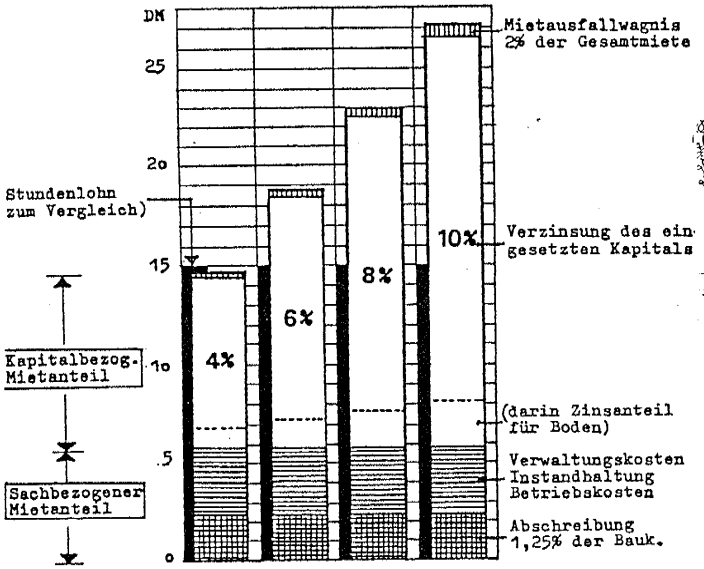
Diese erlösenden und trefflichen Worte kommen gerade zur rechten Zeit, denn nun endlich erfahren wir, daß in der heutigen Wirtschaftsordnung wirklich alles in schönster Ordnung ist und gerecht zugeht. Da es eine Menge von Menschen gibt, die vorgeben, noch nichts davon bemerkt zu haben, war es dringend nötig, ihnen das mal klar zu machen. Ludwig Mises, ordentlichem Professor der Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien, war es vorbehalten, dies festzustellen, und der „Frankfurter Zeitung" gebührt das Verdienst, diese Erkenntnis einem weiteren Kreise bekanntgemacht zu haben, denn sie gibt Mises' Ausspruch kommentarlos in ihrer Jubiläumsschrift „Nachkriegs-Kapitalismus" wieder, die anläßlich ihres 75jährigen Bestehens kürzlich erschien. Wir danken ihr für diese „Bereicherung" unseres volkswirtschaftlichen Wissens. Nun wissen wir es und wollen es uns merken. Nur das wollen wir die „Frankfurter Zeitung" und Mises noch fragen: Ist vielleicht der Reichtum der Großkapitalisten, deren Kapital sich durch die Zinsen dauernd vermehrt, auch das Ergebnis einer Abstimmung des arbeitenden Volkes, das diese Zinsen aufbringen muß? Ist der Zinsbezieher vielleicht auch gezwungen, „immer aufs neue die Wünsche der Konsumenten zu befriedigen", oder ist es nicht vielmehr so, daß er sich überhaupt um niemandes Wünsche schert, sondern sein Geld nur zur Verfügung stellt, wenn ihm Sicherheit seines arbeitslosen Einkommens gewährleistet ist? Sind vielleicht auch die Krisen mit Absatzstockung, Konkursen, Arbeitslosigkeit und Massenelend das Ergebnis einer „Wirtschaftsdemokratie"? Es ist undenkbar, daß jemand so naiv sein sollte, das zu glauben.

Wir stellen daher fest, daß es sich hier um einen Versuch handelt, die Tatsachen zu verschleiern. Nicht die Marktwirtschaft ist schuldig am heutigen Elend, auch nicht der Unternehmer, der tatsächlich nur dann etwas verdient, wenn er sich stets der Nachfrage anpaßt, sondern nur das heutige Geld, das den Zins erpreßt und Krisen verursacht, unter denen der Unternehmer ebenso leidet wie der Lohnarbeiter. Diese Dinge werden von den Verteidigern der heutigen Ordnung sehr gern durcheinander geworfen, und sie tun so, als sei der Kampf gegen die heutige Ausbeutungs- und Zinswirtschaft ein Kampf gegen die Marktwirtschaft und gegen die „Wirtschaftsdemokratie", um Unklarheit in den Befreiungskampf hineinzutragen. Wir wissen, was wir davon zu halten haben. Das heutige Zerrbild einer Wirtschafts-„ordnung" ist das gerade Gegenteil einer Wirtschaftsdemokratie, ist ausgesprochene Monopolwirtschaft. Eine wirkliche Wirtschaftsdemokratie wird erst durch Beseitigung der Krisen und durch Abbau des arbeitslosen Einkommens und seine Überführung in den Lohn herbeigeführt, sie besteht erst dann, wenn jeder, der arbeiten will, auch Arbeit findet und nicht mehr in der Krise davor zittern muß, daß er trotz aller rein formellen Wirtschaftsdemokratie mit Betriebsräten, Tarifverträgen und Schlichtern auf die Straße fliegt oder sich Lohnkürzungen widerspruchslos gefallen lassen muß, weil draußen Hunderte stehen, die auf seine Stelle warten und weil der Geldkapitalist es so will.

Zinsanteil in der Miete

Angenommene Werte: (1981)

Bau- und Nebenkosten je qm Wohnfläche	DM 2.250
Bodenkosten je qm Wohnfläche	DM 250
Gesamtkosten je qm Wohnfläche:	DM 2.500



Zusammenstell.:	DM	DM	DM	DM
Mietausfallwagn.	0,29	0,37	0,46	0,54
Verzinsung	8,33	12,50	16,66	20,83
Bewirtschaftung	3,52	3,52	3,52	3,52
Abschreibung	2,34	2,34	2,34	2,34
Gesamtmiete je qm und Monat:	14,48	18,73	22,98	27,23 DM
Veränderung in %	100%	129%	159%	188%
Zinsanteil in der Miete:	58%	67%	72%	76%

HELMUT CREUTZ
MONHEIMSALLEE 99
TEL. 0241/34280
5100 AACHEN

"Eigentlich schade, daß diese schöne Hütte leersteht und so viele Menschen keine rechte Unterkunft haben."

Rudolf Steiner über das Geld

Da wird, zum Beispiel, nicht mehr die Staatsverwaltung das Geld als gesetzliches Zahlungsmittel anzuerkennen haben, sondern diese Anerkennung wird auf den Massnahmen beruhen, welche von den Verwaltungskörpern der Wirtschaftsorganisation ausgehen. Denn Geld kann im gesunden sozialen Organismus nichts anderes sein als eine Anweisung auf von Andern erzeugte Waren, die man aus dem Gesamtgebiet des Wirtschaftslebens deshalb beziehen kann, weil man selbst erzeugte Waren an dieses Gebiet abgegeben hat. Durch den Geldverkehr wird ein Wirtschaftsgebiet eine einheitliche Wirtschaft. Jeder produziert auf dem Umwege durch das ganze Wirtschaftsleben für jeden. Innerhalb des Wirtschaftsgebietes hat man es nur mit Warenwerten zu tun. Für dieses Gebiet nehmen auch die *Leistungen,* die entstehen aus der geistigen und der staatlichen Organisation heraus, den Warencharakter an. Was ein Lehrer an seinen Schülern leistet, ist für den Wirtschaftskreislauf Ware. Dem Lehrer werden seine individuellen Fähigkeiten ebensowenig bezahlt wie dem Arbeiter seine Arbeitskraft. Bezahlt *kann* beiden nur werden, was, von ihnen ausgehend, im Wirtschaftskreislauf Ware und Waren sein kann. Wie die freie Initiative, wie das Recht wirken sollen, damit die Ware zustande komme, das liegt ebenso *ausserhalb* des Wirtschaftskreislaufes wie die Wirkung der Naturkräfte auf das Kornerträgnis in einem segensreichen oder einem magern Jahr. Für den Wirtschaftskreislauf sind die geistige Organisation bezüglich dessen, was sie beansprucht als wirtschaftliches Erträgnis, *und auch der Staat* einzelne Warenproduzenten. Nur ist, was sie produzieren, innerhalb ihres eigenen Gebietes nicht Ware, sondern es wird erst Ware, wenn es von dem Wirtschaftskreislauf aufgenommen wird. Sie wirtschaften nicht in ihren eigenen Gebieten; mit dem von ihnen Geleisteten wirtschaftet die Verwaltung des Wirtschaftsorganismus.

Der rein wirtschaftliche Wert einer Ware (oder eines Geleisteten), insofern er sich ausdrückt in dem Gelde, das seinen Gegenwert darstellt, wird von der Zweckmässigkeit abhängen, mit der sich innerhalb des Wirtschaftsorganismus die *Verwaltung* der Wirtschaft ausgestaltet. Von den Massnahmen dieser Verwaltung wird es abhängen, inwiefern auf der geistigen und rechtlichen Grundlage, welche von den andern Gliedern des sozialen Organismus geschaffen wird, die wirtschaftliche Fruchtbarkeit sich entwickeln kann. Der Geldwert einer Ware wird dann der Ausdruck dafür sein, dass diese Ware in der den Bedürfnissen entsprechenden Menge durch die Einrichtungen des Wirtschaftsorganismus erzeugt wird. Würden die in dieser Schrift dargelegten Voraussetzungen verwirklicht, so wird im Wirtschaftsorganismus nicht der Impuls ausschlaggebend sein, welcher durch die blosse Menge der Produktion Reichtum ansammeln will, sondern es wird durch die entstehenden und sich in der mannigfaltigsten Art verbindenden Genossenschaften die Gütererzeugung sich den Bedürfnissen anpassen. Dadurch wird das diesen Bedürfnissen entsprechende Verhältnis zwischen dem Geldwert und den Produktionseinrichtungen im sozialen Organismus hergestellt. Das Geld wird wirklich nur Wertmesser sein; denn hinter jedem Geldstück oder Geldschein steht die Warenleistung, auf welche hin der Geldbesitzer allein zu dem Gelde gekommen sein kann. Es werden sich aus der Natur der Verhältnisse heraus Einrichtungen notwendig machen, welche dem Gelde für den Inhaber seinen Wert benehmen, wenn es die eben gekennzeichnete Bedeutung verloren hat.

Auf solche Einrichtungen ist schon hingewiesen worden. Geldbesitz geht nach einer bestimmten Zeit in geeigneter Form an die Allgemeinheit über. Und damit nicht in Produktionsbetrieben arbeitendes Geld mit Umgehung der Massnahmen der Wirtschaftsorganisation von Inhabern zurückbehalten werde, kann Umprägung oder Neudruck von Zeit zu Zeit stattfinden. Aus solchen Verhältnissen heraus wird sich allerdings auch ergeben, dass der Zinsbezug von einem Kapitale im Laufe der Jahre sich immer verringere. Das Geld wird sich abnützen, wie sich Waren abnützen. Doch wird eine solche vom Staate zu treffende Massnahme gerecht sein. „Zins auf Zins" wird es nicht geben können. Wer Ersparnisse macht, hat allerdings Leistungen vollbracht, die ihm auf spätere Waren - Gegenleistungen Anspruch machen lassen, wie gegenwärtige Leistungen auf den Eintausch gegenwärtiger Gegenleistungen; aber die Ansprüche können nur bis zu einer gewissen Grenze gehen; denn aus der Vergangenheit herrührende Ansprüche können nur durch Arbeitsleistungen der Gegenwart befriedigt werden. Solche Ansprüche dürfen nicht zu einem wirtschaftlichen Gewaltmittel werden. Durch die Verwirklichung solcher Voraussetzungen wird die *Währungsfrage* auf eine gesunde Grundlage gestellt. Denn gleichgültig wie aus andern Verhältnissen heraus die *Geldform* sich gestaltet: *Währung* wird die vernünftige Einrichtung des gesamten Wirtschaftsorganismus durch dessen Verwaltung. Die Währungsfrage wird niemals ein Staat in befriedigender Art durch *Gesetze* lösen; gegenwärtige Staaten werden sie nur lösen, wenn sie von ihrer Seite auf die Lösung verzichten und das Nötige dem von ihnen abzusondernden Wirtschaftsorganismus überlassen.

(Aus: Kernpunkte der sozialen frage)

Aber jeden falls kann Ihnen daraus hervorgehen, daß wir es im gesamten wirtschaftlichen Leben, abgesehen von einigen relativ sehr lang anhalten den Dauergütern, zu tun haben mit Gütern, die durchaus auch ver gehen, entwertet werden, nach einiger Zeit jedenfalls nicht mehr d sind.

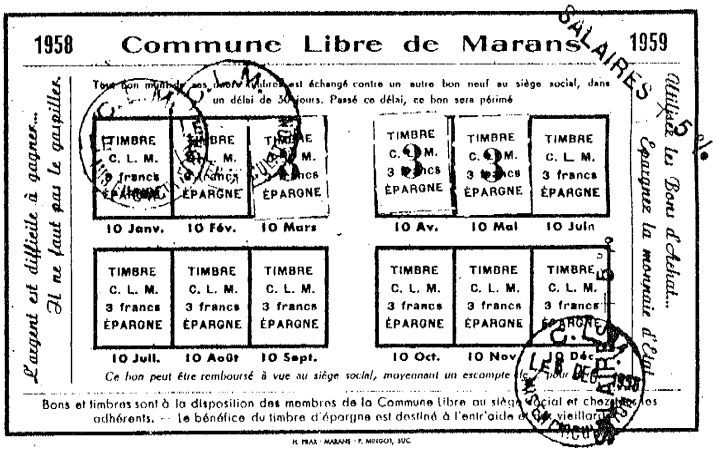
Just dasjenige, was Geld ist, das ist etwas, was merkwürdigerweis im volkswirtschaftlichen Leben, trotzdem es ganz in Äquivalenz steh mit den anderen volkswirtschaftlichen Elementen, sich nicht abnutzt Radikal können Sie sich das dadurch vorstellen, daß Sie sich zum Beispiel denken: Ich habe für, sagen wir, fünfhundert Franken Kartoffeln Wenn ich für diese fünfhundert Franken Kartoffeln habe, so muß ich dafür sorgen, daß ich sie losbringe, das heißt ich muß etwas tun, dami ich sie losbringe. Und nach einiger Zeit sind sie eben nicht mehr da sind sie verbraucht, sind sie weg. Wenn das Geld in Äquivalenz steh mit den Gütern, mit den bearbeiteten Gütern, so müßte es sich abnützen. Das Geld müßte, genauso wie die anderen Güter, sich abnützen. Das heißt, wenn wir nicht abnutzbares Geld im volkswirtschaftlichen Körper drinnen haben, dann verschaffen wir unter Umständen dem Geld einen Vorteil gegenüber den abnützbaren Gütern Das ist außerordentlich wichtig. Und es wird erst ganz wichtig, wenn man folgendes bedenkt: Wenn man bedenkt, was ich anwenden muß, wenn ich, sagen wir, nach fünfzehn Jahren durch meine ganze Betätigung so weit gekommen sein soll, daß ich dadurch, daß ich heute eine Menge Kartoffeln habe, dann die doppelte Menge Kartoffeln habe, von den Kartoffeln, die es dann geben wird; und wenn man nun bedenkt, wie wenig jemand als einzelne Persönlichkeit zu tun braucht, wenn er heute in Geld fünfhundert Franken hat, um das Doppelte zu haben in fünfzehn Jahren! Es genügt, wenn er gar nichts tut, wenn er seine gesamte Arbeitskraft dem sozialen Organismus entzieht und die anderen arbeiten läßt, daß er beleiht und die anderen arbeiten läßt Wenn er mittlerweile nicht selber für den Verbrauch sorgt: das Geld hat es nicht nötig, sich abzunutzen.

Nur ist es wesentlich, daß das Pfund Fleisch nur eine gewisse Zeitlang gegessen werden kann, daß es also nur innerhalb einer gewissen Zeit einen Wert haben kann, weil es verdirbt. Das gehört auch in das Volkswirtschaftliche hinein, daß alle Dinge, die nun wirklich Gebrauchsgegenstände sind, eben verderben.

Wenn wir nun das Geld verwenden als ein Äquivalent im reinen Tausch, dann haben wir allerdings in dem Gelde gegenüber den verderblichen Gegenständen einen unreellen Konkurrenten, einen richtigen unreellen Konkurrenten, weil das Geld eben unter gewöhnlichen Verhältnissen nicht zu verderben scheint – ich sage das ausdrücklich nicht zu verderben scheint. Ja, da sehen wir, was in das Volkswirtschaftliche etwas Ungesundes hineinbringt, wenn man andere Verhältnisse in der Volkswirtschaft spielen läßt, als diejenigen sind, die in der Wirklichkeit spielen.

Nun, was entsteht dann aber eigentlich, wenn wir uns in dieser Weise denken, daß wir in dem zirkulierenden Geld wirklich eine Art Abbild haben von dem, was in den verschiedensten Gebrauchswaren – denn geistige Leistungen sind ja auch Gebrauchswaren im wirtschaftlichen Sinn – nun eben auch abnützbar ist? In dem sich abnützende Geld haben wir die Parallelströmung zu den sich abnützenden Waren Gütern, Werten, also Sachwerten.

(Aus: Nationalökonomischer kurs



‚eld und Kommunen bei Friedrich Engels

So steht's mit dem Inhalt des Austausches in der Wirtschaftskommune. Wie mit der Form? Der Austausch wird durch Metallgeld vermittelt, und Herr Dühring tut sich nicht wenig zugut auf die „menschheitsgeschichtliche Tragweite" dieser Verbesserung. Aber im Verkehr zwischen der Kommune und ihren Mitgliedern *ist* das Geld gar kein Geld, fungiert es gar nicht als Geld. Es dient als reines Arbeitszertifikat, es konstatiert, um mit Marx zu reden, „nur den individuellen Anteil des Produzenten an der Gemeinarbeit und seinen individuellen Anspruch auf den zur Konsumtion bestimmten Teil des Gemeinprodukts", und ist in dieser Funktion „ebensowenig ‚Geld' wie etwa eine Theatermarke"[1]. Es kann hiermit durch jedes beliebige Zeichen ersetzt werden, wie Weitling es durch ein „Kommerzbuch" ersetzt, worin auf der einen Seite die Arbeitsstunden und auf der andern die dafür bezognen Genüsse abgestempelt werden.[167] Kurz, es fungiert im Verkehr der Wirtschaftskommune mit ihren Mitgliedern einfach als das Owensche „Arbeitsstundengeld", dies „Wahngebilde", auf das Herr Dühring so vornehm herabsieht und das er dennoch selbst in seine Zukunftswirtschaft einführen muß. Ob die Marke, die das Maß der erfüllten „Produktionspflicht" und des damit erworbnen „Konsumtionsrechts" bezeichnet, ein Wisch Papier, ein Rechenpfennig oder ein Goldstück ist, bleibt sich für *diesen* Zweck vollständig gleich. Für andre Zwecke aber durchaus nicht, wie sich zeigen wird.

Wenn das Metallgeld also schon im Verkehr der Wirtschaftskommune mit ihren Mitgliedern nicht als Geld fungiert, sondern als verkleidete Arbeitsmarke, so kommt es noch weniger zu seiner Geldfunktion im Austausch zwischen den verschiednen Wirtschaftskommunen. Hier ist, unter den Voraussetzungen des Herrn Dühring, das Metallgeld total überflüssig. In der Tat würde eine bloße Buchführung hinreichen, die den Austausch von Produkten gleicher Arbeit gegen Produkte gleicher Arbeit viel einfacher vollzieht, wenn sie mit dem natürlichen Maßstab der Arbeit – der Zeit, der Arbeitsstunde als Einheit – rechnet, als wenn sie die Arbeitsstunden erst in Geld übersetzt. Der Austausch ist in Wirklichkeit reiner Naturalaustausch; alle Mehrforderungen sind leicht und einfach ausgleichbar durch Anweisungen auf andre Kommunen. Wenn aber eine Kommune wirklich gegenüber andern Kommunen ein Defizit haben sollte, so kann alles „im Universum vorhandne Gold", und wenn es noch so sehr „von Natur Geld" sein sollte, dieser Kommune das Schicksal nicht ersparen, dies Defizit durch vermehrte eigne Arbeit zu ersetzen, falls sie nicht in Schuldabhängigkeit von andern Kommunen geraten will. Übrigens möge der Leser fortwährend im Gedächtnis halten, daß wir hier keineswegs Zukunftskonstruktion machen. Wir nehmen einfach die Voraussetzungen des Herrn Dühring an und ziehen nur die unvermeidlichen Folgerungen daraus.

Also weder im Austausch zwischen der Wirtschaftskommune und ihren Mitgliedern noch in dem zwischen den verschiednen Kommunen kann das Gold, das „von Natur Geld ist", dahin kommen, diese seine Natur zu verwirklichen. Trotzdem schreibt ihm Herr Dühring vor, auch in der „Sozialität" Geldfunktion zu vollziehn. Wir müssen uns also nach einem andern Spielraum für diese Geldfunktion umsehn. Und dieser Spielraum existiert. Herr Dühring befähigt zwar jeden zur „quantitativ gleichen Konsumtion", aber er kann niemanden dazu zwingen. Im Gegenteil, er ist stolz darauf, daß in seiner Welt jeder mit seinem Gelde machen kann, was er will. Er kann also nicht verhindern, daß die einen sich einen kleinen Geldschatz zurücklegen, während die andern mit dem ihnen gezahlten Lohn nicht auskommen. Er macht dies sogar unvermeidlich, indem er das Gemeineigentum der Familie im Erbrecht ausdrücklich anerkennt, woraus sich dann weiter die Verpflichtung der Eltern zur Erhaltung der Kinder ergibt. Damit aber bekommt die quantitativ gleiche Konsumtion einen gewaltigen Riß. Der Junggesell lebt herrlich und in Freuden von seinen acht oder zwölf Mark täglich, während der Witwer mit acht unmündigen Kindern damit kümmerlich auskommt. Andrerseits aber läßt die Kommune, indem sie Geld ohne weiteres in Zahlung nimmt, die Möglichkeit offen, daß dies Geld anders als durch eigne Arbeit erworben sei. Non olet.[1] Sie weiß nicht, woher es kommt. Hiermit sind aber alle Bedingungen gegeben, um das Metallgeld, das bisher nur die Rolle einer Arbeitsmarke spielte, in wirkliche Geldfunktion treten zu lassen. Es liegen vor die Gelegenheit und das Motiv, einerseits zur Schatzbildung, andrerseits zur Verschuldung. Der Bedürftige borgt beim Schatzbildner. Das geborgte Geld, von der Kommune in Zahlung genommen für Lebensmittel, wird damit wieder, was es in der heutigen Gesellschaft ist, gesellschaftliche Inkarnation der menschlichen Arbeit, wirkliches Maß der Arbeit, allgemeines Zirkulationsmittel. Alle „Gesetze und Verwaltungsnormen" der Welt sind ebenso ohnmächtig dagegen, wie gegen das Einmaleins oder gegen die chemische Zusammensetzung des Wassers. Und da der Schatzbildner in der Lage ist, vom Bedürftigen Zinsen zu erzwingen, so ist mit dem als Geld fungierenden Metallgeld auch der Zinswucher wiederhergestellt.

Soweit haben wir nur die Wirkungen der Beibehaltung des Metallgeldes betrachtet innerhalb des Geltungsbereichs der Dühringschen Wirtschaftskommune. Aber jenseits dieses Bereichs geht die übrige verworfne Welt einstweilen ihren alten Gang ruhig weiter. Gold und Silber bleiben, auf dem Weltmarkt, *Weltgeld*, allgemeines Kauf- und Zahlungsmittel, absolut gesellschaftliche Verkörperung des Reichtums. Und mit dieser Eigenschaft des edlen Metalls tritt vor die einzelnen Wirtschaftskommunisten ein neues Motiv zur Schatzbildung, zur Bereicherung, zum Wucher, das Motiv, sich gegenüber der Kommune und jenseits ihrer Grenzen frei und unabhängig zu bewegen und den aufgehäuften Einzelreichtum auf dem Weltmarkt zu verwerten. Die Wucherer verwandeln sich in Händler mit dem Zirkulationsmittel, in Bankiers, in Beherrscher des Zirkulationsmittels und des Weltgelds, damit in Beherrscher der Produktion und damit in Beherrscher der Produktionsmittel, mögen diese auch noch jahrelang dem Namen nach als Eigentum der Wirtschafts- und Handelskommune figurieren. Damit sind aber die in Bankiers übergegangnen Schatzbildner und Wucherer auch die Herren der Wirtschafts- und Handelskommune selbst. Die „Sozialität" des Herrn Dühring unterscheidet sich in der Tat sehr wesentlich von den „Nebelhaftigkeiten" der übrigen Sozialisten. Sie hat weiter keinen Zweck als die Wiedererzeugung der hohen Finanz, unter deren Kontrolle und für deren Säckel sie sich tapfer abarbeiten wird – wenn sie überhaupt zusammenkommt und zusammenhält. Die einzige Rettung für sie läge darin, daß die Schatzbildner vorzögen, vermittelst ihres Weltgeldes eiligst aus der Kommune – davonzulaufen.

Bei der in Deutschland herrschenden ausgedehnten Unbekanntschaft mit dem älteren Sozialismus könnte nun ein unschuldiger Jüngling die Frage aufwerfen, ob nicht auch z.B. die Owenschen Arbeitsmarken zu einem ähnlichen Mißbrauch Anlaß geben könnten. Obwohl wir hier nicht die Bedeutung dieser Arbeitsmarken zu entwickeln haben, so mag doch zur Vergleichung des Dühringschen „umfassenden Schematismus" mit den „rohen, matten und dürftigen Ideen" Owens folgendes Platz finden: Erstens wäre zu einem solchen Mißbrauch der Owenschen Arbeitsmarken ihre Verwandlung in wirkliches Geld nötig, während Herr Dühring wirkliches Geld voraussetzt, ihm aber verbieten will, anders als bloße Arbeitsmarke zu fungieren. Während dort wirklicher Mißbrauch stattfände, setzt sich hier die immanente, vom menschlichen Willen unabhängige Natur des Geldes durch, setzt das Geld seinen ihm eigentümlichen, richtigen Gebrauch durch gegenüber dem Mißbrauch, den Herr Dühring ihm aufzwingen will kraft seiner eignen Unwissenheit über die Natur des Geldes. Zweitens sind bei Owen die Arbeitsmarken nur eine Übergangsform zur vollständigen Gemeinschaft und freien Benutzung der gesellschaftlichen Ressourcen, nebenbei höchstens noch ein Mittel, dem britischen Publikum den Kommunismus plausibel zu machen. Wenn also etwelcher Mißbrauch die Owensche Gesellschaft zur Abschaffung der Arbeitsmarken zwingen sollte, so tut diese Gesellschaft einen Schritt weiter voran zu ihrem Ziel und tritt in eine vollkommnere Entwicklungsstufe ein. Schafft dagegen die Dühringsche Wirtschaftskommune das Geld ab, so vernichtet sie mit einem Schlage ihre „menschheitsgeschichtliche Tragweite", so beseitigt sie ihre eigentümlichste Schönheit, hört auf, Dühringsche Wirtschaftskommune zu sein und sinkt herab zu den Nebelhaftigkeiten, aus denen sie herauszuheben Herr Dühring soviel saure Arbeit der rationellen Phantasie aufgewandt hat.

(Aus 'Anti-Dühring', MEW, bd.20, s.284f.)

Aus „Vorwärts", 1973

Lilith
Frauenbuchladen GmbH
Knesebeckstr. 86/87
1000 Berlin 12
Telefon 312 31 02

Der Zins verhindert umweltfreundliche Energie

N. Nehmen wir zum Beispiel an, eine bessere Wärmeisolierung würde bei einem Neubau S 100.000.— Mehrkosten verursachen und gleichzeitig jährlich um S 5000.— die Heizkosten verringern. Bei einer Kapitalverzinsung von 10% würden jährlich zusätzlich S 10.000.— für Zins benötigt werden, sodaß es billiger ist, man gibt den halben Betrag für zusätzliche Heizkosten aus.

F. Aber bei einem Zins von 5% würde die Einsparung an Heizkosten schon die Zinsen abwerfen, und bei einem Zinssatz von 0% wäre die Anlage bereits in 20 Jahren amortisiert.

N. Herr Förster, Sie sind wirklich ein Schnellrechner!

V. Beim ständigen Ansteigen des Heizmaterials wird die Sache schon früher rentabel.

F. Sehr richtig.

K. Man sieht aber heute noch keine Anzeichen, daß man dem Zinsproblem auf den Leib rücken wollte.

V. Es ist noch nicht aller Tage Abend, denn die Aufklärungsarbeit nimmt zu und wird vor allem in den Kreisen der Umweltschützer ein lebhaftes Echo finden.

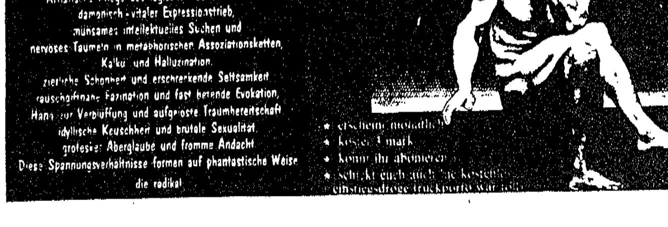
K. Wie soll aber der Zinssatz die Gewinnung umweltfreundlicher Energie fördern? Hier sind Sie uns die Antwort noch schuldig geblieben.

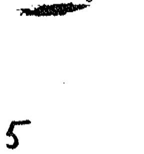
N. Nehmen wir an, ein kalorisches Kraftwerk kostet eine Milliarde Schilling und benötigt jährlich um 80 Millionen Schilling Kohle, um für 200 Millionen Schilling jährlich Strom zu liefern. Ein Windkraftwerk, das jährlich um 200 Millionen Schilling Strom liefert, kostet hingegen 2 Milliarden. Nun ist bei diesem theoretischen Beispiel bei einem Zinssatz von 10% das Kohlekraftwerk rentabler, bei einem Zinssatz von 8% sind beide Kraftwerke gleich bezüglich Rentabilität. Doch bei 5% Zins liefert das Windkraftwerk billigeren Strom als das Kohlekraftwerk; und erst recht, wenn sich der Zinssatz dem Werte Null nähert.

F. An diesen Zahlen kann nicht gerüttelt werden. Sie zeigen, wie im Prinzip bei fallendem Zinssatz die umweltfreundlichen Energien in Vorteil geraten.

(Aus: L. Stadelmann: Nicht ausweglos!, Verlag Neues Leben)

ANZEIGE





„bestverwaltetes Wohnen ohne „Zinsknechtschaft"?

Anmerkungen zum Verhältnis von Trägerformen und Finanzierungsalternativen

Klaus Novy

Ich möchte im folgenden die These begründen, daß es eine strukturelle Korrespondenz zwischen bestimmten Trägerformen und Finanzierungsweisen gibt. In der Herausstellung der Einheit alternativer Finanzierung/Förderung und neuer Trägerform ist *eine* Voraussetzung für die Durchsetzung einer wohnungsreformpolitischen Strategie im Interesse der Nutzer gewonnen. Zur Begründung muß ausgeholt werden.

Drei Modelle der Wohnungsversorgung

Naturalwirtschaftlich gesehen fallen als Kosten des Wohnens an: die Bewirtschaftung des Bestandes und die Kosten des Neubaues bzw. der Modernisierung. Da der Wohnungszuwachs selten mehr als 2% des Bestandes ausmacht, fällt für die jeweilige Nutzergeneration eine - gemessen am im Bestand geronnenen Ressourceneinsatz - geringe Belastung an. Dieses sehr simple Bild kompliziert sich sofort in der einzelwirtschaftlichen Betrachtung. Dann nämlich fallen Kosten und Nutzen ungleich an, so daß es Zuordnungsregeln für die Allokation der Ressourcen und für die Distribution von Nutzungschancen bedarf. Hauptproblem dabei scheint mir zu sein, die Nutznießer des Bestandes, für die ja zunächst nur die Betriebskosten anfallen, auch zu den Kosten für den Neubau heranzuziehen. Da dies auf der Basis der Freiwilligkeit nicht verallgemeinerungsfähig ist, muß ein Ausgleich fest institutionalisiert werden. Dies kann entweder durch die politische Durchsetzung einer Pflichtsolidargemeinschaft (Recht auf Wohnung, Pflicht zur Solidarabgabe) oder durch ökonomischen Zwang in einem System der privaten Verfügung über Wohnungen (Ausschlußprinzip) erreicht werden. Idealtypisch lassen sich drei Ordnungsmodelle unterscheiden:

privatwirtschaftliche Wohnungsversorgung (pwWV): Hierbei zahlt der Wohnungsnutzer (neben den selbstverständlichen Bewirtschaftungskosten) nicht direkt zur Finanzierung des Neubaues (Vorwärtsfinanzierung), sondern trägt die Verbindlichkeiten ab, die auf dem Haus lasten, in dem er wohnt (Rückwärtstinanzierung). Dabei ersetzt er jedoch nicht bloß die stofflichen Baukosten, sondern trägt darüber hinaus die Verzinsung des Fremdkapitals, des Eigenkapitals des Hauseigentümers, die Entschuldungsgewinne sowie die Wertsteigerungen - und all dies unbefristet, unabhängig von den Tilgungs- und Abschreibungsterminen (vgl. Hirsch-Borst/Krätke 1981, S. 57ff). Dem Neubau dient dieser massive Umverteilungsprozeß von den Arbeits- zu den Besitzeinkommen nur dann, wenn der Wohnungsbau von allen Kapitalanlagemöglichkeiten als die rentabelste gilt.

wohnungswirtschaftliche Selbstverwaltung und Selbstfinanzierung (wwSVSF): Der gesamte Miethausbestand wird durch horizontal und vertikal gegliederte Selbstverwaltungskörperschaften verwaltet. Selbstfinanzierung heißt, daß aus den Einnahmen der Solidarmiete die Gesamtkosten gedeckt werden. Die Solidarmiete hat zwei Bestandteile: einen zur Deckung der Bewirtschaftungskosten, über deren Verwendung (nicht Höhe) Bewohnervereine entscheiden; und einen Teil, der zweckgebunden in einen zentralen Neubaufonds fließt, von wo aus die Mittel zinslos - im Sinne des Umlauf- und Transferprinzips der Sozialversicherungen - an die Orte größter Dringlichkeit fließen.

Wohnungsversorgung als staatliche Infrastrukturmaßnahme (WVstlM): Hierbei fallen Träger (Staat/Kommunen) und Nutzer, Finanzierungsströme und Nutzungsentgelte auseinander. Die Mieten werden politisch bestimmt. Idealtypisch erfolgt die Finanzierung gänzlich aus öffentlichen Mitteln; die Wohnungszuteilung administrativ.

In allen drei Modellen tragen letztlich die Nutzer die Kosten, als Steuerzahler oder als Mieter; jedoch unterscheiden sich die Finanzierungsketten und die darin eingebauten „Kosten" erheblich. Bedenkt man, daß bei der Kapitalmarktfinanzierung der pwWV allein die Zinsen historisch durchschnittlich 50 bis 70% der Miete ausmachten, so erkennt man, welch ein Verbilligungspotential allein in der Ausschaltung des Verzinsungszwanges gesehen werden muß. Hinzu kommen Entschuldungsgewinne, unrealistische Abschreibungen und Wertsteigerungen, die vom Mieter erbracht werden müssen. All diese Größen sind ja keine Kosten im volkswirtschaftlichen Sinne, sondern Einkommensansprüche aufgrund bestehender Besitz- und Vertragsverhältnisse.

Von den drei ordnungspolitischen Alternativen der Wohnungswirtschaft ist sie es, die am stärksten von den anderen Märkten und ihrer Entwicklung abgekoppelt ist. Verglichen mit der pwWV ist das sofort einsichtig, da hier die freie Preis- und Zinsbildung dafür sorgen, daß nur dann der Bau- und Wohnungssektor mit Kapital bedient wird, wenn es sich in anderen Branchen oder Ländern nicht mehr lohnt. In dieser Abhängigkeit vom Zinsniveau und Konjunkturverlauf liegt einer der Hauptgründe für die technische und sozialorganisatorische Rückständigkeit der Bauwirtschaft. Aber auch die WVstlM hängt durch ihre Finanzierung über Steuern viel stärker von der allgemeinen Konjunktur ab als die wwSVSF, die sich ausschließlich aus den Einnahmen der Solidarmiete finanziert. Letztere werden zwar aus den Einkommen der Mieter gespeist, stellen aber einen so elementaren Ausgabenposten dar, daß er in Notfällen durch die Arbeitslosenversicherung oder Sozialhilfe gesichert erscheint. So gesehen hat die wwSVSF die am wenigsten konjunkturempfindliche Finanzierungsbasis; und umgekehrt die besten Voraussetzungen für ein konjunkturunabhängiges, stetiges Bauprogramm. Seit mehr als einem halben Jahrhundert sieht man darin eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Verbilligung des Wohnungsbaues, für die Verstetigung der Konjunktur und für die wirtschaftliche und soziale Stabilisierung der Bauwirtschaft. In der wwSVSF sind die relativen Mieteinnahmen zweckgebunden und werden - solange Bedarf besteht - dem Wohnungsbau zugeführt. Wien hat in den zwanziger Jahren gezeigt, wie man durch eine solche Finanzierung - also durch Umverteilung, nicht Kreditaufnahme - auch aktive Konjunkturpolitik vermittels des Wohnungsbaues treiben kann (vgl. Novy 1979).

Noch einmal: Der Zusammenhang von Trägerform und Finanzierung

In der Umgehung des Kapitalmarktes liegt die entscheidende Option einer neuen Wohnungspolitik. Die Finanzierungsalternative eines Solidarfonds ist aber nicht auf der Basis eines Zusammenschlusses der Wohnungssuchenden aufbaubar, sondern setzt den internen „Risikoausgleich" zwischen denen, die schon eine Wohnung haben, und denen, die noch keine entsprechende haben, immer schon voraus. Der Aufbau einer Solidarfondsfinanzierung setzt also Trägerformen voraus, die über einen entschuldeten und von Verwertungsansprüchen befreiten Hausbestand verfügen *und* die eine Solidarabgabe sichern. Die Miete wäre dann nicht mehr primär Kapitaleinkommen sondern Transfer, der dem Neubau von Wohnungen dient, ohne daß dabei wieder Tilgungs- und Verzinsungsverpflichtungen anfallen. Das so reformierte System kann sich nicht nur reproduzieren, sondern auch selbstfinanziert expandieren. Jedes Trägermodell, das reformpolitisch ernstgenommen werden will, muß also die Doppelaufgabe übernehmen: Stillstellung der bestandsbezogenen Verwertungsansprüche einerseits, zum anderen aber (im Maße der Entschuldung und öffentlichen Förderung) Übernahme der Solidarverpflichtung gegenüber den anderen. Die bisherigen Modelle einschließlich des Stiftungsmodells übernehmen nur die erste Aufgabe und verkürzen damit ihre legitimatorische und reformpraktische Basis. Ihr Anliegen wird zu einem besonderen; ihre finanzielle Expansionsbasis ausschließlich die der staatlichen Zuschüsse und damit der „Staatsknete".

Einstiegsmöglichkeiten?

Ist die wwSVSF mehr als bloß abstraktes Modell? Gab oder gibt es Einstiegsmöglichkeiten?

Historisch gesehen haben sich Elemente der wwSVSF sowohl aus der Praxis der Wohnungsreformbewegung wie auch aus ihren Theoriedebatten entwickelt. Zu nennen wären:

- aus der Praxis des frühen kommunalen Wohnungsbaues (Freiburg, Ulm), wo sich zeigte, daß man öffentlich geförderte Wohnungen *dauerhaft* binden muß, soll der Subventionsaufwand Sinn haben;
- aus der Verwaltungspraxis der Wohnungsbaugenossenschaften: Im Maße der Entschuldung und Abschreibung werden Mittel für einen *internen Solidarfonds* zur Finanzierung von Neubauten frei;
- Stiftungen und die Einrichtung *revolvierender Fonds* (Freidorf bei Basel);
- die *Übertragung der Sozialversicherungsidee* auf das Wohnen (Reichswohnversicherung);
- Inflation, Mieterschutz und der Ausgleich von Alt- und Neubaumieten durch *Wohnbauzwecksteuern* (Wohnbausteuer im Roten Wien, Hauszinssteuer in Deutschland);
- Sozialisierungsdebatte und die Idee der *Bewohnergenossenschaften/Hausschaften;*
- gewerkschaftliche Gemeinwirtschaftsbewegung und der Versuch des Aufbaues einer *dreistufigen Wohnungsselbstverwaltungsorganisation* (sog. DEWOG-Bewegung).

Auf heute bezogen lassen sich die Einstiegsmöglichkeiten in die staatlich vermittelten und vorstaatlichen unterteilen. Zunächst zu den staatlichen:

Umstellung und Dauerbindung der öffentlichen Förderung: Die Dauerbindung öffentlich geförderter Wohnungen ist aus zwei Gründen von entscheidender Bedeutung. Erstens sollen die öffentlichen Mittel dauerhaft ihrem Zwecke dienen (Sicherung preisgünstigen Wohnraumes), was bei Privatisierung - wie schon die ersten Erfahrungen in Freiburg seit 1866 zeigten - auf keinen Fall gesichert werden kann. Zum zweiten aber könnte mit der Dauerbindung die Verpflichtung zu einer Solidarabgabe im Maße der Entschuldung verbunden werden, so daß die ursprüngliche öffentliche Förderung im Sinne eines revolvierenden Fonds schließlich den selbstfinanzierten Aufbau des gebundenen Sektors ermöglichen könnte. Statt sich zunehmend überflüssig zu machen, wird der Förderungsbedarf immer größer. Es ist auch nicht einzusehen, warum die öffentlich geförderte Eigentumsbildung eine spekulative Nutzung zulassen und von der Solidarverpflichtung gegenüber den Wohnungslosen entbinden soll. Daß hier in den Förderungsauflagen der entscheidende Ansatzpunkt zum Einstieg in die wwSVSF zu sehen ist, wird sofort sichtbar, überlegt man, über welch einen Bestand man verfügen könnte, hätte man alle Förderung seit 1945 an die Solidarverpflichtung gebunden.

Entschuldung und Vorkaufsrecht: Die Entschuldung ist die Voraussetzung für den Einstieg in die solidarische Vorwärtsfinanzierung. Die Entschuldung wird heute durch den häufigen Eigentümerwechsel verhindert, wodurch auch Wertsteigerungen realisiert und die Verschuldung hochgetrieben wird. Das dert und durch ein Vorkaufsrecht der Gemeinden oder Selbstverwaltungskörper ersetzt.

Sicherung der Entschuldungs-, Abschreibungs-, Wertsteigerungsgewinne: Im Sinne einer limitierten Kapitalanlage würde nur das Eigenkapital Anspruch auf eine fixe Verzinsung haben. Alle Entschuldungs-, Abschreibungs- und Wertsteigerungsgewinne würden zugunsten der Mieter verhindert oder als Abgabe an den Solidarfonds verallgemeinert. Organisatorische Voraussetzung wären Hausschaftsverwaltungen, die von Mietern und Eigentümern getragen werden müßten. Nur so wäre eine bürokratische Kontrolle zu verhindern; gleichzeitig der Anfang des Aufbaues von Selbstverwaltungsorganen gemacht.

Reform des gemeinnützigen Wohnungssektors:

- Entrümpelung der „Kostenmiete", die ja eine Gewinnmiete ist.
- Einführung von Bewohnerorganen mit Selbstverwaltungsfunktionen.
- Veränderung der Gemeinnützigkeitsbestimmungen, z.B. derart, daß die Baupflicht, die ja historisch zum Größenwachstum, zur Professionalisierung und Bürokratisierung beigetragen hat, ersetzt wird durch das Einhalten der neu gefaßten Kostenmiete und durch eine Abgabe in den Solidarfonds (zusammen Solidarmiete).
- Keine Privatisierung von Wohnungen, zumindest nicht ohne Bindung, d.h. Solidarverpflichtung je nach Stand der Entschuldung und Rückkaufsrecht.
- Zulassung des innerunternehmerischen Mietausgleichs unter Kontrolle der Mieterorganisationen und unter Einhaltung der neu gefaßten Kostenmiet- und Abgabebestimmungen.
- Wiederherstellung des örtlichen Bezugs der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen als Träger kommunaler Wohnungspolitik (heute erscheint das Abhängigkeitsverhältnis oft umgekehrt).
- Die erst im Nationalsozialismus eingeführte „Gleichschaltung" von Genossenschaften und gemeinnützigen Kapitalgesellschaften in einem Verband ist problematisch. Die Genossenschaften bräuchten eine eigene Interessensvertretung, vielleicht sogar - wie früher - gesellschaftspolitisch konkurrierende Verbände. Dies allerdings setzt Genossenschaften voraus, die sich ihrer Aufgaben und Interessen bewußt sind (vgl. Keßler 1981) und dies selbst durchsetzen.

Der Umsetzung der Idee der Bewohnergenossenschaft stehen die bestehenden Genossenschaftsorganisationen entgegen. Die gesamte Verbandsorganisation, die faktisch Monopolcharakter hat, sowie die zur Baupflicht zwingende Gemeinnützigkeitsregelung müßten verändert werden, so daß die Gründung von nicht-wachsenden Kleingenossenschaften bzw. Bewohnervereinen erleichtert wird. Die Baupflicht könnte ersetzt und der neu gefaßten Gemeinnützigkeit könnte entsprochen werden, wenn diese Kleingenossenschaften die neue Mietregelung der wwSVSF (keine Verzinsung des Eigenkapitals, kontrollierte Entschuldung) befolgen und als Mitglied in einem wwSVSF-Verband ihrer Solidarverpflichtung dadurch genüge täten, daß sie über eine Mietabgabe den verbandlichen Neubaufonds im Maße ihrer Entschuldung speisen würden. Auf diesem neugenossenschaftlichen Fundament könnte eine umfassende Verbandsorganisation aufgebaut werden, in den Funktionen vergleichbar mit den Verbänden und Hilfswirtschaften, die bei solchen Aufbrüchen meist entstanden sind und die Funktionen wie Materialbeschaffung, Entwurf und Bauplanung, Rechtsberatung, Finanzierung, Bildung und Förderung der „sozialen Wohnkultur" usw. für ihre Mitglieder übernahmen. Als Förderungsmodel wäre denkbar, daß sowohl die staatliche Förderung wie auch die zu fordernde Eigenbeteiligung (mit Kapital oder Arbeit) als neutralisiertes, zinsloses Vermögen einzubringen seien; dann könnte sofort mit der Zahlung einer Solidarabgabe in einen Neubaufonds begonnen werden. Damit wäre die Basis einer sich selbst finanzierenden Wohnungsversorgung gelegt, die in allen hier diskutierten Trägermodellen noch gar nicht ins Blickfeld gerät.

Unabhängig von allen politischen Durchsetzungsschwierigkeiten, von denen hier ganz abgesehen wurde, geraten nutzerbezogene wohnungspolitische Aktionen in ein strukturelles Dilemma: aufgrund der hohen Kosten und Komplexität der Materie ist die Organisationsbereitschaft gering; dieses Hindernis wäre nur zu überwinden, wenn es hinreichende Rechts-, Finanzierungs-, Bauberatungs- und Aufklärungsarbeit gäbe. Diese würde aber nur dann wirklich im Interesse der Wohnungssuchenden erfolgen können, wenn sie aus eigener verbandlicher Organisationsarbeit hervorginge. Diese Voraussetzung für die zu weckende Organisationsbereitschaft hat also selbst schon die Selbstorganisation der Betroffenen zur Voraussetzung. Die historisch erfolgreichen Initiativen, die sich auf Selbsthilfe berufen, haben - wie wir an anderer Stelle zeigen konnten (Novy/Uhlig 1981) - sich meist, gleichsam umweghaft, bestehender Schutz- oder Selbsthilfeorganisationen zur Lösung ihres wohnungspolitischen Problems bedient; Sport- und Gartenvereine, Konsumgenossenschaften, Arbeiterkrankenkassen, Mieterschutzvereine und die Berufsverbände wurden Kristallisationskerne von Wohnungsbaugenossenschaften. Von parziell vergleichbaren Institutionen („neue" Mietervereine, Netzwerk Selbsthilfe, SPI) gehen ja auch heute die Konzepte aus, die allemal Voraussetzung für die Mobilisierung in konstruktiver Richtung sind. Ob nicht doch aus der Geschichte zu lernen ist, etwa Umwege abzukürzen: die Vorweggründung einer Verbandszentrale, die alle jene, die anders wohnen/leben wollen, vertritt. Gegen geringe Beiträge würde erst eine konzeptionelle und propagandistische Zentrale aufgebaut, die Spezialisten schult und präzise Träger- und Finanzierungsmodelle neuer Wohnformen formuliert, um sie dann exemplarisch zu erproben.

Mit diesen Voraussetzungen hätte dann die Bewohneraktivierung eher Chancen. Gründen wir also eine Grand National der an Selbstverwaltung, neutralisiertem Wohnungseigentum und Solidarfinanzierung Interessierten. ■

(Aus 'Arch+', febr.1982)

Karin Kramer Verlag Berlin

Im herbst 1984 erscheint im Karin Kramer Verlag

Silvio Gesell und die Befreiung von Zins- und Staatsknechtschaft

Eine einführung in eine marktwirtschaft ohne kapitalismus? - In eine anarchistische wirtschaftstheorie und -praxis? - Auf jeden fall eine einführung in die probleme der zinswirtschaft und ihre folgen für ungezügeltes wachstum, arbeitslosigkeit, einkommensumverteilung usw. und in Silvio Gesells freiwirtschaftliche und akratisch-physiokratische alternative zu den kapitalistisch-patriarchalischen gesellschaften westlicher und östlicher variante. - Mit beiträgen und dokumenten von Günter Bartsch, Helmut Creutz, Dieter Suhr, Werner Onken, Karl Korsch, P.J. Proudhon, J.M. Keynes, Silvio Gesell und anderen.

Das Elend der Zinswirtschaft und Silvio Gesells Alternative

Die Funktion des Geldes und des Zinses

Im folgenden wollen wir versuchen, den zusammenhang von geldkreislauf und zins einerseits und arbeitslosigeit, wachstumszwänge und kapitalkonzentration andererseits auf dem hintergrund der Gesellschen geld- und zinstheorie darzustellen. Aus platzmangel kann das keine vollständige analyse sein; sie soll lediglich die bedeutung des geldes und des zinses für diese probleme aufzeigen.

URKOMMUNISMUS UND TAUSCHWIRTSCHAFT

In autarken produktionsgemeinschaften und reinen tauschwirtschaften sind die probleme des wachstums und der arbeitslosigkeit und natürlich auch der kapitalkonzentration (in ermangelung von kapital) unbekannt. In einem in sich geschlossenen wirtschaftssystem, wie z. b. in einer produktionsgenossenschaft einer sammler-jäger-horde oder einer bäuerlichen sippe, produziert jedes mitglied der gemeinschaft, was alle anderen mitglieder und dieses mitglied selbst benötigen - nicht mehr und nicht weniger. Sie arbeiten folglich auch genau so viel, wie zu dieser bedarfsdeckung notwendig ist (in den sammler-jäger-kulturen meist etwa 3 bis 4 stunden täglich, also 21 bis 28 stunden pro woche). Die verteilung und der austausch der produkte erfolgt teils nach überlieferten sitten und gebräuchen und nach den bedürfnissen der einzelnen mitglieder der gemeinschaften, teils nach geschätzter arbeitsleistung der einzelnen genossen, teils nach persönlicher zuneigung, aber ohne genaue gegenseitige aufrechnung des arbeitswerts dieser produkte. In diesen ur-kommunistischen gemeinschaften ohne wachstum gibt es keine "überproduktion" und keine "unterkonsumtion" und der begriff der 'arbeitslosigkeit' ist dort unbekannt.

Ähnlich verhält es sich in einer arbeitsteiligen dorf- oder stammesgemeinschaft, wo produkte zwar zur ware werden, weil sie auf einem markt gegeneinander ausgetauscht werden; aber diese waren werden ohne ein zwischenglied (geld) direkt gegeneinander ausgetauscht: ware gegen ware (W - W). Auch diese warenproduktion reichtet sich nach den unmittelbaren bedürfnissen der menschen dieser dorf- und stammesgemeinschaften: Es werden waren produziert, mit denen die primären bedürfnisse nach nahrung, kleidung, wohnung, wärme, liebe, sexualität, schlaf, spiel, rausch, ästhetik, sport, kommunikation und die sekundären bedürfnisse nach werkzeug, jagd-, fisch- und ackergeräten, nach vorratshäusern, kultstätten und -geräten, verteidigungswaffen usw., mit deren hilfe die primären bedürfnisse befriedigt werden können, also gebrauchs-güter für den sofortigen oder späteren gebrauch oder verbrauch. Das angebot dieser produkte und die nachfrage nach diesen gütern halten sich die waage, die warenproduktion entspricht dem warenkonsum. Trotz geringer wachstumsrate gibt es keine krise und keine arbeitslosigkeit; der wirtschaftskreislauf ist geschlossen.

Wie kommt es jedoch zur "überproduktion" bzw. "unterkonsumtion" in einer höher entwickelten volkswirtschaft mit der folge der erzwungenen arbeitslosigkeit?

Mit der "erfindung" des geldes!

GELD ALS STÖRFAKTOR DER WIRTSCHAFT UND MITTEL DER SPEKULATION

Die einführung des geldes in den güteraustausch hat zwar die entwicklung einer hochdifferenzierten, arbeitsteiligen und materiell reichen kultur ermöglicht, sie ist aber auch eine wesentliche ursache für störungen im wirtschaftsablauf. Denn wenn es durch die zwischenschaltung des geldes im austausch der waren (ware - geld - ware) möglich geworden ist, daß tausende von menschen nur autos herstellen, tausende andere nur stühle und tische und wieder andere nur brote, dann ist es schwer vorstellbar, wie alle diese produzenten plötzlich ihre produkte ohne geld untereinander austauschen könnten. Eine volkswirtschaft, die sich auf der basis des vom rein technischen standpunkt aus gesehen sehr praktischen tauschvermittlers geld entwickelt hat, ist auf diesen tauschvermittler auch angewiesen und von ihm abhängig. Denn würde sich dieser tauschvermittler aus dem wirtschaftskreislauf herausziehen, käme es zur katastrophe! Ohne geld könnten z.b. die arbeiter und unternehmer der autowerke nur mit den größten schwierigkeiten und unter erheblichem zeitaufwand ihr brot beim bäcker eintauschen, der vielleicht einen tisch benötigt, aber keine autoteile oder gar ein ganzes auto. Es müßte ein sehr umständlicher und langwieriger ringtausch veranstaltet werden. Es könnte auch jeder produzent seine produkte in zentralen kauf- und verkaufslagern gegen wertscheine abliefern und für diese wertscheine in derartigen lagern einkaufen. Aber auch hier geht es nicht ohne einen tauschvermittler. Ohne diesen könnten die autoproduzenten noch so hungrig sein, der bäcker könnte trotz einer hungersnot sein brot nicht verkaufen, wenn er selbst keine autoprodukte braucht und seinen mehllieferanten mit autoprodukten nicht bezahlen kann.

Verallgemeinernd können wir folgendes sagen: Wird geld aus dem wirtschaftskreislauf herausgezogen - z.b. weil die produzenten einen teil ihres einkommens in form des tauschmittels geld sparen wollen und zu diesem zweck geld "verschatzen", d.h. in truhen, matratzen, tresoren usw. aufbewahren (auch "strumpfsparen" genannt, wozu sich besonders gut das metallgeld der gold- und silberwährungen eignet) - dann entsteht eine nachfragelücke in diesem wirtschaftsprozeß: die wertmenge an waren, die diese sparer produziert haben, kann auf dem markt nicht abgesetzt werden. Das hat jedoch produktionsbeschränkungen mit arbeiterentlassungen zur folge.

Erst wenn sich die noch im umlauf befindliche geldmenge auf die gesamte angebotene warenmenge neu verteilt hat (es kommt zu einer neuen relation von geldmenge und warenmenge bei niedrigerem preisniveau), ist der wirtschaftskreislauf wieder geschlossen und die produktion kommt wieder ingang. Bis das geschieht, sinken jedoch die preise, was durchaus nicht positiv zu bewerten ist! Denn bei allgemein sinkenden preisen halten alle konsumenten, die es sich leisten können, mit dem kaufen zurück in der erwartung, zu einem späteren zeitpunkt preisgünstiger einkaufen zu können. Das verlangsamt den allgemeinen geldumlauf und drückt zusätzlich auf das preisniveau, alles nach der formel der quantitätstheorie des geldes

$$P = \frac{GM \cdot GU}{W}$$

In worten ausgedrückt: Allgemeines preisniveau (P) = geldmenge (GM) mal geldumlaufsgeschwindigkeit (GU) geteilt durch die angebotene waren- und dienstleistungsmenge (W). (Der leser möge beachten, daß in dieser formel von einer umlaufsgeschwindigkeit der waren nicht die rede ist! Warum? Weil der "umlauf" der waren - wie wir noch sehen werden - kein problem ist!)

Die verlangsamung des geldumlaufs verschärft die allgemeine wirtschaftsrezession und kann zum völligen zusammenbruch der volkswirtschaft führen. Firmen und ganze produktionszweige gehen pleite. Und nicht nur die preise der produkte sinken; auch die werte der produktionsmittel, die in form von wertpapieren, meist aktien, an banken und börsen gehandelt werden, fallen, manchmal auf einen bruchteil ihres ursprünglichen wertes. Das war die situation 1932/33, die mit 6 millionen arbeitslosen Hitler an die macht brachte, und ein ausdruck des wirtschaftspolitischen versagens der damaligen parteiführer von links bis rechts.

Es liegt auf der hand, daß jene menschen, die es sich leisten können zu sparen, aus diesem allgemeinen preisrückgang profitieren können: Wenn sie glauben, jetzt ist der tiefste punkt des preisrückgangs erreicht, kaufen sie für ihre gehorteten ersparnisse, für die sie einen bestimmten beitrag zum sozialprodukt geleistet haben, mehr güterwerte ein, als sie für dieses geld produziert haben! Sie erhalten ein arbeitsfreies oder müheloses einkommen aus spekulationen, die keine nützliche funktion für den wirtschaftsablauf haben. Spekulanten, die so zu geld gekommen sind, sind schließlich in der lage, an den tiefpunkten der wirtschaftskrisen ganze fabrikanlagen für "einen appel und ein ei" aufzukaufen. Durch das jetzt wieder in den wirtschaftskreislauf fließende geld steigt das allgemeine preisniveau und die konjunktur kommt wieder in schwung. Die billig erworbenen fabrikanlagen "arbeiten" wieder "profitabel", werfen den wertpapierbesitzern wieder dividenden und andere zinsen und renten ab und treiben die wertpapierkurse in die höhe - bis zur nächsten krise, wo das spiel von neuem beginnt. Durch das rechtzeitige kaufen und verkaufen von produktionsanlagen etc. werden einige wenige reicher und reicher.

An steigenden preisen bereichern sich jedoch nicht nur die finanzspekulanten, sondern auch die produktiven (mit fremdkapital arbeitenden) unternehmer. Weil die lohnerhöhungen immer hinter den preissteigerungen herhinken, machen die unternehmer extraprofite aus der differenz der kaufkraft der lohnabhängigen und den steigenden produktpreisen; diese differenz fließt in die taschen der unternehmer. Das märchen von der "lohn-preis-spirale" (erst steigen die löhne, dann müssen die unternehmer die preise erhöhen) ist eine unternehmerideologie, die empirisch widerlegt ist, auf die aber leider auch die lohnabhängigen immer wieder reinfallen. Die unhaltbarkeit dieser ideologie beweist aber auch schon die logik der quantitätsformel des geldes: Nicht die arbeiter oder gewerkschaften drucken das zusätzliche geld, das zu einem kaufkraftüberhang gegenüber der angebotenen warenmenge führt, sondern die notenbank. Sie und die hierfür mitverantwortlichen politiker sind die falschmünzer, die durch die geldausweitung die lohnabhängigen, die kleinen sparer und die konsumenten betrügen!

Vor der ära des "Keynesianismus" und "fiskalismus", bis in die 30er jahre hinein, als es außer der inflation regelmäßig auch phasen der deflation, des allgemeinen preisrückgangs gab, ist dieses auf und ab von konjunktur und krise von den finanzspekulanten nicht nur weidlich ausgenutzt, sondern auch inszeniert worden! Denn leute, die in diesem geschäft reicher und reicher werden, haben schließlich auch die finanzielle macht, ihr geld "arbeiten" zu lassen oder aus der wirtschaft herauszuziehen, um damit die gesamte volkswirtschaft in den bankrott zu treiben. Die machenschaften des finanzkapitalisten Morgan in den USA sind dafür ein typisches beispiel (P. Schwarz: Morgan, der ungekrönte könig der welt). Hier dient das geld nicht mehr als nützlicher tauschvermittler von produkten, die den menschen als gebrauchs- und verbrauchsgüter dienen, sondern güterproduktion und güteraustausch dienen jetzt vor allem den geldeigentümern, sich spekulationsgewinne zu verschaffen. Das verhältnis ware - geld - ware (W - G - W) hat sich in sein gegenteil verkehrt: geld - ware - geld (G - W - G), genauer: geld - ware - mehr geld (G - W - G')!

DER GELDZINS UND SEINE URSACHEN

Es liegt nahe anzunehmen, daß der wirtschaftskreislauf dadurch geschlossen und das preisniveau stabilisiert werden könnte, wenn die ersparnisse als kredite in die wirtschaft zurückfließen würden. Alle die menschen, ob einzelne personen oder gruppen (gesellschaften, genossenschaften, kommunen etc.), die kaufmittel benötigen, um ein geschäft zu eröffnen, um produktionsstätten aufzubauen oder auch nur, um ein auto oder eine wohnung anzuschaffen (güter, die sie jetzt benötigen und erst später bezahlen können), könnten sich das von den sparern und geldeigentümern nicht ausgegebene geld (was diese nicht jetzt, aber vielleicht später benötigen) ausleihen, für ihre zwecke ausgeben und so die nachfragelücke schließen. Die kreditgeber würden die gleiche wertsumme vom kreditnehmer zurückerhalten, wenn sie diese benötigen, um selbst etwas einzukaufen. Beide teile wären gerecht bedient und der wirtschaftsablauf geräte nicht ins stocken.

Das interessante ist nun - und hierin sehen Proudhon, Gesell, Keynes und andere kreislauftheoretiker die hauptursache für die misere der kapitalistischen marktwirtschaft -, daß der geldeigentümer sein geld garnicht so ohne weiteres rausrückt! Keynes erklärt das mit der "liquiditätsvorliebe" des bargeldbesitzers. Denn das jederzeitige verfügbarhaben von bargeld hat viele vorteile. Z.b. kann er jederzeit ein günstiges kaufangebot wahrnehmen, insbesondere aber den, spekulationsgeschäfte (siehe oben!) tätigen zu können. Diese vorteile läßt sich der geldeigentümer bezahlen: mit einer "liquiditätsprämie", die über die verwaltungskosten und die risikoprämie für die kreditgabe weit hinausgeht. Diese prämie ist das, was Gesell den "ur-zins" nennt: der ursprüngliche, der nettozins. Nur, wenn der kreditnehmer diesen zinstribut leistet, rückt der finanzkapitalist mit den von ihm gehorteten nationalen tauschmitteln heraus! Eine produktive arbeitsleistung wird für diese liquiditätsprämie vom geldgeber nicht erbracht; sie ist ein arbeitsfreies einkommen für ihn.

Daß sich der geldgeber überhaupt einen zins für das von ihm zur verfügung gestellte geld bezahlen lassen kann, hat noch einen besonderen grund, auf den sowohl Gesell wie auch Friedrich Engels (Anti-Dühring, s.283) hingewiesen haben: Das (gold-)geld läßt sich - im gegensatz zu allen anderen gütern (mit ausnahme des bodens!) - ohne nennenswerte unkosten für seinen eigentümer aus dem wirtschaftskreislauf herausziehen und verschatzen, horten! Neben seiner monopolistischen stellung als kauf-, tausch- und kreditmittel und in gewisser weise auch als wertmaßstab hat es also auch noch den entscheidenden vorteil vor allen anderen waren (außer dem boden, auf den wir noch zu sprechen kommen), daß es sich unter bestimmten umständen ohne verlust (bei stabilem preisniveau) oder gar mit gewinn (bei allgemeinem preisverfall) vom markt zurückziehen kann, während alle anderen (relevanten) waren einem angebotszwang unterliegen. So wird das korn des bauern von mäusen gefressen, wenn er es nicht bald auf den markt bringt. Früchte verrotten, wenn sie nicht mit hohen kosten haltbar gemacht werden, und auch dann verursachen sie noch lagerungskosten. Kleider, schuhe, hüte verursachen nicht nur lagerungskosten, sondern werden nach gewisser zeit unmodern und unverkäuflich. Die ware arbeitskraft muß sich auf dem markt anbieten, wenn ihr eigentümer nicht hunger leiden will. Und selbst das von menschenhand herstellbare produktivkapital, werkzeuge, maschinen, fabrikhallen, fahrzeuge, büroeinrichtungen usw., verursachen wartungskosten und werden durch technische weiterentwicklungen unbrauchbar und wertlos. Nur das geld - vorausgesetzt, wir haben keine ständige inflation -, der boden und die bodenschätze (von edelsteinen etc. können wir hier absehen) unterliegen keinem wertverlust, keinem "schwund" im laufe der zeit, und sie verursachen auch keine oder keine nennenswerte lagerungskosten! Die eigentümer aller anderen güter müssen diese zu markte tragen, wenn sie nicht draufzahlen wollen. Nur die eigentümer von zwei volkswirtschaftlich außerordentlich wichtigen gütern: geld und boden, brauchen das nicht! Ja diese güter werden sogar wertvoller, steigen im preis, wenn sie sie aus dem wirtschaftskreislauf herausziehen! Der wert des geldes steigt sogar in doppelter weise: es steigt seine kaufkraft und seine liquiditätsprämie!

Aus diesem, in der natur der dinge lie-

...n, qualitativen unterschied von ...und ware - man denke einmal an das ...verwüstliche gold als geld und an ...eicht verderbliche erdbeeren als ware! ...ergibt sich ein quantitatives un- ...gleichgewicht dieser güter auf dem ...markt. Der käufer mit dem gold in der tasche kann mit dem kaufen der beeren warten, bis ihn der hunger nötigt, sein bares auf den tisch zu legen. Den verkäufer nötigt nicht nur der hunger, seine beeren anzubieten, sondern auch die gewißheit, daß morgen alle beeren verdorben sind! Dieser naturgegebene unterschied machtes dem beerenbesitzer unmöglich, mit erfolg eine liquiditätsprämie zu verlangen, wenn er seine beeren auf kredit herausgibt. Die "prämie" liegt bereits in der tatsache, morgen oder übermorgen den gleichen gegenwert in gold für die heute hergegebenen beeren zu erhalten. Da das gold nicht verdirbt, erhält ihr eigentümer, wenn er es ausleiht, jedoch genau das als prämie auf dem kreditmarkt, was alle anderen güter im durchschnitt an wert verlieren. Nach Gesell beträgt diese rate etwa 5% im jahr. Hieraus resultiert nach Gesell die langfristige, durchschnittliche rate des urzinses von 5% (Die natürliche wirtschaftsordnung, s. 313ff.).

Da sich diese besondere qualität des goldes (Gesell ging bei seiner kritik des kapitalistischen geldes von der seiner zeit existierenden goldwährung aus) nicht verändern läßt, läßt sich dieser qualitative unterschied zur ware auch nicht quantitativ durch wettbewerb ausgleichen, sondern nur bis zu einer bestimmten unteren grenze beeinflussen. Diese grenze liegt bei 3% nettozins.

Vielleicht wird der leser hier die frage stellen, ob denn nicht ein tauschmittel gefunden werden könnte , das der ware qualitativ gleichgestellt wäre. Diese frage hat Gesell mit der forderung nach der abschaffung der goldwährung und der einführung eines "schwundgeldes" beantwortet (doch dazu später).

Der (ur-)zins ist - neben dem spekulationsgewinn - ein weiteres arbeitsfreies einkommen für den geldeigentümer und -verleiher, ein einkommen, das von anderen wirtschaftssubjekten im produktiven bereich der wirtschaft erarbeitet werden muß. Der zins fällt nicht vom himmel.

Doch was sind schon 5%?, wird der leser fragen. Ein grund zur aufregung? In der tat! Denn diese 5% tauchen nicht nur einmal auf im kreislauf des warenaustausches. Vom rohprodukt bis zum endverbraucher wird der wert der ware unzählige male mit diesen 5% zinsen belastet, so häufig, bis er etwa ein viertel des warenpreises ausmacht.

> Bei einer durchschnittlichen kapitalverzinsung von 10% (bodenrente + geldzins + der vom geldzins abhängigen kapitalrendite im engeren sinne) beträgt der durchschnittliche zinsanteil an den verbraucherpreisen (nach Helmut Creutz: Was hat der zins mit unseren krisen zu tun?) 48% (davon 4% grundrente). Im mietpreis, der einen relativ hohen anteil am arbeitnehmereinkommen ausmacht, beträgt der (brutto-) zinsanteil nach Klaus Novy sogar zwischen 50 und 70%, nach Creutz bis zu 80% (siehe graphik)!

Außerdem kann der industrie- und geldadel nicht nur über die monopolistische stellung des geldes und des bodens, sondern auch durch die zusammenballung und konzentration der produktions- und vertriebsmittel (konzerne, kapitalverflechtungen über aktien, kaufhausketten usw.) und der kreditanstalten (einige wenige großbanken) einfluß nehmen auf die gestaltung der warenpreise und kreditzinsen und somit wiederum auf die einkommensverteilung und konjunktur.

Wir sehen, daß die kapitalistische gesellschaft gerade das nicht ist, als was sie sich immer so gerne darzustellen versucht: eine leistungsgesellschaft. Jedenfalls ist sie es dort nicht, wo es um die verteilung des sozialprodukts nach geleisteter produktiver arbeit geht. Sie ist nur in sofern eine "leistungsgesellschaft", wo es darum geht, die lohnsklaven und andere vom kapital abhängige menschen zu höchstmöglicher arbeitsleistung anzutreiben, damit eine handvoll parasiten ein möglichst hohes unverdientes einkommen abkassieren können. Ex-protelet und knüppelsenator Lummer ist ein typischer vertreter dieser linie, wenn er mit betrug und brutaler staatsgewalt durchzusetzen versucht, daß die hausbesetzer, ebenso wie alle anderen mieter, außer den betriebs- und erhaltungskosten auch geld-, boden- und kapitalzinsen an die haus- und grundstückseigentümer zahlen - gleichgültig, ob die eigentümer darauf bestehen oder nicht (siehe Maaßenstraße 11 und 13 und Neue Heimat im november 82)!

In den USA ist dieser prozeß der zusammenballung von geld und macht bereits so weit fortgeschritten, daß Ferdinand Lundberg schon in den 60er jahren schreiben konnte: "Am ende werden sie noch die bananen-republik par exellence." (Die reichen und die superreichen, s.13).

> In den USA gehörten 1953 1,6% der bevölkerung 32% des privaten volksvermögens in form von aktien, obligationen, gebäuden und grundstücken usw. und allein 29,1% der barmittel! Die 10% reichsten bezogen von 1947 bis 55 27 bis 31% des sozialprodukts, während die 10% ärmsten der bevölkerung ganze 1% erhielten (s.24).

Das sind jene reichen bzw. armen in der BRD, die der "liberale" bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorf beschenken bzw. zur kasse bitten will - unter zustimmung des "christlichen" gewerkschafters Blüm! Hier zeigt sich deutlich, daß diese "volksvertreter" nicht die vertreter des ganzen volkes sind (wenn sie auch von der dämlichen mehrheit gewählt worden sind), sondern die aus steuermitteln - laut stern 39/1982 bezog der graf in der "sozial-liberalen" koalition ein monatseinkommen von 24 25o dm! - und indirekten bestechungen ("berater"-verträge, aufsichtsratposoten usw.) gut bezahlten handlanger einer winzigen oberschicht des volkes.

WACHSTUM UND KONZENTRATION VON GELD UND MACHT

Da die wenigen parasitären plutokratenfamilien, denen der größte teil dieser zinskosten der konsumenten als einkommen zufließt, diese riesigen einkommen nicht allein für ihren konsum ausgeben können und wollen, legen sie diese zum überwiegende teil immer wieder in zinsheckende objekte und projekte an. So werden diese familien durch zins und zinseszins reicher und reicher. Durch zins und zinseszins heißt: ohne eigene produktive leistung gegenüber jenen, die diese zinsen erarbeiten müssen.

Manche wenden ein, diese vermögen seien ja immerhin erarbeitet worden. Aber auch das stimmt nicht: der größte teil dieser zinsheckenden vermögen ist von ihren heutigen eigentümern ererbt worden. Die meisten heutigen kapitaleigentümer haben also auch in der vergangenheit nichts produktives geleistet, was wenigstens den anschein einer berechtigung ihrer heutigen hohne arbeitsfreien einkommen erwecken könnte.

Bereits 1899 schrieb die Berliner anarchozeitung Der sozialist (nr. 3), die durchaus "für eine mannigfaltigkeit des einkommens und der leistung" war, was noch heute bezüglich der einkommensverteilung durch den angeblich leistungsgerechten wettbewerb der kapitalistischen marktwirtschaft gilt:

> "Was heutzutage so genannt wird, ist durchaus kein freier wettbewerb der persönlichen kräfte, sondern ein unfreier gehemmter wettbewerb, ein struggle (qualvoller kampf/883) unter höchst unbilligen bedingungen. Was in ihm die siege herbeiführt, ist bei weitem seltener persönliche tüchtigkeit, als ererbter oder ergaunerter reichtum." "Treffend vergleicht der erwähnte 'sozialaristokrat' (der kritiker eines Häckels, um den es hier geht/883) die gegenwärtige wirtschaftliche 'ordnung' mit einem rennen, bei dem die mehrzahl zu fuß trabt, während viele auf fahrrädern verschiedener schnelligkeit sausen, andere hoch zu roß dahinfliegen, und einige wenige auf einem blitzzug durch dampfkraft dem ziel zusausen." Und obwohl "die fußläufer die größte arbeit leisten, bleiben sie doch am weitesten zurück - die arbeiter..."

Zum problem der konzentration von geld und macht kommt noch hinzu, daß diese parasitären familienclans auf dem hohen und flinken dampfroß - wie die feudalherren im mittelalter - so gut wie immer untereinander heiraten. So konzentriert sich das volksvermögen in immer weniger (meist schmutzigen) händen, womit die ökonomische und politische macht dieser familien - national und international - ständig zunimmt. Eine entwicklung vom grundbesitz- zum industrie- und geldfeudalismus?

Lundberg beschreibt das wachsen von reichtum und macht von 10 millionen dollar durch den zins bei einer verzinsung von nur 2,5% im jahr folgendermaßen:

> "Wenn man sie in steuerfreien wertpapieren anlegt, so werfen sie im jahr 250 ooo dollar ab. Übt der anleger von anfang an bescheidenheit und investiert diesen ertrag jährlich immer wieder auf dieselbe weise, so wird er im ersten jahr 6250 dollar bringen, im zweiten 12 5oo (die zinseszinsen der einfachheit halber unberücksichtigt gelassen), im dritten jahr 18 75o, im vierten 25 ooo, und so weiter. Im zehnten jahr wird dieser immer wieder investierte ertrag der ursprünglichen 10 millionen insgesamt 62 5oo dollar abwerfen, und zwar auf eine inzwischen angewachsene summe von 2,5 millionen dollar. Sie verdoppelt sich automatisch alle zehn jahre." (s.35)

Um die absurdität des zins- und zinseszinssystems in bezug auf das vermögenswachstum zu belegen, bringt Creutz ein anderes beispiel:

> "Hätte Karl der Große vor 1200 jahren ein sparbuch mit einem pfennig bei 5%iger jährliche verzinsung angelegt, so könnte sich der heutige besitzer dafür eine goldkugel in der größe der erde kaufen, und in 14 jahren (der verdopelungsrate bei 5%iger verzinsung) sogar zwei davon."

DIE RIEGELFUNKTION DES ZINSES

Nun könnten wir ja immerhin beruhigt sein, daß das finanzkapital seine einkommen wieder ausgibt und den größten teil auch noch in neuinvestitionen steckt. Aber erstens stimmt das garnicht; sie legen ihr geld durchaus nicht immer wieder in der wirtschaft an, nämlich dann nicht (wie wir oben gesehen haben), wenn die rendite nicht hoch genug ist. Und zweitens können wir auch garnicht darüber erfreut sein, wenn immer wieder neu investiert wird! Denn mit dem anwachsen dieser vermögen wachsen auch die zusätzlichen investitionen, werden immer neue fabrikanlagen, kraftwerke, flughäfen, kaufhäuser, mietskasernen mit einem quadratmeterpreis von 30 dm miete im monat usw. gebaut, werden immer mehr flüsse zu kloaken, immer mehr landschaften und städte zubetongiert, immer mehr menschen von der natur und den mitmenschen entfremdet, gesundheitlich gefährdet und zu konsumkrüppeln gemacht. Mit dem immer schnelleren anwachsen der großen vermögen durch spekulationen, zins- und zinseszins und steuerprivilegien nimmt auch das industrielle wachstum progressiv zu, d.h.: würde zunehmen, wenn es 1. nicht an natürliche grenzen stoßen würde, die heute offensichtlich erreicht sind, und 2. die mangelnde "grenzleistungsfähigkeit" das kapitals, oder, wie Marx sagt: der "tendenticlle fall der profitrate" dem im wege stehen würde!

Da durch die lang anhaltende nachkriegskonjunktur die kapazität von produktionsanlagen in einer weise zugenommen hat, daß diese durch ihren hohen ausstoß von konsumgütern auf ihre eigenen gewinnspannen drücken, wird jetzt der punkt erreicht, wo die unternehmer einen teil ihres unternehmerlohns (der anteil des gewinns, den der unternehmer als gehalt beziehen würde, wenn er sich in gleicher funktion als direktor verdingen würde) hergeben müßten, wenn sie neue kredite aufnehmen wollten, um zusätzliche investitionen zu tätigen. Zwar sinken mit den warenpreisen auch die kreditziensen, aber das hat eine grenze, und zwar bei etwa 3% nettozins. Der geldzins verhindert das, was Keynes die "vollinvestition" nennt: das gleichgewicht zwischen produktionsmittel-angebot (produktivkapital) und nachgefragten produkten (konsum- und investitionsgüter). Vorausgesetzt, die konsumenten wären mit dem zufrieden, was sie erreicht haben und wollten dieses nur noch ersetzen, dann wäre dieser zustand der idealfall einer stabilen, gleichgewichtigen und mengenmäßig nicht mehr wachsenden wirtschaft. Auch die industrie würde nur noch erhaltungsinvestitionen tätigen. Der zins ist jedoch ein "riegel" (Proudhon), der sich vor die beendigung dieses wirtschaftsprozesses zur vollinvestition schiebt: Die unternehmer sind wegen der niedrigen profitrate, genauer: wegen der geringen grenzleistungsfähigkeit jeder zusätzlich investierten kapitaleinheit, nicht mehr in der lage, die von den kreditgebern geforderten 3% zinsen zu zahlen. Die unternehmer nehmen keine kredite mehr auf und das gesellschaftlich notwendige kauf-, tausch- und kreditmittel verbleibt in den händen der reichen. Es fließt nicht mehr zurück in die wirtschaft, fehlt im wirtschaftskreislauf und es kommt zu absatzstockungen und arbeiterentlassungen, zur sogenannten rezession, in der wir heute mittend drinstecken.

Außer periodisch wiederkehrender wirtschaftskrisen, bewirkt die riegel-funktion des zinses noch etwas anderes: sie verewigt den kapitalzins, den zins, den das produktivkapital trotz seines ihm innewohnenden angebotszwanges (wenn wir einmal vom produktionsmittel boden absehen) abwirft. Denn ohne vollinvestition gibt es kein gleichgewicht zwischen dem angebot an produktionsmitteln und der nachfrage nach den von diesen produktionsmitteln hergestellten gütern, wie wir gesehen haben. Diese relativ günstigere stellung der produktionsmittel gegenüber den eigentümern anderer wirtschaftsgüter, z.b. der arbeitskraft, ermöglicht es den eigentümern dieses kapitals, aus ihm einen sondergewinn, die kapitalrente zu beziehen. Die größe der lücke im ungleichgewicht bestimmt die höhe der kapitalrente, die sich vor allem in den dividenden der großaktionäre ausdrückt.

Wie weit diese lücke zusammenschrumpfen darf, bestimmt der geldzins: wirft jedes zusätzlich investierte produktivkapital weniger als 3% rente ab, dann sind 3 oder gar mehr prozent kreditzinsen nicht mehr zu bezahlen und der wirtschaftsprozeß kommt, wie wir gesehen haben, zum stillstand. Das heißt jedoch, daß auch das produktivkapital sich nicht weiter vermehren kann und immer relativ knapp bleiben. Trotz seiner natürlichen vermehrbarkeit bleibt das produktivkapital immer so knapp, daß es langfristig und im durchschnitt einen zins abwirft. Wir sehen jedoch, daß dieser kapitalzins vom geldzins abhängig ist! (Hier geht es um den "urzins"; zu diesem nettozins kommen noch die etwa 1% bankunkosten und der inflationsausgleich für den kaufkraftverlust des kredits hinzu, was jedoch für die vollinvestition von untergeordneter bedeutung ist.)

Würde der geldzins unter die 3%-marke sinken und schließlich ganz verschwinden, dann würde weiter investiert werden und es schließlich zur vollinvestition kommen. Das bedeutet jedoch, daß auch der kapitalzins bis auf den nullpunkt sinken würde. Die wertpapierbesitzer würden langfristig und im durchschnitt keinen zins, kein arbeitsfreies einkommen auf kosten der produzenten mehr beziehen können, der kapitalrentner, wie Keynes sagt, "einen sanften tot sterben" (vorausgesetzt, sagt Keynes, der boden würde im sinne Gesells "verstaatlicht" werden; Allgemeine theorie der beschäftigung, des zinses und des geldes, s.302). Wenn kapitalismus nicht gleichgesetzt wird mit marktwirtschaft, sondern mit dem systemimmaneten drang nach kapitalisierung, d.h. rentabilisierung aller wirtschaftsgüter, dann würde das das ende des kapitalismus bedeuten!

DER GELDZINS ERZWINGT PROGRESSIVES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Wir könnten geneigt sein, dem geldzins immerhin die positive funktion der wachstumsbeschränkung zuzubilligen. So widersprüchlich das auch klingen mag, das wachstum braucht der zins jedoch zum überleben. Wenn bei einem wirtschaftlichen zusammenbruch durch den zins-riegel nicht mehr gearbeitet wird, dann werden auch keine gewinne mehr gemacht und das finanzkapital erhält auch keine zinsen mehr. Hier vernichtet sich der zins selbst! Das dilemma für die kapitalvertreter ist: wie kann die wirtschaft wieder angekurbelt werden, ohne auf den zins verzichten zu müssen? Durch permanentes wachstum! Denn permanentes wachstum heißt auch, ständig steigende nachfrage, und durch ständig steigende nachfrage läßt sich auch die lücke zwischen kapitalangebot und güternachfrage aufrechterhalten, die voraussetzung für die kapitalrente, die wiederum, wie wir gesehen haben, die voraussetzung ist für die fähigkeit der unternehmer, den geldgebern den geldzins zahlen zu können. Das geld des finanzkapitals fließt wieder in die wirtschaft und die durch den geldstreik des finanzkapitals entstandene nachfragelücke im wirtschaftskreislauf ist wieder geschlossen.

Doch diese politik erfordert nicht nur ein mengenmäßig gleichbleibendes, sondern ein ständig steigendes wachstum: eine wachstumsrate in diesem jahr von 5 auf 100 bedeutet ein wachstum von 5 prozent auf bereits 105 im nächsten jahr und so fort. Das absolute wachstum müßte progressiv zunehme - bei 5% sich alle 14 jahre verdoppeln -, um dem finanzkapital sein arbeitsfreies zinseinkommen zu garantieren.

Creutz hat dazu einige zahlenbeispiele gebracht: "Eine jährliche zunahme von 2,5% ergibt z.b. erst in etwa 28 jahren die erste verdoppelung und in 56 jahren eine vervierfachung des ursprünglichen wertes. Eine jährliche wachstumsrate von 5% aber ergibt in 56 jahren bereits eine vermehrung auf das 16-fache, und eine wachstumsrate von 10% sogar eine vermehrung auf das 256-fache!" Creutz bringt noch ein hübsches beispiel, das wir Euch nicht vorenthalten wollen:

> "Wenn ein haushalt heute über kühlschrank, fernseher, wasch- und spülmaschine, radioapparat und 10 glühlampen von 100 watt verfügt, dann müßte der gleiche haushalt, bei 5%igem jährlichen wachstum des stromverbrauchs, in 70 jahren (also in einem menschenalter) das 32fache, in 84 jahren das 64fache und in 98 jahren das 128fache der jeweiligen geräte benutzen (also 128 kühlschränke, fernseher usw. und 1.28o lampen von 100 watt). Bei einem 10%igen zuwachs würde die stückzahl im gleichen zeitraum fast ins astronomische wachsen, nämlich auf 16.384 stück eines jeden geräts und 163.84o glühbirnen pro haushalt!" (Gedanken über wachstum)

Übertragen auf atomkraftwerke, flughäfen und chemiewerke würde das die vernichtung der natürlichen grundlagen des menschlichen lebens auf diesem planeten bedeuten. Wälder gäbe es nur noch aus plastik; die flüsse wären stinkende pissrinnen...

Hier wird deutlich, daß das kapitalistische wirtschaftssystem an seine grenzen stößt und in widersprüche gerät, die systemimmanent - auf der grundlage des zinsmechanismus - nicht mehr zu lösen sind.

ALLES IM GRIFF AUF DEM SINKENDEN SCHIFF!

Bislang versuchte die wirtschaftspolitik - entsprechend dem Keynesschem rezept - den durch nachfragelücken entstandenen konjunktureinbrüchen durch staatsausgaben, zinssenkungen und geldvermehrungen entgegenzuwirken (nachfra-

olitik; siehe kasten: Pro und konta). Die vorweglaufende geldvermehrung konnte durch die folgende zusätzliche warenproduktion teilweise ausgeglichen werden, sodaß sich die inflationsrate in grenzen hielt. Die geldvermehrung und die inflationsrate sorgten für ein großes und relativ billiges kreditangebot (vom bruttozins müssen die inflationsrate und die bankunkosten abgezogen werden, um den reinen zins zu erhalten), die steigenden warenpreise erleichterten die tilgung der kredite ("politik des leichten geldes"). Doch dieses system hat sich heute totgelaufen. Die mittlerweilen ins gigantische gestiegenen staatsausgaben für rüstung, energieprojekte, infrastrukturen, bürokratie usw. verwandeln sich nicht in konsumgüterangebote, die diesen staatlich fabrizierten geldüberhang kompensieren könnten. Außerdem treibt die staatsverschuldung den nettozins in die höhe, ohne daß diese zinseinkommen für das finanzkapital wieder in die konsumgüternachfrage fließt. Hohe zinsen und stagnierende nachfrage der konsumenten trotz inflation führt dazu, daß auch die kreditnachfrage der unternehmer stagniert oder sogar zurückgeht.

Außerdem werden viele wirtschaftssubjekte zusätzlich zu den zinskosten noch mit den inflationskosten belastet. Wenn z.b. der bruttozins 60% der miete einer wohnung oder eines gewerberaums ausmacht, dann sind davon ungefähr 30% für den kaufkraftverlust zu bezahlen, den der kredit erleidet, den der hausbesitzer der bank schuldet. Denn in den hohen hypothekenzinsen von 12 bis 13% ist die inflationsrate von 5 bis 6% mit enthalten. Der kaufkraftverlust des kredits durch die inflationäre geldentwertung wird voll auf die kreditnehmer abgewälzt, die ihrerseits diese kosten an die konsumenten weitergeben.

Um den druck zunehmender inflationärer tendenzen herr zu werden, werden über den diskontzins der notenbank die kreditzinsen der privatbanken angehoben, was die unternehmenr zwar veranlaßt, weniger kredite aufzunehmen, wodurch weniger geld in den wirtschaftskreislauf kommt; um die konjunktur wieder anzukurbeln und um die staatsausgaben und zinslasten finanzieren zu können, wird jedoch über die notenpresse und staatsverschuldung und (durch die politik der festen wechselkurse) über den ungehemmten zufluß inflationistischen geldes aus dem ausland der geldumlauf immer mehr ausgeweitet. Verkürzt gesagt: Um die inflation zu bremsen: hohe zinsen - um die steigenden zinslasten bezahlen zu können: steigendes geldvolumen. Das resultat: Die hohen zinsen drosseln zwar die investitionen, aber auch die konjunktur, und die inflation geht lustig weiter. "Stagflation" wird dieser zustand genannt.

Würde kein zusätzliches geld in die wirtschaft gepumpt werden, dann würde sich jedoch die rezession beschleunigen, mehr arbeiter würden entlassen werden, das konsumenteneinkommen und die konsumgüternachfrage sinken usw. etc. pp.

Durch das weitere ansteigen der preise bei stagnierenden löhnen, was zum absinken der realen kaufkraft der konsumenten führt, und durch die sinkenden masseneinkommen durch kurzarbeit und entlassungen geht der konsum zurück, was die unternehmer veranlaßt, weniger zu investieren. Dadurch geht auch die investitionsgüternachfrage zurück, was auch in diesem bereich zu entlassungen und zur verminderung der konsumentennachfrage führt und so fort. Das ist der negative miltiplikatoreffekt der Keynesschen konjunkturpolitik.

Hinzu kommt noch das problem der verschuldung der entwicklungsländer und ostblockstaaten. Ein mann, der es wissen müßte, Kurt Richebächer, ehemaliger generalbevollmächtigter der Dresdner bank, prophezeite voriges jahr in einem stern - interview, daß es bei zahlungsunfähigkeit einer dieser nationen zu einer kettenreaktion von bankenzusammenbrüchen und damit zu einer situation kommen könnte ähnlich dem Schwarzen freitag 1929, der den beginn der damalichen großen weltwirtschaftskrise einleutete; die heutige rezession sei nur das vorspiel zu einer neuen großen weltwirtschaftskrise. Davon wäre das exportland BRD, ähnlich wie 1929 bis 33, besonders hart betroffen. - Das morgenrot einer neuen revolutionären situation? Jedenfalls (und da hilft auch kein Lambsdorff und kein Kohl):

DEUTSCHLAND, DEUTSCHLAND, ALLES IST VORBEI!

(Da kann man nicht meckern!)

WACHSTUM ODER KRIEG - DIE SYSTEMKONFORMEN AUSWEGE AUS DER KRISE

Vor der ära des Keynesianismus lösten sich diese probleme naturwüchsig und von ganz alleine: eben durch die krise selbst. Indem das spekulative finanzkapital am tiefpunkt der krise die ins bodenlose gesunkenen aktienwerte für ein trinkgeld aufkaufte, floß das erste geld wieder in die wirtschaft, die aktienkurse zogen wieder an, mehr geld floß in die wirtschaft und sie kam langsam wieder in schwung. Das produktivkapital warf wieder dividenden ab und die arbeiter hatten wieder arbeit (d.h., sie durften diese dividenden wieder erschuften). Die welt schien wieder in ordnung zu sein - bis die profitrate, die grenzleistungsfähigkeit des kapitals wieder zurückging und bei der 3-prozent-marke das spiel von vorne begann. Das ist der sich ständig wiederholende krisenzyklus der kapitalistischen marktwirtschaft, seiner marktwirtschaftlichen form, wie sie die "monetaristen", die neuen und doch so alten, konservativen geldtheoretiker vom schlage des nobelpreisträgers Milton Friedman heute gerne wieder hätten und wie sie im prinzip z.m. in England, USA und Chile praktiziert wird ('angebotspolitik';

> Im Zeitalter der kostspieligen Verteidigung gibt es ein riesiges und steuerbegünstigtes Establishment von Rüstungsfabrikanten, die konstant hohe Gewinnraten fordern — bis zu vierzig und fünfzig Prozent — wenn es um die Entwicklung neuer Waffensysteme geht. Auch in der Städteerneuerung liegt ein breites und sehr gewinnträchtiges Betätigungsfeld, wenn das wirtschaftliche Herz der Großstädte erneuert werden soll.
>
> Ferdinand Lundberg: Die reichen und die superreichen

Durch staatsausgaben für die rüstung kann eine krise überwunden oder ihr ausbruch hinausgeschoben werden. Während der US-präsident Roosevelt mit seinen friedlichen New Deal-maßnahmen die depression der 30er jahre lediglich lindern konnte, hat Hitler mit seiner rüstungspolitik die arbeitslosigkeit im Deutschen reich restlos beseitigen können. Dazu dienten - wie in USA - monetäre maßnahmen (die Schachtschen mefo-wechsel), aber sie griffen, weil die in der rüstungsindustrie angelegten kredite dividenden und andere profite versprachen, die der private konsumentenmarkt nicht bieten konnte.

Vor allem aber durch einen krieg kann dem ausbruch einer krise zuvorgekommen werden. Er vernichtet kriegsmaterial, was steigende staatsaufträge garantiert, und er vernichtet produktivkapital, was dem finanzkapital neue anlagemöglichkeiten eröffnet und wegen der kapitalknappheit hohe renditen verspricht. Ein großer krieg ist jedoch auch für die plutokraten riskant geworden. Er würde auch ihr leben gefährden und im falle ihres überlebens die existenz auf einem radioaktiv verseuchtem, toten planeten ohne lohnsklaven und künstlich aufgegeilte konsumenten zur hölle machen. Hier sitzen sie wahrhaftig mit allen anderen in einem boot! Statt dessen gibt es 1. viele kleinkriege in der welt und 2. die rasante technische entwicklung, die alle waffensysteme immer teurer werden und immer schneller veralten läßt, was es der rüstungslobby leicht macht, beim staat immer wieder und immer mehr milliarden für neue waffen locker zu machen, die mit hohen gewinnspannen an den steuerzahler verkauft werden können, ohne daß dieser gefragt zu werden braucht. Damit erübrigt sich fast ein krieg! Die technische entwicklung macht die von ihr entwickelten waffen selbst zu schrott, die nachfrage ist nicht zu bremsen...

Ein anderer ausweg, die kapitalistische wirtschaft ingang zu halten, ist die "projektemacherei" (Marx) in den sogenannten "entwicklungsländern". Außerdem konnte bislang das finanzkapital viel geld gewinnbringend in den sogenannten "kommunistischen" ländern anlegen. Doch seitdem viele länder der Dritten welt faktisch zahlungsunfähig geworden sind und auch die "kommunisten" die zinsen und tilgungsraten an das westliches finanzkapital nur noch zum teil aufbringen können - nicht mehr zahlbare zins- und tilgungsverpflichtungen werden bereits zu neuen krediten gemacht ("umschuldung"), die ebenfalls verzinst werden müssen! -, und seitdem die machthaber in Polen die arbeiter bereits mit maschinenpistolen zwingen müssen, für das westliche finanzkapital zu schuften, ist auch hier nicht mehr das große geschäft zu machen. Weder westliche noch östliche militärdiktaturen können heute noch den profit und die zinsknechtschaft garantieren. Das zeigt die rebellierende polnische arbeiterklasse.

Heute wird der ausweg aus der krise in immer absurderen anlageprojekten im inland gesucht, die der staat zu schaffen und zum teil auch zu finanzieren hat, womit er sich beim finanzkapital noch verschuldet und durch seine gewaltige kreditnachfrage die zinsen auf dem privaten kapitalmarkt in die höhe treibt. Die staatsverschuldung beträgt in der BRD bereits 700 milliarden dm, was jedem bürger der BRD - vom säugling bis zum greis - etwa 1000 dm an zinsleistungen im jahr kostet (Onken). Diese rund 60 milliarden zinsen im jahr für die handvoll plutokraten kann der staat mit seinem gewaltapparat relativ risikolos bei den steuerzahlern eintreiben.

Weil sonst angeblich "die lichter ausgehen" würden, werden mit staatlichen subventionen und staatlicher gewalt für milliarden lebensbedrohende atomkraftwerke errichtet bei einer zu erwartenden wachstumsrate von noch nicht einmal 0% und (laut ARD vom 7.9.82) einen elektroenergie-überschuß von 50%! Millionen werden verschwendet für das ökonomisch nutzlose projekt Startbahn west bei Frankfurt. Für milliarden soll der Rhein-Main-Donau-kanal weitergebaut werden, laut verflossener Schmidt-regierung das unsinnigste projekt dieses jahrhunderts, vergleichbar dem turmbau von Babel. Um den boden und den wohnungsmarkt voll in die kapitalverwertung zurückzuführen, werden in den städten teure sanierungsprojekte durchgeführt, die die urbane und soziale umwelt der menschen zerstören und den mietern bald die hälfte ihres nettoeinkommens durch hphe mieten kosten werden. Das bei sinkendem realeinkommen der unteren bevölkerungsschichten!

Reichen die durch die staatsverschuldung hochgetriebenen zinsen immer noch nicht aus, das geld der plutokraten und großen "verdiener" in den wirtschaftskreislauf zu locken, dann bekommen diese geier noch zusätzlich subventions- und steuergelder aus der staatskasse geschenkt. So werden z.b. zahnärzten mit einem bruttoeinkommen von 12 535 dm im monat (durchschnitt von 1975; Bundesministerium für arbeit und soziales 1980) und ähnlichen gestalten durch steuergeschenke ganze mietshäuser übereignet (siehe Cuvry bote: Das geschäft mit der sanierung, oder Ulsen/Clnassen: Das abschreibungsbuch), leuten also, die z.b. mit überzogenen und z.t. gefälschten abrechnungen unsere krankenkassen plündern, wie z.b. der ärztefunktionär dr. Jürgen Maier aus Bayern (Spiegel 31/82). Über den hohen mietzins dieser häuser zahlen die versicherten (facharbeiterbruttolohn 1975: 1.999 dm im monat) diese beträge noch einige male in die großen taschen dieser kleinkapitalisten - die klientel der F.D.P., des herrn Genscher und grafen Lambsdorff. Das ist die wirtschaft, die uns die machthaber als "soziale marktwirtschaft" verkaufen wollen. Sie ist weder eine soziale, noch eine marktwirtschft. Sie ist eine staatlich gelenkte und staatlich subventionierte monopol-wirtschaft, die vor allem den zins- und rentabilitätsinteressen des finanzkapitals zu dienen hat.

... UND DEN NACKTEN IN DIE TASCHEN GREIFEN!

Da die zinslasten durch die staatsverschuldung untragbar zu werden drohen, verordnete die Kohl-regierung sparmaßnahmen. Großzügigerweise hat sie bei sich selber angefangen: die ministergehälter werden um 5% gekürzt. Eine lächerliche summe von 1ooo dm bei einem gehalt von ungefähr 20.ooo dm im monat. Statt sich das fehlende geld dort zu holen, wo es im überfluß vorhanden und ohne arbeitsleistung zusammengeflossen ist: bei den geld-, boden- und kapitaleignern, werden die ausgebeuteten zur kasse gebeten. Statt das bargeld zu besteuern und die bodenrente abzuschöpfen, wie es Gesell vorgeschlagen hat, kommen die herrschenden auf keine andere idee, als das fehlende geld bei der masse der konsumenten durch die erhöhung der mehrwertsteuer zu beschaffen, oder bei den omas in den altersheimen durch den schäbigen versuch der taschengeldkürzung. Das ist der staat, den uns die herrschenden als "sozial"-staat verkaufen wollen. Wir können ihm nur als verlängerten arm der plutokraten begreifen.

KAPITALISTISCHE WIRTSCHAFTSKRISE IM "REAL EXISTIERENDEN SOZIALISMUS"

Und wie sieht es im "realen sozialismus" aus?

In Ungarn haben sich die "marxistischen" machthaber auf den kapitalismus besonnen! "Kapitalismus ohne privateigentum" nennen sie ihre neue ökonomische politik (Spiegel 52/1982). Und sie hat früchte getragen: erst wirtschaftlicher aufschwung und staatsverschuldung beim westlichen finanzkapital, dann krise und zahlungsschwierigkeiten. Diese produktionssozialisten (Noebe) schaffen es nicht, ihren produktionsfetischismus über bord zu kippen, was ihren verstand blockiert. So fällt Havasi, Nyers, Liska und genossen nichts anderes ein, als vom stalinistischen hafen abzulegen, um im kapitalistischen festzumachen. Um dort konkurs anzumelden?

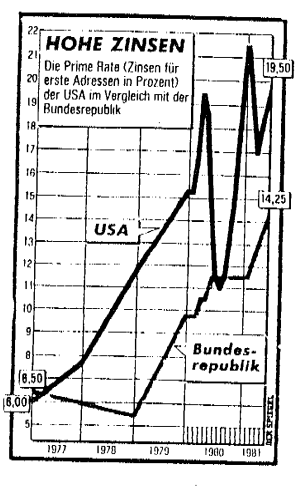
Wie wäre es denn mal mit 'marktwirtschaft ohne kapitalismus'?

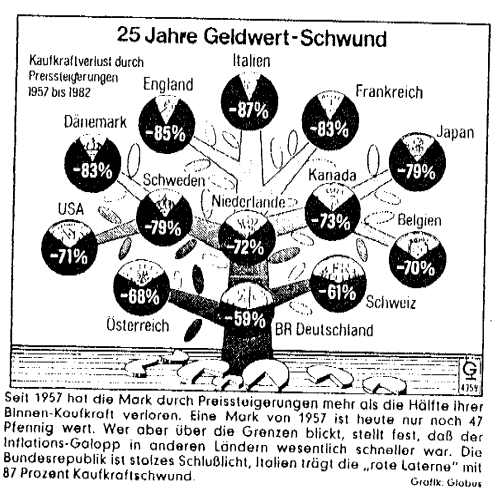
Im "sozialistischen" Polen versuchen die "marxistischen" machthaber die krise mit einer militärdiktatur zu bewältigen, nach dem vorbild Trotzkis: "militarisierung der arbeit", - ohne erfolg: die produktivität ist nach dem putsch noch rapieder zurückgegangen und die armut noch größer geworden (u.a. raport im Spiegel 41/82). Dieser von Marx verurteilte "Bonarpartismus" ist nichts weiter als ein blutiger treppenwitz der weltgeschichte: Der "kommunist" Jaruzelski und seine "arbeiterpartei" lassen für die interessen des westlichen finanzkapitals auf werktätige schießen, weil diese nicht mehr bereit sind, wegen fetischistischer wahnvorstellungen über die notwendigkeit industriellen wachstums, wie sie in den köpfen einer winzigen, besserwisserischen und machtgierigen, extremistischen minderheit des polnischen volkes herumspucken, in den ideologisch verkleisterten hirnen der obersten parteihierarchie und ihrem stiefelleckendem büro- und bonzokratenanhang, frondienste für diese westliche finanzplutokratie zu leisten! Für jene klasse also, die diese "avandgarde der arbeiterklasse" zu bekämpfen vorgibt, im interesse eben jener arbeiterklasse, die die schnauze voll hat von diesen arroganten versagern in "marxistischer" wirtschaftspolitik.

Im april meldete die Tagesschau, daß die polnischen genossenschaftsfischer ihr fangsoll um 400% übererfüllt hätten, die läden seien jedoch leer: 60% der fische verfaulten in lagerhäusern, weil die staatlichen vertriebsstellen nicht in der lage seien, die verteilung an die verbraucher zu organisieren!

Auch in Polen gilt die parole:

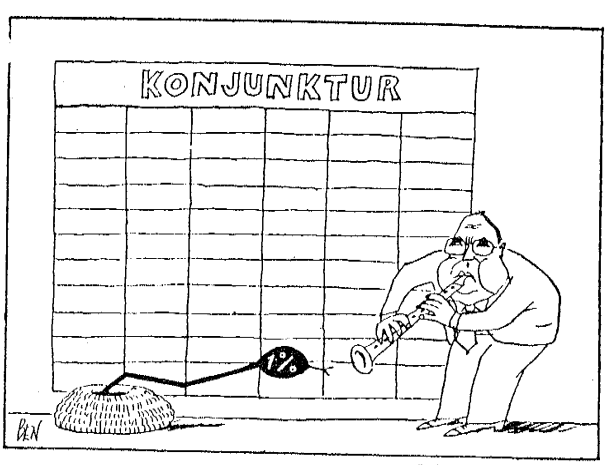
WEG MIT DEM SCHEISS SYSTEM!





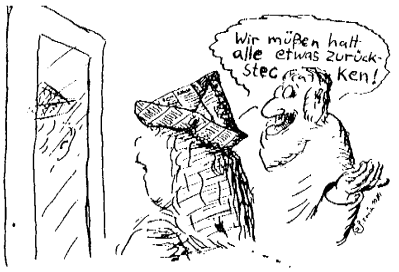
Seit 1957 hat die Mark durch Preissteigerungen mehr als die Hälfte ihrer Binnen-Kaufkraft verloren. Eine Mark von 1957 ist heute nur noch 47 Pfennig wert. Wer aber über die Grenzen blickt, stellt fest, daß der Inflations-Galopp in anderen Ländern wesentlich schneller war. Die Bundesrepublik ist stolzes Schlußlicht, Italien trägt das „rote Laterne" mit 87 Prozent Kaufkraftschwund.

Grafik: Globus



Die Freiland-Freigeld-Lehre Silvio Gesells

Wie hat sich Silvio Gesell eine alternative vorgestellt zur oben beschriebenen misere des staatlich subventionierten privatkapitalismus und des "Real existierenden sozialismus", in dem, wie Rudi Dutschke einmal sagte, alles real ist, nur nicht der Sozialismus? Gesell dachte an eine gesellschaft ohne staatsorgane und justiz auf der grundlage einer marktwirtschaft ohne krisen und ohne zins- und spekulationsgewinne erpressende monopole. Die wichtigsten monopolistischen wirtschaftsfaktoren, aus denen sich zusätzliche monopole entwickelt haben, sind nach Gesell das geld, der boden und die bodenschätze. Zunächst ein kurzer abriß zu Gesells bodenreform.



DIE BODENRENTE IN DIE HAND DER MÜTTER UND KINDER!

Wie hat sich Gesell die aufhebung des bodenmonopols und des bodenzinses im interesse der produzenten vorgestellt? Da sich das naturprodukt boden durch menschenhand faktisch nicht vermehren, nur verbessern und intensiver nutzen läßt, wird relativ fruchtbarer, günstig gelegener oder gar mit bodenschätzen versehener boden seinem benutzer immer einen ökonomischen vorteil vor weniger begünstigten bodenbesitzern auf dem markt verschaffen. Das drückt sich in einer monopol- oder differenzialrente aus, in einem arbeitsfreiem einkommen also. Da sich der bodenzins - anders als der kapitalzins! - durch menschliche arbeit, reichliches angebot und wettbewerb auf dem markt nicht beseitigen läßt, bleibt nur die frage, an wen dieses nach dem leistungsprinzip ungerechtfertigte einkommen abgeführt werden soll: an den, der der eigentümer des bodens ist; an den, der den boden produktiv nutzt; an die mitglieder der gesellschaft, die durch ihre arbeit für den hohen tauschwert des bodens sorgen; oder an mitglieder der gesellschaft, die wegen ihrer jugend, ihres alters, wegen krankheit usw. nicht in der lage sind, für ihren unterhalt selbst zu sorgen? Gesell entschied sich für die mütter und kinder.

Er schlägt die überführung allen bodens - sowohl der bodenfläche wie der -schätze - in gemeindeeigentum vor; die mütter oder frauen dieser gemeinden verwalten den boden nach sozialen, städtebaulichen und wirtschaftlichen gesichtspunkten. Nach diesen gesichtspunkten wird der boden an meistbietende verpachtet. Dadurch erhält jeder die gleiche chance auf zugang zum boden, der boden kann nicht von privaten aus dem verkehr gezogen werden, er wird in der regel von den tüchtigsten optimal genutzt, es kann eine sinnvolle städteplanung betrieben werden usw, und es wird eine optimale rente erzielt, die als pacht den müttern und kindern der gemeinde zufließt. Sie erhalten ein kindergeld, das ihnen keine regierung und kein parlament kürzen kann: es ist unantastbar.

Mit dieser radikalen bodenreform wollte Gesell nicht nur die optimale ausnutzung des bodens erreichen, sondern auch den müttern einen gerechten lohn für ihre gesellschaftliche leistung der kinderaufzucht zukommen lassen. Schließlich seien sie es, so meint Gesell, die mit dem kinderreichtum für den reichtum der gesellschaft und die hohe und steigende bodenrente sorgen würden. Desweiteren wollte er sie mit diesem einkommen von der materiellen abhängigkeit von den leiblichen vätern ihrer kinder befreien. Schließlich versprach er sich von dieser materiellen unabhängigkeit einen biohygienischen effekt in bezug auf die arterhaltung und genetische höherentwicklung der menschlichen gattung.

Durch ihre materielle unabhängigkeit von den leiblichen vätern ihrer kinder seien sie nicht mehr (wie zu Gesells zeiten, er starb 1930) auf einen, wie es damals hieß: "ernährer" angewiesen. Sie würden sich dann die väter für ihre kinder, so meinte Gesell, nicht mehr nach ökonomischen gesichtspunkten aussuchen. Statt darauf angewiesen zu sein, dumme, häßliche und unsymphatische männer heiraten zu müssen, weil diese wohlhabend seien oder eine gutdotierte stellung hätten, könnten sie nun - auch ohne verheiratet zu sein - mit jenen männern kinder haben, die sie lieben, die intelligent, symphatisch, schön und gesund sind und persönliche leistungen erbringen, gleichgültig, ob sie geld haben oder nicht. Die faktoren geld, reichtum, renteneinkommen, erbschaftserwartungen usw. wären aus dem genetischen selektionsprozeß ausgeschaltet und die natürlichen, wie liebesfähigkeit, spontane solidarität, intelligenz usw., bekämen wieder eine größere bedeutung.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die anlagen zu liebevollem, spontanem, solidarischem und intelligentem verhalten ein abstammungsgeschichtliches erbe des Homo sapiens aus seiner primatennatur (überlange brutpflege und geselliges leben) und seiner langen sammler-jäger-vergangenheit in anarchistisch-urkommunistischen gemeinschaften sind; sie werden im sozialisationsprozeß einer kultur nicht erzeugt, sondern entwickelt und entfaltet, soweit eine kultur dafür die voraussetzungen bietet. Gleichgültig, ob Gesell mit seiner einschätzung richtig liegt, daß eine freie gattenwahl der frauen zu einer positiven "zuchtwahl" führen würde, kann der gedanke einer weiterentwicklung dieser eigenschaften nicht nur im kulturellen sozialisationsprozeß (der immer an seine biologischen grenzen stoßen wird), sondern auch in einem bewußt gesteuerten biogenetische prozeß unter den bedingungen einer "lebensbejahenden" (Erich Fromm) kultur nicht einfach als absurd, verdammenswert oder gar faschistisch abgetan werden. Den biologischen domestikationsprozeß der menschlichen art unter den heutigen, der menschlichen natur entfremdeten kulturellen bedingungen ("destruktive kultur"; Fromm) aufzuhalten, wird bald eine unausweichliche notwendigkeit werden. Die lösung dieses problems dürfen wir nicht den konservativen und faschisten überlassen!

In der utopie einer staatslosen neuen gesellschaft, die er "akratie" nennt, schildert Gesell, wie frauen ohne männer in frauengemeinschaften zusammen wohnen, leben und arbeiten. Manche haben kinder, zum teil von verschiedenen männern, andere gehen einem beruf - auch männerberufen - nach. Sie verwalten nicht nur den boden, sondern auch die währung. (Der abgebaute staat) Hier nahm Gesell bereits in den 20er jahren die idee von frauenwohngemeinschaften vorweg, wie sie heute allenfalls in ansätzen vorhanden sind!

> Bei einer vergesellschaftung und freien verpachtung des gesamten bodens der BRD würde bei einem von Paul Fischer (nach untersuchungen von Wolfram Engels und mitarbeitern, dem Statistischen bundesamt und der Deutschen bundesbank) geschätzten gesamtwert von 1.900 milliarden mark im jahre 1980 und einem pachtzins von nur 5% im jahr jedes kind bis zum 18. lebensjahr eine beihilfe zum lebensunterhalt in höhe von etwa 530 mark im monat erhalten. Wenn wir den bodenanteil der öffentlichen haushalte (gesamtwert 1980: 2.523 milliarden dm) von der verpachtung ausnehmen würden, verblieben immer noch mehr als 460 mark im monat für die kinder und jugendlichen, die gegenwärtig als arbeitsfreies einkommen den privaten grundeigentümern zufließen: 1980 insgesamt rund 82,4 milliarden dm!

Selbstredend, daß die "mutterrente" auch denjenigen männern zufließen sollte, die die mutterrolle übernehmen. Außerdem sollten ab einem bestimmten alter die kinder und jugendlichen selbst über ihre rente verfügen können. Dann sind sie ebenso unabhängig von ihren müttern und vätern, wie sonst nur ihre mütter von ihren männern. Auch die kinder und jugendlichen wären dann nicht mehr materiell erpreßbar und der willkür despotischer oder gar gewalttätiger eltern ausgeliefert. Wenn sich die eltern mit ihren kindern nicht freundschaftlich arrangieren, dann könnten die kinder und jugendlichen aus dem elternhaus ausziehen und mit anderen erwachsenen ihrer wahl oder mit gleichaltrigen in kinder- und jugendkommunen zusammenleben.

DAS GELD ABSCHAFFEN?

Das wären also in groben zügen die grundgedanken Gesells zur lösung des bodenrenten-problems. Was soll jedoch mit dem geldzins geschehen? Das naheliegende wäre, das geld abzuschaffen. Ohne geld kein geldzins, ohne geldzins kein kapitalzins, keine wirtschaftskrise und (wahrscheinlich) auch kein unbegrenztes und progressives wachtum, ohne dieses wachstum auch keine umweltprobleme mehr. Doch so einfach ist es nicht.

Die vorstellung, daß wir das tauschmittel geld in einer hochdifferenziert arbeitsteiligen wirtschaft abschaffen könnten, dürfte eine nicht realisierbare utopie sein. Ebenso die vorstellung, die arbeitsteilung könnte bei gleichbleibender produktivkraft der volkswirtschaft auf ein maß reduziert werden, wo wir zur tauschwirtschaft zurückkehren könnten. Die staatskommunisten in Rußland haben nicht das geld abschaffen können, und die Maoisten in China nicht die arbeitsteilung (was nicht heißt, daß nichts gegen die heutige extreme arbeitsteilung zwischen hand- und kopfarbeit getan werden könnte und müßte!). Und der erfolgreiche rückgriff der Ungarn (Spiegel 52/1982) und neuerdings auch der UdSSR (Taz vom 30.9.82) auf marktwirtschaftliche mechanismen, die ohne geld nicht funktionieren würden, deuten darauf hin, daß das auch in zukunft nicht geschehen wird. Das zeigt, daß sie mit ihrer zentralistischen "planwirtschaft" gescheitert sind. Sollen wir diese experimente noch einmal wiederholen?

Proudhon hat einmal geschrieben:

> "Verschafft der volkswirtschaft einen geschlossenen kreislauf, d.h. einen vollkommenen und regelmäßigen güteraustausch, erhebt ware und arbeit auf die rangstufe des baren geldes, und die menschliche gemeinschaft ist gesichert, die arbeit vernunftgemäß geordnet." (zit. bei Gesell: "Die natürliche wirtschaftsordnung")

Auch Gesell wollte die positiven funktionen des marktes und des geldes als tauschvermittler (und wertmaßstab) der produkte in einer von allen monopolen und den krisen befreiten volkswirtschaft beibehalten und lediglich die negativen funktionen des kapitalistischen (gold-)geldes ausschalten. Er hielt es jedoch für unmöglich, die produkte und die ware arbeitskraft auf die rangstufe des hortbaren geldes heraufzuheben. Wie sollten die produkte und die ware arbeitskraft denn ohne erhebliche kosten haltbar gemacht werden? Er hielt es jedoch für möglich, das geld auf die rangstufe der ware herabzudrücken, und zwar durch die belastung des bargeldes durch eine steuer, die das tauschmittel geld genauso in den wirtschaftskreislauf zwingt, wie der warenschwund die waren, die das geld austauschen soll!

Wie wir gesehen haben, besteht die problematik des kapitalistischen geldes darin, daß es kein wirkliches äquivalent der ware ist, gegen die es ausgetauscht werden soll: Weil es - anders als die ware - keinem schwund unterliegt und daher hortbar ist, kann es sich vom markt zurückziehen und dadurch einerseits eine liquiditätsprämie, den geldzins, erpressen und anderseits eine absatzkrise erzeugen. Wäre das geld der ware wirklich gleichwertig, dann unterläge es den gleichen bedingungen auf dem markt wie die ware und sein besitzer könnte weder einen sondergewinn in form des (ur-)zinses erpressen, noch es ohne eigenen schaden aus dem wirtschaftskreislauf herausziehen. Dazu müßte es ebenso einem angebotszwang unterliegen, wie alle auf dem markt angebotenen produkte und produktionsmittel. Bei den waren sind

es ihr natürlicher schwund bzw. die kosten bei längerer lagerung. Sie können daher auch keinen sondergewinn auf dem markt erhalten, weder im austausch untereinander, noch als warenkredit. Daß der verleiher von produkten vergeblich einen zins fordern würde, hat Gesell überzeugend dargestellt in seinem Robinson-beispiel (Die natürliche wirtschaftsordnung, s. 309ff.) Robinson mußte froh sein, von dem schiffsbrüchigen, dem er lebensmittel aus seinen vorräten lieh, nach zwei jahren die gleiche menge zurückzuerhalten. Sein gewinn war, daß er den schwund sparte, den die zwei jahre lagerung verursacht hätten. Er bekam aber nicht mehr zurück, als er selbst erzeugt hatte; er konnte nicht von der arbeit des schuldners leben!

Um das geld in gleicher weise wie die waren einem angebotszwang zu unterwerfen, forderte Gesell, daß es ebenso wie die waren einem schwund unterliegen sollte, und zwar in höhe der durchschnittlichen warenschwunds. Da dieser durchschnittliche schwund etwa 5% im jahr betrage, solle auch das bargeld mit etwa 5% "lagerungskosten" im jahr belastet werden. Das würde bedeuten, das die geldbesitzer ihr geld unter den gleichen bedingungen in den wirtschaftskreislauf bringen würden, wie die warenbesitzer. Das geld könnte keinen besonderen nutzen mehr ziehen aus seiner monopolistischen stellung als einziges tausch- und kreditmittel auf dem markt. Es wäre von seiner eigenschaft als wertverlierendes tausch- und kreditmittel allen übrigen waren gleichgestellt, ihr wirkliches äquivalent (und nicht schon, wie Marx glaubte, als zinsheckendes tauschmittel). Es könnte nicht mehr streiken und auch keine liquiditätsprämie mehr erpressen, die zinsknechtschaft wäre gebrochen! Das geld bräuchte also nicht abgeschafft zu werden, um ausbeutung und krise zu beseitigen, wenn es uns gelänge, es mit der "rostenden" eigenschaft der waren auszustatten! So einfach ist das? Es sieht so aus. Und wie soll das geschehen? Das ist eine technische frage.

TECHNIK UND FUNKTION DER FREIGELDES

Gesell lebte in einer zeit, wo die umlaufende geldmenge durch gold "gedeckt" war, das in den tresoren der notenbank gehortet wurde. War die deckungsvorschrift so beschaffen, daß für einen goldwert von einer milliarde mark zwei milliarden mark papiergeld und münzen in den umlauf gebracht werden durften, dann hieß das, daß bei einer minderung der goldreserve um 100 millionen der geldumlauf um 200 millionen vermindert werden mußte, was unweigerlich zu einer rezession führte. Das gleiche geschah jedoch auch, wenn durch die steigende produktivkraft der volkswirtschaft mehr waren in den wirtschaftskreislauf kamen. Wegen der goelddeckungsvorschrift durfte die geldmenge der gestiegenen warenmenge nicht angepaßt werden und es kam zu allgemeinen preisrückgängen und absatzstockungen. Daher forderte Gesell zunächst einmal eine sogenannte "indexwährung", d.h. die ausgegebene geldmenge sollte sich ausschließlich an der angebotenen warenmenge orientieren. Das geld, gleichgültig ob aus papier oder edelmetall, wäre also durch die produzierten waren gedeckt, könnte elastisch an die sich verändernde warenmenge angepaßt und das allgemeine preisniveau stabilisiert werden.

Diese forderung Gesells und einiger weniger anderer leute (u.a. Charlie Chaplin!) nach abschaffung der golddeckungswährung wurde von rechts bis links heftig bekämpft, ist aber heute weitgehend wirklichkeit geworden. Gesells forderung nach einer indexwährung wird jedoch nur mangelhaft erfüllt: es wird immer etwas mehr geld ausgegeben, als warenwerte produziert werden, was zur "schleichenden inflation" geführt hat. Gesell fordert jedoch nicht nur die abkehr von der goldwährung, sondern auch eine "festwährung", ein geld, für das wir noch in 50 jahren den gleichen gegenwert kaufen können, den wir heute produziert haben, nicht mehr und nicht weniger. Um das zu erreichen, sei ein geld notwendig, daß in besonderer weise einem schwund unterliegt, und zwar mittels einer geldsteuer!

Mit der schleichenden inflation haben wir zwar auch ein "schwundgeld", das tatsächlich wegen seines wertverlustes in den wirtschaftskreislauf drängt wie die ware und auf den nettozins drückt. Durch die gewaltige kreditnachfrage des staates wird dieser inflationäre angebotsdruck jedoch kompensiert, sodaß die nettozinsen des heutigen "schwundgeldes" nicht auf null sinken können. Darüber hinaus dürfte auch die konzentration und monopolbildung des heutigen bankensystems für die aufrechterhaltung hoher zinsen eine rolle spielen. Außerdem verursacht die inflationsrate von heute 5 bis 6% erhebliche kosten, die (wie bereits gezeigt) voll auf die konsumenten abgewälzt werden. Auch die ersparnisse der kleinen sparer erleiden einen kaufkraftverlust, der durch die 3 oder 4% sparzinsen nicht abgedeckt wird. Die geldsteuer des kaufkraftbeständigen freigeldes hingegen würde nur ein bruchteil der gesamten zinskosten der volkswirtschaft ausmachen, da nur das bargeld besteuert wird. In der kapitalistischen wirtschaft hingegen müssen die kreditnehmer auch für das buchgeld, das ein mehrfaches des bargeldumlaufs ausmacht, zinsen zahlen. Außerdem fließt die geldsteuer der gesellschaft (abzüglich der verwaltungskosten) in form von öffentlichen ausgaben wieder zu. Oder es könnten andere steuern entsprechen herabgesetzt werden.

Gesell fordert ein "schwundgeld", bei dem zwar der einzelne schein und die einzelne münze ebenfalls einem schwund unterliegt, das allgemeine preisniveau in der volkswirtschaft jedoch stabil bleibt. Das will er dadurch erreichen, daß er den besitz von geldscheinen und münzen besteuert! Das kann z.b. dadurch geschehen, daß geldscheine ausgegeben werden,

der rückseite mit zwölf feldern ...n sind. Auf diese felder ist monat- ...ine marke im wert von 1/2% des nenn- ...es des scheines zu kleben, die in ...ken, auf postämtern und bei den ge- ...indekassen zu kaufen sind. Auf einen 100-mark-schein wäre also monatlich eine marke im wert von 50 pfennig zu kleben, was im Jahr 6% ausmacht. Das ist der schwund, dem dieser schein unterliegt. Da sich jeder um diese steuer herumdrükken möchte, wird er dieses geld entweder so schnell wie möglich wieder ausgeben, oder er wird es verleihen. Da das geld nun dem gleichen angebotszwang wie die ware unterliegt, kann der kreditgeber nach dem gesetz von angebot und nachfrage bald keinen zins mehr verlangen! Auch der kreditnehmer wird es möglichst schnell wieder ausgeben. Dadurch bleibt das geld im wirtschaftskreislauf und eine währungsbehörde kann durch geldmengenregulierung das preisniveau stabil halten. Bei stabilem preisniveau bleibt der wirtschaftskreislauf geschlossen, die wirtschaft gerät nicht ins stocken und der sparer wird weder um seine arbeitsleistung betrogen, noch kann er über eine liquiditätsprämie andere um ihre arbeitsleistung bringen. Der "negative zins" geldsteuer hebt den positiven zins "liquiditätsprämie" auf. Dieses kaufkraftbeständige, krisen verhindernde und zinsfreie schwundgeld nennt Gesell "freigeld".

Da dieses "klebegeld", in größerem umfang eingeführt, recht umständlich zu handhaben ist und die münzen mit dieser methode nicht zu erfassen sind, haben sich anhänger Gesells noch einige andere techniken einfallen lassen (siehe Karl Walker: Die technik der umlaufsicherung des geldes). So könnten von jeder stückelung der noten und münzen vier besonders gekennzeichnete serien ausgegeben werden. Von diesen vier serien wird einmal im jahr an einem vorher nicht bekannten tag eine vorher ebenfalls nicht bekannte serie für ungültig erklärt. Innerhalb einer bestimmten frist können die aufgerufenen münzen und noten bei banken, sparkassen und postämtern gegen neue münzen und noten umgetauscht werden. Dabei bekommt der inhaber eines 100-markt-scheines z.b. nur geld im gesamtwert von 80 mark zurück. Gerechnet auf die gesamte umlaufende geldmenge zahlt der geldbesitzer im durchschnitt eine gebühr von 5% im jahr an die öffentliche währungsverwaltung. Auch hier wird der geldbesitzer bemüht sein, so wenig bargeld wie möglich in der tasche zu haben und gewiß keine großen summen horten - das könnte ihm teuer zu stehen kommen! Wer also diese öffentliche einrichtung 'tausch- und kreditmittel' sabotiert, wird (ähnlich wie die güterwaggon-benutzer der Bundesbahn mit einer standgebühr) mit einer hortungsbebühr "bestraft". Sie fließt - anders als der zins - der allgemeinheit zu und belastet die volkswirtschaft weitaus weniger, als der zins.

Diese hortungsgebühr kann auch dazu benutzt werden, die umlaufgeschwindigkeit des geldes zu regulieren. Denn bei einer erhöhung der umtauschgebühr oder bei einer häufung der umtauschtermine wird die neigung verstärkt, das geld in den wirtschaftskreislauf zurückzuführen. Entsprechend der quantitätsformel des geldes kann also auch mittels veränderung der umtauschgebühren und -termine das allgemeine preisniveau reguliert werden. Das hat jedoch seine grenzen. Nach Gesell soll der orientierungsmaßstab für die höhe der gebühren und die häufigkeit des umtausches ein langfristig ausgependelter durchschnittlicher nettozinssatz von 0% sein.

Heute versucht die notenbank mit der diskontsatz-manipulation einfluß zu nehmen auf den geldumlauf. Mit dieser methode wird jedoch lediglich der kreditzins rauf- und runtergesetzt, aber nicht beseitigt. Statt den geldumlauf mit dem ausbeutungsmittel zins zu regulieren, will Gesell mit der hortungssteuer das geld bei einem zinssatz um 0% in die wirtschaft zwingen. Ist ein gleichmäßiger geldumlauf gesichert, dann kann das preisniveau durch die höhe der ausgegebenen geldmenge reguliert werden, und zwar bei stabilen durchschnittspreisen. Einzelne warenpreise werden weiterhin schwanken, die einen nach oben, die anderen nach unten. Doch diese art der preisschwankungen dient als nützliches produktions- und verteilungsregulativ und der optimalen bedarfsdeckung bei langfristig ausgeglichener einkommensverteilung. Relativ hohe gewinne werden durch die konkurrenz schnell wieder auf das allgemeine einkommensniveau herabgedrückt, wobei das gesamte volkseinkommen steigt. Dieses marktwirtschaftliche produktions- und verteilungsregulativ kann bis heute und wohl auch in nächster zukunft keine staatliche behörde und auch keine selbstverwaltungswirtschaft ersetzen.

DIE PRAKTISCHE BEDEUTUNG DES FREIGELDES

Die idee des schwund- oder freigeldes ist keine blasse theorie. Die oben beschriebene technik des geldumtausches hat eine gewisse ähnlichkeit mit einer methode, die deutsche fürsten bereits im mittelalter angewendet hatten, um ihre kassen zu füllen. Zur blütezeit der Hanse und der dom-bauten, vom 12. bis zum 15. jahrhundert, gab es den sogenannten 'brakteaten', der ebenfalls des öfteren umgetauscht werden mußte. Für die neuprägung dieser münzen verlangten die fürsten eine gebühr, die als 'schlagschatz' in die kassen der verwaltung und der fürsten floß.

Trotz der bereicherung der fürsten führte diese geld- und finanzpolitik des "finsteren mittelalters" - ganz unbeabsichtigt! - zu einer blühenden wirtschaft, in der die handwerksgesellen bereits damals die 5-tage-woche hatten (sonntag und 'blauer montag' frei) und den 6-stunden-tag! (Fritz Schwarz: Vorwärts zur festen kaufkraft des geldes und zur zinsfreien wirtschaft!)

Als der 'ewige pfennig' eingeführt wurde, kam die zeit der blutig gescheiterten bauernrebellionen, der massenmordenden macht- und glaubenskriege, der barbarischen hexenverbrennungen...

Zum ersten mal nach dem brakteaten wollten die revolutionäre der anarchistischen Münchener räterepublik 1919 wieder ein schwundgeld einführen. Auf vorschlag Landauers wurde Gesell zum volksbeauftragten für finanzen berufen. Doch bevor die räterepublik auf befehl der Berliner sozialdemokraten von der Reichswehr und präfaschistischen gruppen zusammengeschossen wurde, ist Gesell bereits von den kommunisten der "Zweiten räterepublik" entlassen worden.

Auch die israelische regierung wollte kurz nach der staatsgründung das geld aufrufen und gegen eine gebühr umtauschen lassen, um die leeren staatskassen aufzufüllen. Doch wegen des protests der banken wurde diese aktion abgeblasen. Sie hätte ja auch zu einer "schlechten" gewohnheit mit "unangenehmen" folgen werden können!

Die anarchisten der Mackay-gesellschaft, die ähnliche vorstellungen haben wie Gesell, schlagen vor, das produktionsgemeinschaften, die ihre produkte untereinander austauschen wollen, das recht

haben müßten, auch ihre eigenen tauschmittel herauszugeben, um so das bankenoligopol und die zinsknechtschaft zu brechen (K.H.Z. Sohneman: Anarchismus einmal ganz anders, s.15ff.). Das klingt zunächst utopisch. Das Gesellsche klebegeld ist jedoch als autonomes tauschmittel innerhalb großer volkswirschaften in vielen gemeinden und regionen der welt - meist erfolgreich (wenn die gebühr nicht zu hoch festgesetzt worden war) - praktiziert worden! In Europa und USA ebenso, wie in Kanada, Brasilien und Australien. In phasen der geldknappheit z.b. 1930 in Schwankirchen im Bayrischen wald, 1932/33 in Wörgl, Tirol, 1956/57 Lignières en Berry und 1958/59 in Marans, beides in Frankreich, und, während einer galoppierenden inflation, 1959/60 in Porto Alegre, hauptstadt von Rio Grande de Sul in Brasilien. (Wolln wirs mal in Berlin probieren?)

Gleichgültig, ob es um die überwindung des wirtschaftlichen niederganges durch inflation (in Alegre) oder deflation (in Europa), immer wurde mit dem schwundgeld erreicht, was erwartet wurde: das wirtschaftsleben kam wieder ingang und die arbeitslosigkeit ging zurück. Die frage ist, ob auch die anderen erwartungen, die an die Gesellsche geldreform gestellt werden, sich erfüllen würden: festwährung und beseitigung des geld- und kapitalzinses. Diese frage konnten diese meist sehr kurzfristigen experimente nicht beantworten, was allerdings kein anlaß sein dürfte, auf weitere und längerfristige versuche zu verzichten. Vieles deutet jedoch darauf hin, daß sich die freigeld-versprechungen erfüllen würden; zumindest die innere logik der freigeld-lehre, der auch so namhafte nationalökonomen wie Keynes, Irving Fisher und Gustav Cassel und ein so unorthodoxer denker wie Albert Einstein folgten, lassen keinen anderen schluß zu. Dieses und die guten praktischen erfahrungen müßten jeden vernünftig und von ökonomischen sonderinteressen unabhängig denkenden menschen davon überzeugen, daß diese freigeldlehre es zumindestens wert ist, sich mit ihr ernsthaft auseinander zu setzen.

Sollte sich herausstellen, daß das freigeld tatsächlich in der lage ist, nicht nur eine stabile, wirklich "währende" währung herzustellen, sondern auch den "urzins" zu beseitigen, dann würde das tatsächlich die brechung der jahrtausende alten und jahrtausende von propheten, philosophen und revolutionären bekämpften zinsknechtschaft bedeuten, die im heutigen kapitalismus ihr bisher höchstes stadium erreicht hat. Mit der beseitigung des geldzinses würden auch die kapitalrente, die kapitalkonzentration und die monopolgewinne zurückgehen und vielleicht ganz verschwinden. Die verbleibende bodenrente könnte nach der Gesellschen methode umverteilt werden. Spekulationsgewinne durch inflation, deflation und krise könnten nicht mehr gemacht werden. Damit würde das, woraus sich nach Marx der "mehrwert" zusammensetzt: bodenrente, geld- und kapitalzins und unternehmergewinn (der zum teil allerdings unternehmer-"lohn" ist!), über die mechanismen des wettbewerbs auf einem monopo- und krisenfreien markt (das nennt Gesell "freiwirtschaft"), allen produzenten, den arbeitnehmern wie auch allen arbeitgebern, die produktiv arbeiten, zufließen. Damit würde, wenn auch die überflüssigen staatsausgaben verschwinden würden, den produzenten der sogenannte "volle arbeitsertrag" zufließen. Auch der lohn als preis der ware arbeitskraft entspräche dann weitgehend dem arbeitswert der produkte, die der lohnempfänger für diesen lohn auf dem markt kaufen kann: der preis der arbeitskraft ist weitgehend identisch mit dem preis ihres produktes. Kapitalismus und ausbeutung wären auch unter den bedingungen der lohnarbeit und im rahmen einer marktwirtschaft abgeschafft! Das problem der lohnarbeit würde sich reduzieren auf das soziale problem der emanzipation (freistellung von abhängigkeiten und gleichstellung mit dem unternehmer als herrschaftsinstitution) und ließe sich so gewiß leichter lösen.

Die beseitigung der zinswirtschaft hätte mit sicherheit auch auswirkungen auf das rüstungswachstum. Hier findes das finanzkapital die besten und risikofreiesten anlagemöglichkeiten. Ist das finanzkapital entmachtet, dann wäre die frage der rüstung tatsächlich eine sachbezogene fragen nach der notwendigkeit einer verteidigung mit panzern und raketen. Wäre das deutsche wie das polnische volk, dann wäre auch eine andere verteidigung denkbar!

Sollte sich der zins durch das freigeld tatsächlich abschaffen lassen, dann hätte das wahrscheinlich noch eine besondere bedeutung für ein problem, das zu Gesells zeit noch nicht aktuell war: für die umweltzerstörung durch grenzenloses wachstum. Gäbe es keine anhäufung riesiger geldvermögen durch zins und zinseszins mehr, die von ihren eigentümern nicht für den konsum ausgegeben werden, sondern ständig nach "anlagen" suchen, dann fällt auch der von Marx als ein typisches kriterium des kapitalismus erkannte drang nach akkumulation, nach ständiger vermehrung von kapital aus kapitalgewinnen, also der ständige drang nach investitionen ohne rücksicht auf konsumentenbedürfnisse, fort. Ohne den mechanismus der zinswirtschaft wären auch zusätzliche investitionen, also unbeschränktes wirtschaftswachstum, nicht mehr von der habsucht und dem ökonomischen machtstreben einiger weniger plutokratenfamilien, sondern vom willen der verbraucher abhängig. Würden sich bei den verbrauchern die wertvorstellungen vom "haben"-wollen zum "sein"-wollen im sinne von Erich Fromm verändern (Werner Onken, Z. f. sozialökonomie, dez. 1982), dann würde auch das selbstmörderische (quantitative) wachstum von selbt zurückgehen.

Aber könnte das nicht - unabhängig von der riegel-funktion des zinses und von spekulativen geld- und währungsmanipulationen - zu erneuter arbeitslosigkeit führen, allein bedingt durch diese konsumeinschränkungen der verbraucher?

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG BEI VOLLEM LOHNAUSGLEICH?

Zunächst einmal müssen wir fragen, was den eigentlich 'vollbeschäftigung' bedeuten soll. Alle haben arbeit bei einem 8-stündigen arbeitstag? Oder bei einem 12-stunden-arbeitstag, wie im frühkapitalismus? Oder bei 3 bis 4 arbeitsstunden täglich, wie heute noch in vielen kulturen der naturvölker? Oder jeder findet jederzeit so viel arbeit, wie er arbeiten will?

Es geht um das problem der erzwungenen arbeitslosigkeit! Sie ist jedoch nicht allein ein produkt der eingeschränkten konsumentennachfrage. Wichtig ist, daß das, was bei einem arbeitstag von 4, 8 oder 12 stunden produziert wird, auch verbraucht wird! Erst wenn die produzenten einen teil ihres einkommens nicht ausgeben und diese ersparnis nicht über investitionen wieder in den wirtschaftskreislauf fließt, entsteht die nachfragelücke, die durch produktionsbeschränkungen und entlassungen von arbeitswilligen geschlossen wird. Würden die menschen jedoch nur so viel produzieren, wie sie auch konsumieren und - wenn der konsum ansteigt - investieren wollen, dann gäbe es das problem der erzwungenen arbeislosigkeit nicht: die durchschnittliche zeit eines arbeitstages - gleichgültig, wie lang sie ist - entspräche immer der nachfrage nach den in dieser zeit produzierten gütern! Vollbeschäftigung würde sich also automatisch auf jedem beliebigen niveau der arbeitszeit einstellen. Allerdings dürfte auch niemand gezwungen werden, mehr zu arbeiten, als er konsumieren will. Jeder einzelne müßte seine arbeitszeit nach seinen materiellen bedürfnissen bestimmen dürfen - und wollen. Kann das mit dem schwundgeld erreicht werden?

Es sieht so aus. Denn wenn der konsument keinen zweiten kühlschrank, keine zweite farbglotze und kein zweites auto kaufen, aber weiterhin 8 stunden arbeiten will, dann wird er sein überschüssiges einkommen auf die hohe kante legen oder verleihen müssen. Will niemand sein geld, weil investitionen sich wegen der gesättigten märkte nicht mehr lohnen, dann bleibt er auf seinem geldsack sitzen. Den kaufkraftverlust durch die schleichende inflation kann er noch ignorieren, aber auch den tatbestand, daß er hin und wieder einen teil seines gesparten geldes umtauschen und dafür eine steuer bezahlen muß? Um sich davor zu drücken, gibt es jetzt nur noch eine möglickeit: das geld für konsumgüter ausgeben und in zukunft weniger verdienen, d.h. seine arbeitszeit einschränken! Wird er das tun? Es ist anzunehmen; und tut er das nicht, dann verschwindet seine ersparnis nach und nach in der öffentlichen hand, die dann durch ihre ausgaben für die schließung der nachfragelücke sorgt. Ungerecht? Gewiß nicht ungerechter, als jemanden einen arbeitsplatz vorzuenthalten, den dieser nötiger braucht als unser geizkragen.

Was geschieht jedoch, wenn arbeitsplätze - um arbeitszeit zu sparen - rationalisiert werden? Viele meinen, daß alleine durch die produktivitätssteigerung der produktionsmittel arbeitslosigkeit entstünde. Nach dieser logik müßten jedoch heute nicht 2,5 millionen, sondern 20 oder 30 millionen menschen in der Bundesrepublik arbeitslos sein, müßten wir heute noch mit der hacke statt dem pflug, mit dem steinbeil statt der drehbank arbeiten. Arbeitslosigkeit ist keine frage der technischen entwicklung der produktionsmittel, sondern wie die produkte, die mit diesen mitteln produziert werden, verteilt werden! Die wirklichen ursachen für erzwungene arbeitslosigkeit in einer rationalisierungsphase sind auch hier in der kreislaufsphäre einer volkswirtschaft zu suchen und zu finden und nicht in der produktionssphäre (wie auch manche, die sich auf Marx berufen, glauben).

Hier spielt wieder der zins eine große rolle. Da durch die rationalisierung der produktionsmittel im laufe der geschichte die arbeitsintensive durch die kapitalintensive produktion abgelöst wird, erleben wir eine ständige relati-

ve einkommensumverteilung zugunsten der investoren und eigentümer dieser produktionsmittel. Relativ deswegen, weil durch die allgemeine produktivitätssteigerung die einkommen der lohnabhängigen real ebenfalls steigen, aber nicht im gleichen maße, wie das der kapitalrentner. Die zusätzlichen gewinne durch rationalisierungen fließen also zum größeren teil den kapitalisten zu. Erst wenn diese ihre riesigen gewinne nicht wieder voll für den konsum oder für investitionen ausgeben, entsteht arbeitslosigkeit. Das schwundgeld würde mit sicherheit auch sie veranlassen, ihre renten- und zinseinkommen wieder voll in den wirtschaftskreislauf einzubringen. Es würde jedoch auch bewirken, das dieses zins- und renteneinkommen nach und nach verschwindet. Das käme selbstverständlich den produzenten - den arbeitern und wirklichen unternehmern - entsprechend ihrer arbeisleistung zugute, wem sonst? So würde sich die arbeitszeit reduzieren bei vollem lohnausgleich! Wir sehen allerdings, daß das nur möglich ist bei brechung der zinsknechtschaft. Vielleicht ist die möglich durch das Gesellsche freigeld.

Bei null-wachstum würde das bedeuten, daß auch die bisher für investitionen verwendeten ersparnisse nach und nach in die einkommen der produzenten übergehen würden. Zu der umverteilung der zinsen und renten käme dann noch die umverteilung der milliarden, die bisher für mehr oder weniger überflüssige neuinvestitionen, wie atomkraftwerke und ähnliches, ausgegeben wurden!

Wir sehen, daß wirtschaftliches gleichgewicht ohne arbeitslosigkeit auch bei null-wachstum oder gar bei rückgang der produktivitätsrate der volkswirtschaft denkbar ist. Und wer sich die ökonomischen zusammenhänge vor augen führt, der sieht auch, daß ausländer nichts mit der arbeitslosigkeit zu tun haben. Im gegenteil! Wegen ihres überproportionalen konsumbedarfs bringen sie potentielle nachfrage mit ins land und damit auch potentiell ihre eigenen arbeitsplätze. Da diese auch noch geschaffen werden müssen, gibts auch dafür arbeit. Außerdem: warum gab es nicht bereits vor zehn jahren mit der gleichen anzahl von ausländern arbeitslosigkeit? Weil die anzahl von arbeitnehmern - gleichgültig, ob sie Deutsche, Türken, Italiener oder sonst was sind - mit der arbeitslosigkeit nichts zu tun hat; das ist ein kreislaufproblem der volkswirtschaft.

Gesell forderte seinerzeit die abschaffung aller grenzen und aller ein- und auswanderungsbeschränkungen nach dem grundsatz: Dieser planet gehört allen menschen! Eine etwas unheimliche forderung angesichts der bevölkerungslawine, die aus der Dritten welt auf uns zurollt und uns mit den problemen dieser welt zu erdrücken droht. Doch dieser gigantische bevölkerungszuwachs (den es auch mal bei uns gegeben hat) ist ausgelöst worden durch die zerstörung der kulturellen traditionen dieser welt durch den europäischen kolonialismus - also ein produkt unseres kulturbereiches! Wir werden genötigt sein, ob wir wollen oder nicht, diese suppe, die uns unsere vorfahren eingebrockt haben, mit den menschen der Dritten welt gemeinsam auszulöffeln - immer unter dem richtigen gesichtspunkt Gesells, daß dieser planet mit all seinen bodenschätzen (und schönheiten!) allen heutigen und zukünftigen menschen dieses planeten gehört, nicht nur auserwählten völkern, der heutigen generation oder einigen wenigen privaten eigentümern!

EINIGE EINWÄNDE

Gegen Gesells freigeld-theorie sind immer wieder einwände vorgebracht worden, meist unqualifizierte und polemische. Viele sind längst durch die praxis der wirtschaftspliik erledigt. "Silvio Gesell ist der vater vieler moderner gedankengänge, die sich auf die geldseite der wirtschaft und das verhältnis von geldumlauf und krise beziehen", schreibt Gerhard Ziemer (Inflation und deflation zerstören die demokratie, s.150). Diese erkenntnis scheint noch nicht zu allen fachidioten vorgedrungen zu sein. In einem jüngeren werk über den keynesianismus (Der keynesianismus II, s.22) schreibt ein gewisser George Garvy von Gesell von einem "typischen monetären kauz", "dessen name in der zwischenzeit in vergessenheit geraten" sei, den er aber in erinnerung zu rufen beliebt, weil er mit der tatsache nicht fertig zu werden scheint, daß sein großer meister John M. Keynes von diesem "kauz" ganz schön angetörnt war und in seinem hauptwerk schrieb, daß "die zukunft mehr vom geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird" (Allgemeine theorie, s.300).

In einer "denkschrift" des vorstandes der damals noch produktionssozialistisch, heute lediglich interventionistisch und ein wenig keynesianisch orientierten SPD, in der wenig gedacht, aber viel gepöbelt und verleumdet wurde, war von "profitanarchie" und "brutaler ichsucht-theorie der begründer der freiwirtschaftslehre" die rede (Radikalsoziale Freiheitspartei, s. 15). Dazu Keynes über den "handelskapitalisten" Gesell, wie Marx ihn nennen würde: "Trotz des prophetischen schmuckes, mit dem ihn seine verehrer ausgestattet haben, ist Gesells hauptwerk in kühler, wissenschaftlicher sprache geschrieben, obschon es durchweg von einer leidenschaftlichecheren, einer erregteren hingebung für gesellschaftliche gerechtigkeit durchströmt ist, als manche für einen gelehrten schicklich finden" (Allg. theorie, s.300).

Nicht viel besser als dem mister Garvy und den herren von der SPD scheint es dem genossen "-ulk-" von der taz zu gehen, wenn er über ein wirtschaftsseminar der grünen in Baden-Württemberg berichtet, wo noch heute ein paar unentwegte anhänger Gesells mitmischen:

> Aus Baden-Württemberg dagegen kamen überalterte Signale: Es wird besonderer Wert darauf gelegt, daß die „Eigentumsgarantie des Grundgesetzes nicht nur für persönliches Eigentum" weiterbesteht, also auch für Produktionsmittel, wie der Konstanzer Hendrik Auhagen in der Vorbereitungsbroschüre zur Tagung betonte. Wesentliche Bereiche blieben marktwirtschaftlich reguliert. Das mag auch damit zusammenhängen, daß im Ba/Wü-Landesbezirk der Grünen die „Freiwirtschaftler" eine starke Rolle spielen. Sie berufen sich auf den Wirtschaftswissenschaftler Gesell, wenn sie davon ausgehen, der Staat solle nur mal eben die Inflation und den Zins abschaffen, und die Marktwirtschaft sei gerettet; Die Freiwirtschaftler sind ein zahlenmäßig recht starker Kreis, der offensichtlich sein Theorien-Süppchen seit einigen Jahrzehnten umrührt, und nun meint, im Rahmen grüner Politik wieder aufwärmen zu können.
>
> (die tageszeitung, 22.6.82)

Nun sind wir von den heutigen kleinbürgerlichen "Freiwirten" auch nicht rundum begeistert; dem ulkigen genossen von der taz wäre jedoch wärmstens empfohlen, einmal von diesem aufgewärmten und gut umgerührten süppchen zu kosten! (Das tite vielleicht auch der taz ganz gut.)

In einer sendung des Hessischen rundfunks (vom 22.9.81; 2.programm) zitierte Siegbert Wolf eine feststellung von Uhlmayr: "Die wucht der gesamten kulturüberlieferung lag ihm (Gesell) im weg."

Sind nun alle kritiker Gesells opportunisten, die außerhalb bestehender kategorien und klischees nicht zu denken vermögen? Mitnichten. Es gibt auch berechtigte einwände gegen die freiwirtschaftslehre und ihre anhänger.

So neigen sicherlich manche Freiwirte dazu, in der lösung des zinsproblems auch die lösung aller anderen gesellschaftlichen probleme zu sehen. Jene können sich auch nicht für die vergesellschaftung der produktionsmittel (außer der des bodens) erwärmen. Sicherlich spielen die eigentumsverhältnisse nicht die entscheidende rolle in sachen ausbeutung und krise. Wirft das eigentum keine rente mehr ab, dann ist es - aus dieser perspektive heraus gesehen - gleichgültig, wem (vom boden und geld abgesehen) fabriken, kaufhäuser und mietwohnungen gehören. Eine andere sache bleibt allerdings das problem von macht und herrschaft über menschen. Das ist jedoch nicht durch verstaatlichung zu lösen, wohl aber durch selbstverwaltung. Dazu wird durchaus die vergesellschaftung bestimmter teilbereiche der wirtschaft notwendig sein. Die selbstverwaltung solcher bereiche wird sich jedoch auf der basis einer freien und sozialen marktwirtschaft entfalten müssen. In einem kollektiven kleingewerbe dürfte auch das (kollektive) privateigentum zweckmäßig sein. Vom privaten wie vom kollektiven privateigentum ausgenommen werden müssen jedoch auf alle fälle der boden und die bodenschätze; sie gehören allen menschen der erde und wären von gesamtgesellschaftlichen institutionen unter kontrolle der basis zu verwalten.

In diesem sinne fordert der von Gesellianern beeinflußte Hildesheimer kreisverband der Grünen - dessen radikale, das zinsproblem betreffende änderungsanträge zum Sindelfinger sofortprogramm auf der bundendeligiertenversammlung unterschlagen worden sind - eine gesellschaft, wo es jedem einzelnen freigestellt sein muß, als lohnempfänger, als (produktiver) unternehmer oder als genosse in einem selbstverwalteten kollektiv zu arbeiten, vorausgesetzt, es gibt keine ausbeutung mehr durch den geld- und bodenzins und die kapitalrente. Das, meinen wir, ist eine position, die identisch ist mit der des Individualanarchismus und die auch von kommunistisch orientierten Anarchisten akzeptiert werden kann: sie gibt den freiraum für kommunistische produktions- und lebensgemeinschaften!

Ein anderer, sachlicher einwand, der sich auf die funktion des freigeldes bezieht, ist der, daß die wirtschaftssubjekte vom schwundgeld auf das buchgeld, auf den bargeldlosen zahlungsverkehr ausweichen könnten. Wir wissen jedoch, daß die menge des buchgeldes von der umlaufenden menge des bargeldes abhängig ist und daß auch für das buchgeld ebensoviel zinsen genommen werden, wie für das bargeld, im falle der freigeldwährung etwa 1% für den arbeitsaufwand bei der kreditvergabe. Auch wenn der anteil des buchgeldes am gesamten geldumlauf zunehmen sollte, so bleibt er doch längerfristig stabil und die gesamtmenge läßt sich über den bargeldumlauf regulieren. Da nie ganz auf bargeld verzichtet werden kann, bleibt auch das mengen- und zinsregulativ durch die freigeldtechnik erhalten (Karl Walker: Das buchgeld).

Ein weiterer einwand, der häufig vorgebracht wird, ist der, daß dieses freigeld wegen der hortungsteuer und des umtauschzwanges nicht für den zahlungsverkehr mit dem ausland geeignet wäre. Wir sind keine experten der freigeldlehre, sodaß wir nicht alles wie der liebe gott beantworten können. Es sei jedoch auf zwei tatsachen hingewiesen: 1. Der zahlungsverkehr mit dem ausland wickelt sich in der regel bargeldlos ab; 2. das schwundgeld hat in kleinen gemeinden funktioniert, die sicherlich abhängiger waren von ihrer wirtschaftsumwelt, als das ganze nationen sind. Warum soll es nicht in einer nationalen volkswirtschaft funktionieren? Wörgl hat zwei dinge gezeigt: 1. die dort ausgegebenen "arbeitswertscheine" wurden auch in den umliegenden gemeinden angenommen; 2. viele nachbargemeinden wollten dem beispiel Wörgls folgen, was nur durch ein verbot dieses geldes verhindert wurde.

Auch Marxisten, wie Paul Mattick (Marx und Keynes) und Karl Korsch (in der gesellianischen jugendzeitung Der ring nr. 1 bis 6 und 8 und 10, 1925/26) haben sich mit der freigeldlehre auseinandergesetzt. Da sich die Marxisten jedoch nicht von ihren produktionssozialistischen dogmen lösen können, kommt nichts dabei heraus. Dabei könnten die Marxisten einen sehr berechtigten einwand gegen die freiwirtschaft Gesells vorbringen, der jedoch selten auftaucht: durch die aufrechterhaltung der konkurrenz und des warenverkehrs wird die entfremdung der menschen voneinander und ihre verdinglichung aufrecht erhalten. Hier müssen sich die Marxisten und andere produktionssozialisten allerdings fragen lassen, ob es eine realistische alternative zur marktwirtschaft gibt. Durch ihre wirtschaftspraxis haben sie diese antwort bereits gegeben, die arbeiterklasse in Polen hat sie geprüft und für zu leicht befunden.

Wenn Marx von marktwirtschaft sprach, dann meinte er die krisengeschüttelte ausbeutungswirtschaft der kapitalismus. Wenn Marx diese chaotische wirtschaft "anarchie" nannte, dann war das eine bewußte diffamierung der Anarchisten. Niemand wird im ernst behaupten wollen, Marx hätte diese begriffe nicht unterscheiden können. Heute herrscht diese "Anarchie" bei seinen freunden in den ostblockstaaten! Marx hat etwas anderes nicht unterscheiden können: kapitalistische marktwirtschaft und nicht-kapitalistische marktwirtschaft. Diese nicht-kapitalistische marktwirtschaft nennen wir anarchistische marktwirtschaft. Eine marktwirtschaft, die nicht von krisen geschüttelt wird, ist keine chaotische, sondern eine durch angebot und nachfrage geordnete wirtschaft - im gegensatz zur "planwirtschaft". Ist durch eine geordnete, krisen- und ausbeutungsfreie marktwirtschaft jedoch das entfremdungsproblem gelöst? Vielleicht nicht - aber sie relativiert es!

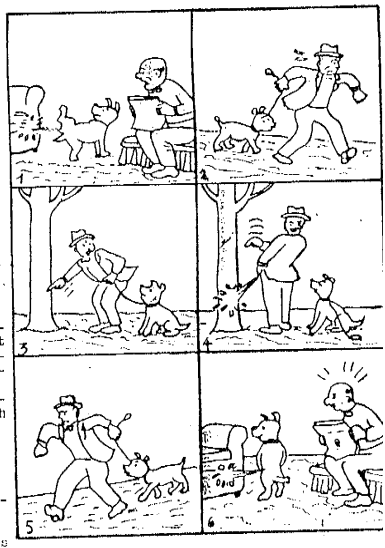
In einer marktwirtschaft, wo das realeinkommen der produzenten doppelt so hoch bzw. die arbeitszeit halb so lang ist, wo niemand eine krise zu befürchten hat, die einen konkurrenzkampf auf leben und tot notwendig macht, und wo die menschen in ihrer mehrheit solidarisch in herrschaftsfreien produktionsgemeinschaften arbeiten, die für die konsumenten produzieren und nicht für kapitalrentner, dort wird aller voraussicht nach der konkurrenz-kampf zum milden wettbewerb und der konsumterror zur bedarfsbefriedigung heruntergekommen sein. Warenproduktion und wettbewerb bekommen eine andere dimension, vielleicht auch qualität. Außerdem sind die entfremdungserscheinungen nicht nur ein ausdruck des kapitalismus oder gar des marktes. Die bedeutung des patriarchats, das wenig bis nichts mit der marktwirtschaft zu tun hat, darf hier nicht unterschlagen werden.

EINE "NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG"?

Gesell hat eine "natürliche wirtschaftsordnung" gefordert. Das sollte nicht heißen, daß es eine naturgegebene wirtschaftsordnung geben könnte. Jede wirtschaftsordnung - das hat Gesell ausdrücklich betont - ist menschenwerk und daher auch von menschen veränderbar. Gesell wollte eine wirtschaftsordnung schaffen, die die natürlichen bedürfnisse der menschen zur entfaltung bringen und befriedigen würde. Eine wirtschaftsordnung also, die "der natur des menschen entspricht".

Ohne diese menschliche "natur" näher zu beschreiben, gibt Gesell als beweis für die existenz einer derartigen wirtschaftsordnung das "gedeihen" der menschen an; das gedeihen der wirtschaft, ihrer produktivkraft oder ihrer technischen leistungen sei von minderer wichtigkeit. Im vorwort zur 3. auflage seines hauptwerkes "Die natürliche wirtschaftsordnung durch freiland und freigeld" schrieb er bereits 1918:

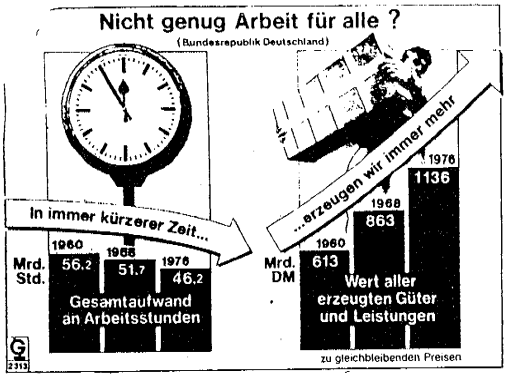
> "Den beweis, daß eine wirtschaftsordnung der natur des menschen entspricht, liefert uns die betrachtung der menschlichen entwicklung. Dort, wo der mensch am besten gedeiht, wird auch die wirtschaftsordnung die natürliche sein. Ob eine in diesem sinne sich bewährende wirtschaftsordnung zugleich die technisch leistungsfähigste ist und dem ermittlungsamt höchstzahlen liefert, ist eine frage minderer ordnung. Man kann sich ja heute leicht eine wirtschaftsordnung vorstellen, die technisch hohe leistungen aufweist, bei der aber raubbau am menschen getrieben wird. Immerhin darf man wohl blindlings annehmen, daß eine ordnung, in der der mensch gedeiht, sich auch in bezug auf leistungsfähigkeit als die bessere bewähren muß. Denn menschenwerk kann schließlich nur zusammen mit dem menschen zur höhe streben. 'Der mensch ist das maß aller dinge', darum auch maß seiner wirtschaft."



Dieses zitat zeigt, daß Gesell bereits vor 65 jahren - ohne unsere heutigen probleme der technischen entwicklung und der umweltzerstörung durch wirtschaftswachstum zu kennen - ein gegner der leistungs- und wachstumsideologie war und daß er bereits damals für leistungen plädierte, die qualitative und nicht nur quantitative verbesserungen für die menschen bewirken würden.

Nach Gesells maßstäben einer den menschen gerecht werdenden wirtschaftsordnung schneiden weder die wirtschaftsordnung der profitorientierten wachstumsfetischisten des "freien westens", noch die der machtlüsternden produktionsfetischisten des "realen sozialismus" gut ab: weder hier noch dort gedeihen die menschen entsprechend ihrer natur.

Was ist jedoch diese menschliche "natur"? Ohne auf das problem einer erklärung (definition) der 'menschlichen natur' hier näher einzugehen (das soll in einer anderen nummer der 883 geschehen), soll so viel gesagt werden: Es gibt bedürfnisse, die dem entspringen, was Wilhelm Reich den "biologischen kern" der menschlichen psyche nennt, was uns (nach Freud) als "es" aus der abstammungsgeschichte überliefert und im menschen zu außerordentlich hohen entwicklung gelangt ist: die "lebensbejahende" (Fromm) menschliche sinnlichkeit, für die der menschliche verstand (das "ich") lediglich ein werkzeug ist, um diese sinnlichkeit zur entfaltung und befriedigung bringen zu können.



Zu dieser "natur" des menschen, zu seinem "es", gehören auch die biologischen grundlagen der sozialen antriebe und bedürfnisse, das, was bereits Engels das abstammungsgeschichtlich überlieferte bedürfnis der menschen nach "geselligkeit" (in abgrenzung zu "gesellschaftlichkeit"; Dialektik der natur, s. 446), Feuerbach die menschen auf natürliche weise verbindende kraft der "liebe", Kropotkin das naturgegebene bedürfnis der menschen nach "gegenseitiger hilfe" nannten. Eine entfremdung von diesen natürlichen bedürfnissen durch die einflüsse einer destruktiven kultur ist eine entfremdung der individuen sowohl von ihrer sozialen natur, wie auch gleichzeitig von ihren mitmenschen.

Kann Gesell wettbewerbswirtschaft eine grundlage sein, um die entfremdung der menschen von ihrem "gattungswesen" und ihrer "gattung" (Marx) zu überwinden und die natürlichen bedürfnisse nach solidarität, zusammenarbeit, liebe und geborgenheit (neben den vielen anderen sinnlichen bedürfnissen) wieder zur geltung zu bringen?

Zweifellos wird mit der nicht kapitalistischen marktwirtschaft, wie sie sich Gesell vorgestellt hat, nicht die warenbeziehung der menschen im ökonomischen bereicht abgeschafft. Da wir jedoch keine akzeptable alternative zur marktwirtschaft kennen, sollten wir uns fragen, ob sich nicht die negativen auswirkungen der konkurrenz, des leistungsdrucks, der verdinglichten warenbeziehungen usw. in einer nicht kapitalistischen marktwirtschaft relativieren würden, ja ob nicht die quantitativ geringeren nagativen auswirkungen einer marktwirtschaft im sinne Gesells auch zu neuen qualitäten in den zwischenmenschlichen beziehungen - insbesondere im nicht ökonomischen bereich, aber auch hier - führen könnten.

Konkurrenz und leistungsdruck z.b. könnten sich in einer reichen, krisenfreien und leistungs-gerechten marktwirtschaft zu einem milden wettbewerb mit lust an sinnvollen leistungen für selbstbestimmte ziele entwickeln, ohne daß wir auf das marktregulativ für produktion und verteilung verzichten müßten. Durch die aufhebung des geld- und bodenmonopols würde das zins- und renteneinkommen der ehemaligen kapitalisten den produzenten zufließen und ihren materiellen wohlstand vermehren bzw. es ihnen ermöglichen, bei gleichem einkommen weniger zu arbeiten. Durch die dauerhafte vollbeschäftigung und den ungestörten wirtschaftsablauf und wegen des hohen einkommens pro geleisteter arbeitsstunde verschwinden die existenzängste und verliert der konkurrenzdruck ganz wesentlich an bedeutung. Und durch das fehlen von arbeitslosen mit lohndrückerfunktion verteilt sich das sozialprodukt über den marktmechanismus von angebot und nachfrage relativ leistungsgerecht auf arbeitnehmer und arbeitgeber, ohne daß um jeden groschen gestreikt werden müßte. All' das dürfte auswirkungen auf die entwicklung der zwischenmenschlichen beziehungen haben - trotz warenverkehrs und wettbewerbs.

Diese von den Gesellianern so genannte "Freiwirtschaft" könnte sogar viel eher als die kapitalistische wirtschaft mit ausbeutung und krisen eine ökonomische grundlage sein für anarcho-kommunistische produktions- und lebensgemeinschaften, für autonome und herrschaftsfreie kleingruppen, vereinigungen, genossenschaften und kommunen, in denen menschen wieder liebevoll und solidarisch miteinander umgehen können, wie heute nur noch in einigen wenigen ur-kommunistischen gemeinschaften der naturvölker. In diesen sozialen räumen der persönlichen bekanntschaft und symphatie und frei gewählten mitgliedschaft ließe sich auch das kommunistische prinzip "jeder nach seinen fähigkeiten, jedem nach seinen bedürfnissen" zur geltung bringen, und zwar aufgrund der natürlichen sozialen neigungen und bedürfnisse nach gemeinsamem handeln, nach gegenseitiger solidarität und nach fürsorge für menschen, die wir lieben. Alles ohne pflicht und gesetz, polizei und justiz!

Hier könnte sich ein "wir-bewußtsein" entfalten, was auch auswirkungen für den verkehr der gruppen und produktionskollektive untereinander haben dürfte. Es würde sich das erheblich verstärken, was wir sogar in dieser konkurrenz-, ausbeutungs- und krisengesellschaft beobachten können: daß sich geschäftsleute aus der gleichen branche, die sich also objektiv als konkurrenten gegenüberstehen, durchaus gegenseitig helfen und unterstützen. Diese gegenseitige hilfe oder gar die verwirklichung des oben geschilderten kommunistischen prinzips auf dauer im großgesellschaftlichen bereich zu erwarten, dürfte ein schöner traum bleiben. Der mensch ist in 3 millionen jahren sammler- und jägerdasein in urkommunistischen kleingruppen phylogenetisch und tiefenpsychologisch auf soziales verhalten in kleingruppen und nicht in millionen-gesellschaften, die es erst seit wenigen jahrtausenden gibt, geprägt. Wenn wir uns also eine basis für naturgemäßes soziales leben schaffen wollen, dann gilt es, ähnliche solidarische gemeinschaften als autonome gruppen innerhalb einer herrschaftsfreien großgesellschaft herzustellen. Diese großgesellschaft hat diesen kommunen, genossenschaften und vereinigungen die ökonomische basis für ihre existenz und entfaltung zu liefern. Vielleicht könnte so Landauers "republik von republiken von republiken" wirklichkeit werden, zu der er nach einer schilderung der Gesellschen freiland-freigeld-lehre aufrief (Aufruf zum sozialismus, s. 120 bis 131). Vielleicht ließe sich so eine synthese von kommunismus, individualanarchismus und marktwirtschaft herstellen.

Daß sich ein kommunen-sozialismus - ganz im sinne Gesells! - nicht auf der basis des kapitalistischen (gold-)geldes verwirklichen läßt, wohl aber mit einem anderen tauschmittel, hat Engels im Anti-Dühring dargelegt (s.282ff.). Er verteidigte an dieser stelle das Owensche "arbeitsstundengeld" vor dem vorwurf Dührings, ein "wahngebilde" zu sein. Ein urteil Engels' über das Gesellsche freigeld gibt es aus zeitlichen gründen nicht: Gesell hat später gelebt als Engels. Aber wir sind auf das urteil großbürgerlicher autoritäten einer verflossenen arbeiterbewegung auch nicht angewiesen; wir können selber denken und urteilen. Und zu diesem akt der geistigen emanzipation von den giganten der marxistischen theorie werden wir uns bequemen müssen! Denn ohne die entwicklung einer alternative nicht nur zum privatkapitalismus, sondern auch zum marxistisch inspirierten staatskapitalismus wird es keine befreiung von unterdrückung, ausbeutung und krise geben. Und auch keine befreiung von den killern unserer natürlichen lebensräume und den ideologen des "gleichgewichts des schreckens".

LITERATUREMPFEHLUNGEN

Dieter Suhr: Geld ohne mehrwert (Fritz Knapp Verlag, Frankfurt)

Ernst Winkler: Theorie der natürlichen wirtschaftsordnung (Vita-Verlag, Heidelberg)

Yochito Otani: Ausweg 3: Die bodenfrage und ihre lösung; Ausweg 4: Ursprung und lösung des geldproblems (Arrow-Verlag, Neu-Ulm)

Silvio Gesell: Die natürliche wirtschaftsordnung durch freiland und freigeld (R. Zitzmann Verl., Nürnb.)

Silvio Gesell: Der abgebaute staat - Leben und treiben in einem gesetz- und sittenlosen hochstrebenden kulturvolk (in Staatsbibliothek Berlin)

Günter Bartsch, Helmut Creutz, Dieter Suhr, Werner Onken, Karl Korsch, P. J. Proudhon, Gustav Landauer, Rudolf Steiner, Silvio Gesell u. a.: Silvio Gesell und die befreiung von zins- und staatsknechtschaft (Karin Kramer Verlag, Berlin)

Fritz Schwarz: Das experiment von Wörgl (Genossenschaft Verlag Freiwirtschaftlicher Schriften, Bern)

Irving Fisher: Mastering the crisis (G. Allen and Unwin LTD, London)

James J. Martin: Männer gegen den staat, bd. 1 u. 2 (Verlag der Makkay-Gesellschaft, Hamburg)

Gary Allen: Die insider - Wohltäter oder diktatoren? (VAP, Wiesbaden)

Max Leuchtenberg: Woran Weimar scheiterte (FSU-Hamburg)

zeitschrift für sozialökonomie - mtg (Fachverlag für sozialök., 351 Hann.-Münden, postfach 1129)

Lit. über zins, wachstum usw. liefert Helmut Creutz, 51 Aachen, Monheimsallee 99, tel. 0241/34280

Über "Anarcho-liberale" bei Günter Bartsch: Anarchismus in Deutschland bd. 1 - 3 (Fackelträger-Verlag, Hannover)

Kleinanzeigen

8.7.83

Ihr habt hervorragend versteckt, wohin man Euch schreiben soll. Der Helmut Creutz hat mir Eure 883 über Gesell geschickt, mit dem ich mich bisher nicht ernstlich bekannt gemacht hatte, weil ich in seinen Propagandisten eher Sektierer sah, mit kleinbürgerlichem Anstrich. ...sehr wichtige Zusammenstellung. Drei Namen Mühsam, Landauer, Claude Bourdet usw. geben eine ganz andere Einordnung, als man vermutet. Mir war nicht einmal bewußt gewesen, daß er mit München 1919 zu tun hatte...

Lieben Gruß Rudolf Bahro

Liebe Leser!

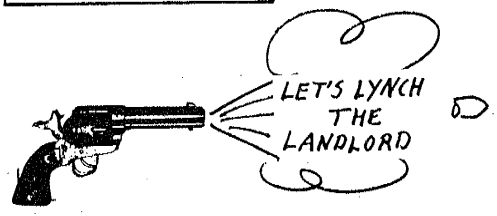
Die nächste agit 883 beschäftigt sich mit der möglichkeit und wirklichkeit alternativer zwischenmenschlicher beziehungen aus der sicht der anthropologie und aus eigenen erfahrungen. Da wird nicht bloß gejammert über eifersucht und andere beziehungskisten, sondern gezeigt, wo's vielleicht lang gehen könnte! Es sollen naturgeschichtliche und tiefenpsychologische grundlagen für einen anarchistischen kleingruppenkommunismus aufgezeigt werden.

Zu beziehen im handverkauf, in buchläden und im Rhizom, Bln.-Schöneberg, Eisenacherstr. 57.

Herzlichst! Redaktion agit 883

IMPRESSUM: V.i.S.d.P.: K. Goldmann, Berlin-Kreuzberg Adelbertstr. 21 - Post an: agit 883, c/o. Rhizom-Buchladen, Eisenacher Str. 57, 1 Berlin 62

1. auflage: 3ooo exemplare
2. auflage: 1ooo exemplare



(Laßt und den haus- und grundbesitzer lynchen)

Der grundbesitzer ist hier zur vesite
Das fetzt die scheibe vom teller
Sagt: Ich verdopple den mietzins
Für das verdammte gemäuer
Du wirst mir helfen, das rathaus zu kaufen

Aber wir packens, du weißt, wir packens
Aber wir packens, du weißt, wir packens
Laßt uns den grundbesitzer lynchen!

Ich sag ihm: Dreh das wasser an
Ich sag ihm: Dreh die heizung an
Sagt er mir: Du kannst immer nur meckern
Und durchsuchen alles, wenn ich nicht hier bin

Aber wir packens, du weißt, wir packens
Laßt uns den grundbesitzer lynchen!
Laßt uns den grundbesitzer lynchen!
Laßt uns den grundbesitzer lynchen, leute!

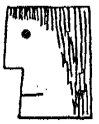
Die ratten zernagen die küche
Flitzen meine beine rauf
Machste den ofen an, riechts wie in Dachau, äh
Bis der regen rauscht durch die decke

Aber wir packens, du weißt, wir packens
Laßt uns den grundbesitzer lynchen!

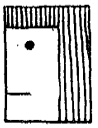
(Dead Kennedy's)

1. Semester

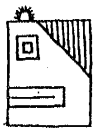
2. Semester



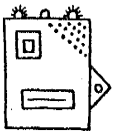
3. Semester



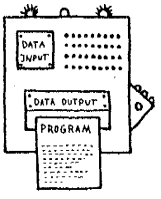
4. Semester



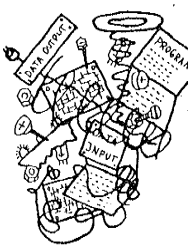
5. Semester



6. Semester



7. Semester



8. Semester

Punk in Polen

"Die alten haben oft schon ein gebrochenes rückgrat, aber die jungen haben nur eines: h a ß ! "

(Spiegel-zitat eines Polen anfang 1982)

Mußt du an diese elenden lügen glauben?

Falsche eide
Falsche versprechen
Vertraut keiner politik!

ERNEUERUNG

Eine neue regierung kommt
und schon wieder schreien
verschiedene kanaillen
das altvertraute wort
'erneuerung'.
Das volk soll sich erneuern
das recht soll sich erneuern
einfach alles
und alles bleibt beim alten.

POLEN, POLEN ÜBER ALLES

Wieder herrscht ruhe in den straßen
Wieder tauchen menschen unter
Wieder werden urteile gefällt
Wieder dringt tränengas in die augen

Gruppe "Xenna"

Wenn alles getan ist!